OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

September 2017

Stabilität und Sicherheit.

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaberin und Herausgeberin	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Koordination und Redaktion	*Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2017

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Redaktionsschluss: 5. September 2017

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 4

Die globale Konjunktur gewinnt weiter an Dynamik 6

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Ungebrochen starkes Wachstum 13

Österreich: Wirtschaft wird 2017 um 2¾% wachsen 15

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats 21

Stärkste Ausweitung bei Unternehmenskrediten im April 2017 seit 2012 27

Kreditinstitute: Anstieg des konsolidierten Periodenergebnisses im 1. Quartal 2017 30

Aufsichtliche Maßnahmen und Anstrengungen der Banken stärkten Finanzmarktstabilität in Österreich 31

Spezielle Kurzanalysen 33

Energiepreisgetriebener Rückgang der österreichischen Inflationsrate von 2,0 % (2017) auf 1,7 % (2018) 34

Gegenüberstellung verschiedener Berechnungen der Zinsersparnis des österreichischen Staats 39

Österreich zählt zu den „strong innovators" in der EU 44

Deflationäre Periode in CESEE-Region nachhaltig überwunden 47

Annex 52

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 14. Juni – 31. August 2017 53

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen 59

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

Der Aufschwung der Weltwirtschaft festigt sich zusehends. Das globale Wachstum wird im heurigen und im nächsten Jahr leicht anziehen. Der IWF hat in seinem Prognose-Update vom Juli die globalen Wachstumsaussichten unverändert bei 3,5% für 2017 und 3,6% für 2018 belassen. Für einzelne Wirtschaftsräume gab es jedoch teilweise beträchtliche Revisionen. In den USA war im zweiten Quartal zwar ein kräftiges Wachstum zu verzeichnen. Für den Rest des Jahres 2017 und für das Jahr 2018 haben die Unsicherheiten in Bezug auf die Umsetzung der angekündigten expansiven Fiskalpolitik den IWF zu einer Abwärtsrevision seiner USA-Prognose veranlasst. Die gute Entwicklung im ersten Halbjahr 2017 hat zu Aufwärtsrevisionen der Prognosen für den Euroraum und China geführt. Die starke wirtschaftliche Dynamik in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) dürfte sich laut ersten vorliegenden Daten auch im zweiten Quartal 2017 fortgesetzt haben. Besonders dynamisch entwickelten sich dabei die Tschechische Republik und Rumänien. Im Vereinigten Königreich war das Wachstum auch im zweiten Quartal verhalten. Im Euroraum entwickelte sich die Wirtschaft im ersten Halbjahr besser als erwartet. Vor allem Italien und Spanien übertrafen die Erwartungen. Im zweiten Quartal wuchs die Euroraumwirtschaft um 0,6%. Die Arbeitslosigkeit sinkt seit den Höchstständen Anfang 2013 stetig und erreichte im Juni mit 9,1% einen aktuellen Tiefstand. Stieg im August nach ersten Schätzungen energiepreisbedingt auf 1,5%. Die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) lag bei 1,2%.

Die Erholung der österreichischen Wirtschaft gewann im ersten Halbjahr 2017 weiter an Stärke. Die Exporte profitierten dabei vor allem von den günstigen Entwicklungen im Euroraum und in den CESEE-Staaten. Die nominellen Güterexporte sind sie in den ersten fünf Monaten 2017 um knapp 10% gewachsen. Für die kommenden Monate signalisiert die Einschätzung der Exportauftragseingänge durch die Unternehmen eine Stabilisierung des Exportwachstums auf dem gegenwärtigen hohen Niveau. Die Dienstleistungsexporte profitieren von der sehr positiven Entwicklung im österreichischen Tourismus. Die günstige Exportentwicklung liefert auch wichtige Impulse für die heimische Industrie, die zusätzlich von einer starken Inlandsnachfrage profitiert. Für die zweite Jahreshälfte lassen die positiven Umfragewerte auf eine Fortsetzung der starken Industriekonjunktur schließen. Die Investitionstätigkeit entwickelt sich derzeit günstig. Der aktuelle Zyklus der Ausrüstungsinvestitionen ist im historischen Vergleich jedoch bereits überdurchschnittlich stark und langanhaltend, sodass mit keiner weiteren Beschleunigung des Investitionswachstums im zweiten Halbjahr gerechnet wird. Der private Konsum bleibt trotz des Auslaufens der positiven Effekte der Steuerreform eine wichtige Konjunkturstütze. Die OeNB erwartet im Rahmen ihres Konjunkturindikators vom August 2017 für das dritte und vierte Quartal 2017 ein Wachstum des realen BIP von 0,7 % bzw. 0,6 % (jeweils gegenüber dem Vorquartal). Gegenüber der letzten Veröffentlichung im Mai 2017 wurde das Wachstum für das dritte Quartal um 0,1 Prozentpunkte nach oben revidiert. Für das Gesamtjahr 2017 ergibt sich damit ein Wachstum von 2¾%. Das bedeutet eine deutliche Aufwärtsrevision gegenüber der letzten Prognose vom Juni um einen halben Prozentpunkt. Der Rückgang des Rohölpreises und die Aufwertung des Euro dämpfte in den letzten Monaten die österreichische Inflation. Die HVPI-Inflationsrate ging von 2,3 % im April 2017 auf 2,0 % im Juli 2017 zurück.

[1] Autor: Martin Schneider (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Die globale Konjunktur gewinnt weiter an Dynamik[2]

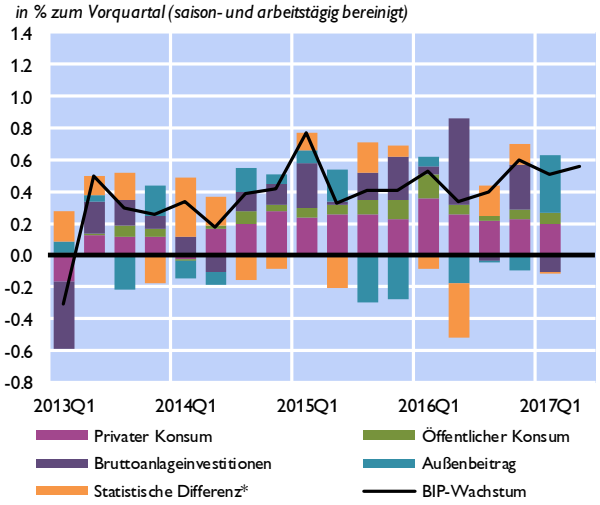
Euroraum: Wachstum im zweiten Quartal liegt mit 0,6% über den Erwartungen

Ein starkes erstes Quartal und positive Signale von Vorlaufindikatoren veranlassten den IWF, in seinem im Juli veröffentlichten Prognose-Update die Wachstumsaussichten für den Euroraum nach oben zu revidieren. Nachdem der IWF im Frühjahr noch ein Wachstum von 1,7% in 2017 und 1,6% in 2018 veranschlagt hatte, geht er nunmehr von 1,9% in 2017 und 1,7% in 2018 aus. Die Prognosen der Europäischen Kommission (EK), der OECD und der EZB liegen für 2017 zwischen 1,7% und 1,9% und für 2018 unisono bei 1,8%.

Auch die aktuellen Wachstumszahlen für das zweite Quartal zeigen eine weiterhin robuste Konjunkturentwicklung. Das Wachstum des realen BIP beträgt gemäß der Schnellschätzung von Eurostat im zweiten Quartal 0,6% (q-o-q). Damit lag es um 0,1 Ppt. höher als im Vorquartal und übertraf die unterjährigen Prognosen, welche zwischen 0,4% und 0,5% gelegen waren.

Euroraum: Wachstumsbeitrag zum realen BIP

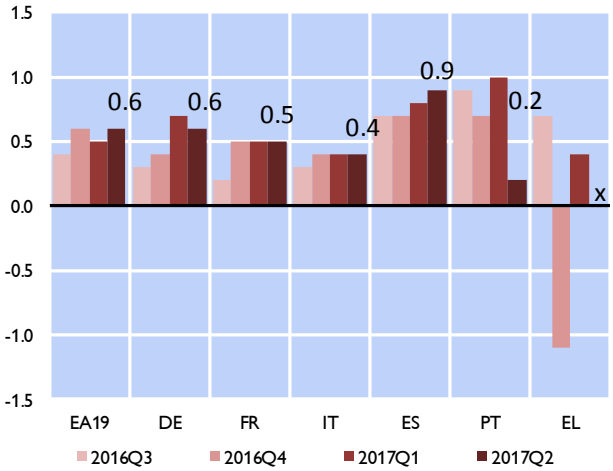
in % zum Vorquartal (saison- und arbeitstägig bereinigt)



*Quelle: Eurostat. * Lagerveränderungen, Nettozugang an Wertsachen, Statistische Differenz.*

Euroraum: Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber Vorquartal (saison- & arbeitstägig bereinigt)



Quelle: Eurostat.

Ein Blick auf die Wachstumsraten für das 2. Quartal auf Länderebene zeigt, dass die Erholung breit abgestützt ist. Besonders stark war das Wachstum in den Niederlanden (1,5%), Spanien, Österreich (je 0,9%) und in der Slowakei (0,8%). Lettland (1,3%) und Zypern (0,9%) konnten ähnlich hohe Wachstumsraten erzielen, dort fiel das Wachstum jedoch etwas geringer aus als im ersten Quartal. Deutschland konnte mit einem Wachstum von 0,6% im zweiten Quartal nahezu an die dynamische Performance vom Vorquartal anschließen und auch Frankreich und Italien erreichten mit 0,5% und 0,4% die Werte des ersten Quartals. Signifikante Wachstumsrückgänge mussten Portugal (0,2% gegenüber 1,0% im ersten Quartal) und Finnland (-0,5% gegenüber 1,0% im ersten Quartal) hinnehmen. Für Griechenland liegt noch kein Wert für das 2. Quartal 2017 vor.

Die nachfrageseitigen Komponenten des Wachstums für das zweite Quartal wurden bei der aktuellen Schnellschätzung noch nicht veröffentlicht und auch erste nationale Informationen zum zweiten Quartal lassen nur begrenzte Rückschlüsse auf die Wachstumsträger im Euroraum zu. So

[2] Autorin: Anna Raggl (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

wurde in Deutschland das Wachstum von der Inlandsnachfrage (vor allem privater Konsum und Investitionen) getragen, während die Außenwirtschaft das Wachstum dämpfte. In Frankreich trug hingegen der Außenbeitrag massiv zum Wachstum bei, während die Investitionen wachstumsdämpfend wirkten. Letzteres hängt mit dem Auslaufen einer staatlichen Investitionsförderungsmaßnahme zusammen.

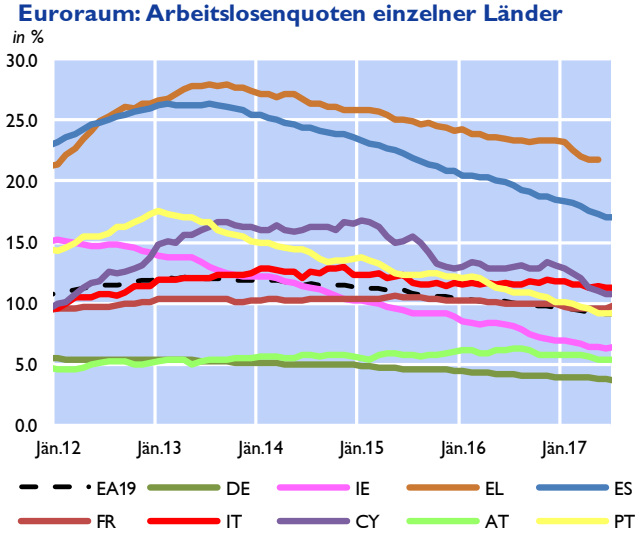
Der seit Mitte 2016 andauernde starke Aufwärtstrend der Stimmungsindikatoren hat sich über den Sommer eingebremst. Die Einzelindikatoren blieben konstant bzw. mussten Einbußen hinnehmen. Der *Purchasing Managers' Index* (Composite Index) ist im Juni und Juli deutlich zurückgegangen und konnte im August diese Verluste nur teilweise wieder aufholen. Erste Schätzungen des *Consumer Confidence Indicators* der EK zeigen für August nur marginale Veränderung gegenüber Juli. In Summe deuten die Stimmungsindikatoren in Übereinstimmung mit den Kurzfristprognosen auf eine Fortsetzung des derzeitigen Wachstumspfads hin.

Nicht zuletzt diese positiven Konjunkturaussichten trugen zu einer Aufwertung des Euro gegenüber den wichtigsten Handelspartnern seit Jahresbeginn bei. Nachdem der Euro Anfang Jänner noch für rund 1,05 USD gehandelt wurde, hat er in den Folgemonaten beständig an Wert gewonnen. Im Mai stieg der Kurs auf über 1,1 USD und Ende August erreichte er kurzzeitig 1,2 USD. Auch gegenüber dem Japanischen Yen, dem Schweizer Franken und dem Britischen Pfund legte der Euro zu. Neben den positiven Wachstumsaussichten im Euroraum dürften auch das Wahlergebnis in Frankreich und die Unsicherheit hinsichtlich des US-Konjunkturprogramms zu dieser Wechselkursentwicklung beigetragen haben.

Arbeitslosenquote im Juli nach wie vor bei 9,1%

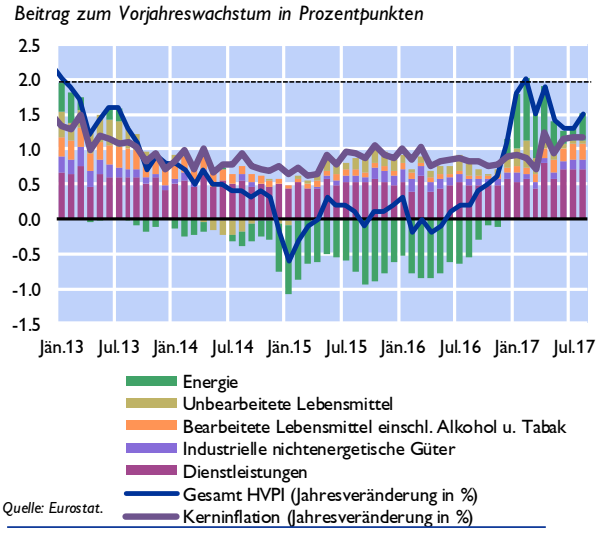
Seit den Höchstständen Anfang 2013 ist die Arbeitslosenquote im Euroraum stetig gesunken und erreichte im Juni einen aktuellen Tiefstand. Mit 9,1% lag sie auf dem niedrigsten Wert seit Februar 2009, der auch im Juli gehalten wurde. Obwohl sich die Arbeitslosenquote im Euroraum-Aggregat gegenüber Juni nicht veränderte, waren die Entwicklungen auf Länderebene heterogen. Deutliche Reduktionen der Arbeitslosenquote gegenüber Juli konnten Litauen (-0,4 Ppt.) und die

Euroraum: Arbeitslosenquoten einzelner Länder



Quelle: Eurostat.

Euroraum: HVPI-Inflationsrate und ihre Komponenten



Quelle: Eurostat.

Slowakei (-0,3 Ppt.) verzeichnen. Auch Deutschland – das Land mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit im Euroraum –, die Niederlande und Slowenien konnten ihre Arbeitslosenquoten um je 0,1 Ppt. gegenüber Juni senken. Den spürbarsten Zuwachs gegenüber dem Vormonat musste Frankreich hinnehmen. Dort stieg die Arbeitslosenquote im Juli um 0,2 Ppt. auf 9,8% an.

Auch in Italien, Luxemburg, Malta, Österreich und Finnland erhöhte sich die Arbeitslosenquote im Juli um je 0,1 Ppt. (*Anmerkung:* Für Belgien, Estland und Griechenland liegen noch keine aktuellen Zahlen vor).

Passend zur dynamischen Konjunktur erwarten die Prognoseinstitute einen weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote im Euroraum. Die EK und die OECD prognostizieren für 2018 eine Arbeitslosenquote von 8,9% (gegenüber. 9,3 - 9,4% in 2017), der IWF geht von 9,1% aus und die EZB schätzt die Arbeitslosenquote für 2018 auf 8,8% (beide gegenüber 9,4% in 2017). Das Vorkrisenniveau von rund 7,5% würde damit allerdings noch nicht erreicht werden.

HVPI steigt im August auf 1,5%, Kerninflation bleibt unverändert bei 1,2%

Nach einem starken Anstieg der Inflation zu Jahresbeginn und kräftigen Schwankungen in den Folgemonaten, welche überwiegend auf aufwärtsgerichtete Basiseffekte und den Ostereffekt zurückgingen, lag die Inflation zwischen Mai und Juli wieder auf einem niedrigeren Niveau und wies eine geringere Volatilität auf. Ersten Schätzungen zufolge stieg die HVPI-Inflation allerdings im August auf 1,5% an und lag damit um 0,2 Ppt. über dem Wert vom Juli. Im August des Vorjahres hatte sie sich noch auf lediglich 0,2% belaufen. Aufwärtsimpulse kamen vorwiegend aus dem Teilbereich Energie, während sich die anderen Komponenten kaum veränderten. Dementsprechend änderte sich auch die Kerninflation (HVPI ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak) gegenüber Juli nicht und blieb bei 1,2%.

Die Schnellschätzung der Inflation für August enthält – wie üblich – noch keine Detailergebnisse auf Länderebene, die Daten vom Juli zeugen jedoch von einer deutlichen Heterogenität über die Länder hinweg. Die baltischen Staaten wiesen – wie auch schon im Juni – die höchsten Inflationsraten auf. In Litauen betrug die Inflation im Juli 4,1%, in Estland 3,9% und in Lettland 2,6%. In Österreich lag sie mit 2,0% an vierthöchster Stelle im Euroraum. Inflationswerte unter 1% verzeichneten Finnland (0,6%), Frankreich (0,8%) und Griechenland (0,9%). Irland und Zypern wiesen mit -0,2% und -0,1% negative Inflationsraten auf.

Die Prognosen zur Euroraum-Inflationsrate für das Jahr 2017 liegen zwischen 1,5% (EZB) und 1,7% (IWF und OECD). Da sich der Ölpreisanstieg, der neben anderen Faktoren für den Anstieg der Inflation in 2017 verantwortlich ist, den Annahmen gemäß nicht weiter fortsetzen wird, wird für das Jahr 2018 ein Rückgang der Inflation auf 1,3% (EK und EZB) bis 1,5% (IWF) erwartet.

Weltwirtschaft: Globales Wachstum zieht bis 2018 weiter leicht an

Der IWF hat in seinem Prognose-Update vom Juli die globalen Wachstumsaussichten unverändert bei 3,5% für 2017 und 3,6% für 2018 belassen. Diese Prognose deckt sich mit den Einschätzungen der OECD vom Juni, und ist für 2017 etwas optimistischer als die Frühjahrsprognose der EK, welche von einem globalen Wachstum von 3,4% ausgeht. Der IWF beziffert das Weltwirtschaftswachstum in 2016 mit 3,2%, die OECD und die EK hatten es in ihren Frühjahrsprognosen noch auf jeweils 3,0% geschätzt. Damit wird über den Zeitraum 2016 bis 2018 unisono ein spürbares Anziehen der globalen Wachstumsraten erwartet.

Der weltweite Wachstumsanstieg wird sowohl von den Industriestaaten als auch von den Schwellen- und Entwicklungsländern getragen: Die Industriestaaten sollen aktuellen IWF Prognosen zufolge nach 1,7% in 2016 mit 2,0% und 1,9% in 2017 und 2018 wachsen. Das geschätzte Wachstum von Schwellen- und Entwicklungsländern für 2016 beläuft sich auf 4,3%. Für dieses und nächstes Jahr wird ein Wachstum von 4,6% und 4,8% erwartet. Insbesondere in Industriestaaten, aber auch in den rohstoffexportierenden Ländern liegt das durchschnittliche Wachstum jedoch noch unter dem Vorkrisenniveau. Neben demographischen Herausforderungen

durch alternde Bevölkerungen führt der IWF auch erneut die schwache Investitionstätigkeit und das niedrige Produktivitätswachstum, aber auch Überschusskapazitäten, als Ursachen an.

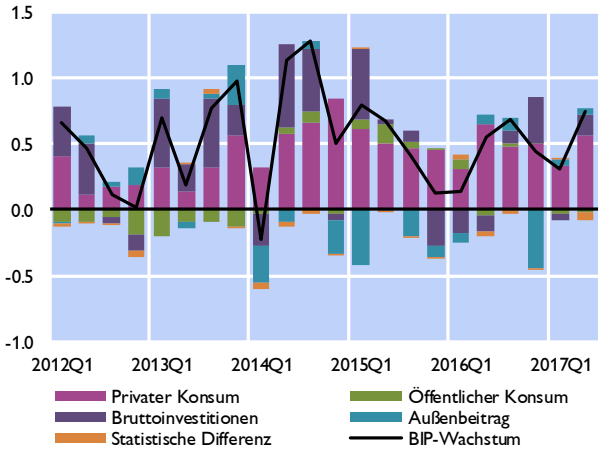
Während der IWF auf globaler Ebene keine Revisionen der Wachstumsraten vornimmt, gibt es in dieser aktuellsten Prognose Korrekturen auf Länderebene. Hervorzuheben sind hierbei vor allem Abwärtsrevisionen in den USA aufgrund der Unsicherheiten in Bezug auf die zukünftige Fiskalpolitik sowie Aufwärtsrevisionen im Euroraum und in China.

USA: Wachstum klettert im zweiten Quartal auf 0,8%

In seiner rezenten Prognose vom Juli nahm der IWF Abwärtsrevisionen der Wachstumsaussichten für die USA vor. Nachdem der IWF in seiner Frühjahrsprognose noch von einem Wachstum von 2,3% in 2017 und 2,5% in 2018 ausgegangen war, liegen die Prognosen aktuell nur mehr bei jeweils 2,1% für 2017 und 2018 – und damit insbesondere für das Jahr 2018 unter den Prognosen der EK, der OECD und der EZB, welche von einem Wachstum von 2,3-2,5% ausgehen. Grund für die Revision ist die Einschätzung, dass die zukünftige Fiskalpolitik weniger expansiv sein wird als noch vor einigen Monaten erwartet.

USA: Beiträge zum BIP-Wachstum

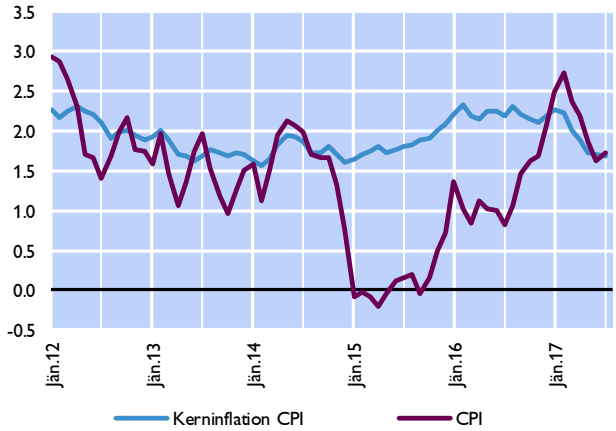
%-Veränderung gegenüber VQ



Quelle: Bureau of Economic Analysis.

USA: Entwicklung der Verbraucherpreise (CPI)

%-Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



Quelle: Thomson Reuters, BLS.

Nachdem das Wachstum in den USA im vierten Quartal 2016 und im ersten Quartal 2017 rückläufig war, stieg es im zweiten Quartal allerdings wieder kräftig an. Das sich zu Jahresbeginn stark erhöhte Verbrauchervertrauen kündigte bereits ein wachstumsstarkes zweites Quartal an. In der aktuellen Veröffentlichung der Wachstumszahlen schätzte das *Bureau of Economic Analysis* das Wachstum im zweiten Quartal auf knapp 0,8%. Das entspricht einer Erhöhung um 0,5 Ppt. gegenüber dem Vorquartal. Ein Anstieg des Wachstums wurde zwar erwartet, da die Verlangsamung im ersten Quartal zum Teil auf saisonal begründeten Ausnahmefällen beruhte, dennoch überraschte das Ausmaß. Ausschlaggebend für die Belebung gegenüber dem ersten Quartal waren vor allem ein Anziehen des privaten Konsums und der Investitionen. Gemeinsam trugen diese Komponenten der Inlandsnachfrage 0,7 Ppt. zum Quartalswachstum bei. Auch die Nettoexporte wirkten erneut moderat wachstumsstärkend, obwohl ein Anstieg der Exporte teilweise durch gestiegene Importe kompensiert wurde.

Die gute Konjunktur spiegelt sich auch am Arbeitsmarkt wider. Im Juli sank die Arbeitslosenquote auf 4,3%, gegenüber 4,4% im Juni, und erreichte damit wie bereits im Mai einen langjährigen Tiefstand. Das Beschäftigungswachstum ging im Juli gegenüber dem Vormonat

geringfügig zurück, lag aber über dem letztjährigen Durchschnitt. Die U6-Arbeitslosenquote (eine breitere Definition, die auch Unterbeschäftigung erfasst), welche im Mai mit 8,4% den niedrigsten Stand seit 10 Jahren erreichte, stieg im Juni auf 8,6% und blieb im Juli unverändert.

Die Inflation stieg im Juli wieder leicht auf 1,7% an. Im Juni hatte sie noch 1,6% betragen. Auch die Kerninflation betrug im Juli, wie bereits in den beiden Vormonaten, 1,7%.

Die FED beließ die Leitzinsspanne bei ihrem Treffen Ende Juli bei 1,00-1,25%. Die letzten Anhebungen um je 25 Basispunkte waren im März und Juni beschlossen worden. Offen blieb außerdem, wann mit einer Bilanzreduktion begonnen werden soll. Vorerst sollen fällig werdende Anleihen wie bisher wiederveranlagt werden.

UK: Wachstum auch im zweiten Quartal verhalten

Auch im zweiten Quartal war das Wachstum im Vereinigten Königreich verhalten. Nach noch 0,7% im vierten Quartal 2016 sank das Wachstum zu Jahresbeginn auf 0,2% und steigerte sich im zweiten Quartal nur leicht auf 0,3%. Die Beiträge der Investitionen und des privaten Konsums zum Wachstum sanken gegenüber dem Vorquartal, und auch der Außenbeitrag wies keinen positiven Wachstumsbeitrag auf. Nachdem im Vereinigten Königreich die Wachstumsbeiträge von Investitionen und Außenbeitrag typischerweise hohe Fluktuationen aufweisen, war vor allem die Nachricht eines erneut sinkenden Beitrags des privaten Konsums wenig erfreulich. Nicht zuletzt belastet das seit dem EU-Referendum schwache Pfund die Kaufkraft der privaten Haushalte. Eine Betrachtung der Produktionsseite zeigt, dass nach wie vor der Dienstleistungssektor die stärksten Wachstumsimpulse liefert. Sowohl das verarbeitende Gewerbe als auch das Baugewerbe wiesen im zweiten Quartal negative Wachstumsraten auf.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich jedoch weiterhin positiv. Das *Office for National Statistics* veröffentlicht für die aktuelle Berichtsperiode April bis Juni eine Arbeitslosenquote von 4,4%. Im Vergleich zur Vorperiode Jänner bis März ist die Arbeitslosenquote damit um 0,2 Ppt. gesunken und erreichte einen neuerlichen Tiefstand, der zuletzt in den 1970er Jahren registriert worden war. Die wöchentlichen Reallöhne steigen allerdings nur sehr moderat und haben das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht.

Die Verbraucherpreisinflation blieb im Juli unverändert zum Juni bei 2,6% und lag damit auf einem deutlich höheren Niveau als noch im Vorjahr, als die Inflation im Juli noch 0,6% betrug. Die Kerninflation stieg von 2,3% im Juni auf 2,4% im Juli an. Ein wesentlicher Grund für den Anstieg der Inflation ist die Abschwächung des Außenwertes des Pfundes seit dem Referendum im Juni 2016, welche zu einer Verteuerung der Importe führte. Neben diesem Wechselkurseffekt waren allerdings auch Preisanstiege in allen anderen Bereichen zu beobachten. Hervorzuheben ist eine spürbare Teuerung beim Wohnen, beim Transport und bei Nahrungsmitteln.

Die Bank of England (BoE) geht nach wie vor von einem Anhalten des moderaten Wachstums aus. Sie beließ in ihrer Sitzung Anfang August den Leitzins (*bank rate)* bei 0,25%.

Japan: Wachstum zieht weiter an und erreicht im 2. Quartal 1%

Japans Volkswirtschaft wuchs im 2. Quartal 2017 um 1,0% und damit um 0,6 Ppt. stärker als noch im ersten Quartal. Trotz negativen Außenbeitrags führten Anstiege beim privaten Konsum und bei den Investitionen zu einem kräftigen Wachstumsplus. Auch der öffentliche Konsum trug im zweiten Quartal zum Wachstum bei.

Passend zum zuletzt starken BIP-Wachstum liegt die Arbeitslosenquote nach wie vor auf einem Rekordtief. In den Monaten Juni und Juli betrug sie jeweils 2,8%, nach 3,1% im Mai. Auch zwischen Februar und April war die Arbeitslosenquote bereits bei 2,8% gelegen. Der sich bereits

seit längerem abzeichnende Arbeitskräftemangel scheint sich vorerst nicht zu entschärfen. Die Anzahl der Stellenangebote pro Bewerberinnen und Bewerber steigt kontinuierlich an, ein nennenswertes Wachstum der realen Löhne ist jedoch noch nicht zu beobachten. Die Folgen der demographisch bedingten Knappheit des Arbeitsangebots im Land konnten bisher bis zu einem gewissen Grad durch den Anstieg der Frauenerwerbsquote und auch durch vermehrte Beschäftigung von Menschen außerhalb des erwerbsfähigen Alters gemildert werden. Die bevorstehenden Pensionierungen von geburtenstarken Jahrgängen stellen allerdings zunehmende Herausforderungen dar, zumal die Immigration weiterhin nur sehr gering ist.

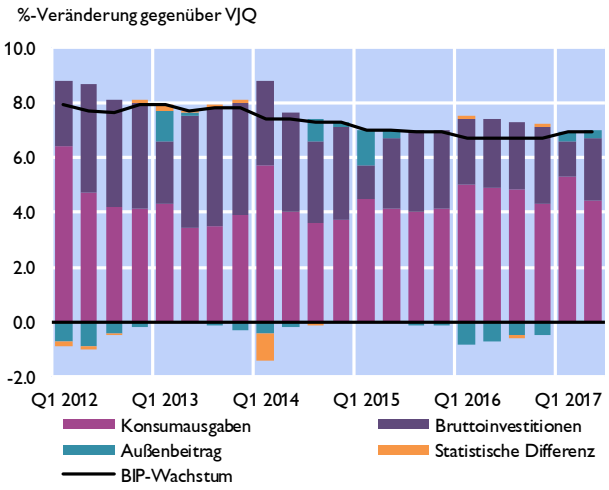
Der Yen reagierte auf die geopolitischen Unsicherheiten im Zusammenhang mit Nordkorea und stieg gegenüber dem US-Dollar im Juli kräftig an, und zwar trotz der geographischen Nähe Japans zu Nordkorea. Hier kam die Rolle des Yen als Zufluchtswährung zum Tragen. Der Schweizer Franken festigte sich ebenfalls, und auch beim Goldpreis war ein Kursanstieg zu verzeichnen. Aktuelle Werte zeigen allerdings eine Beruhigung an. Gegenüber dem Euro blieb der Yen in den letzten Monaten relativ stabil, nachdem er in der zweiten Jahreshälfte 2016 deutlich an Wert verloren hatte.

Die Inflation stieg im Juli auf 0,5% an, gegenüber 0,3% im Juni. Auch die Kerninflation zog leicht an: sie betrug im Juli 0,1% nach noch 0,0% im Juni. Das nur moderate Ansteigen des Preisniveaus im ersten Halbjahr und das Ausbleiben von Lohnerhöhungen veranlasste die Bank of Japan (BoJ), ihre Inflationsprognosen für 2018 und 2019 nach unten zu revidieren. In ihrer Sitzung im Juli rückte die BoJ die zeitliche Zielvorgabe für das Erreichen des Inflationszieles von 2% weiter in die Zukunft. Eine Abkehr von der extrem lockeren Geldpolitik ist damit vorerst nicht absehbar.

China: Starkes erstes Halbjahr führt zu Aufwärtsrevision der Wachstumsaussichten

Das Wachstum des realen BIP blieb auch im zweiten Quartal stark und lag wie schon im ersten Quartal bei 6,9% (gegenüber dem Vorjahresquartal). In den vier Quartalen des Vorjahres war die chinesische Wirtschaft mit je 6,7% gewachsen. Sollte sich der aktuelle Trend auch in der zweiten Jahreshälfte fortsetzen, würde das Wachstum zum ersten Mal seit 2010 wieder leicht anziehen. Auch das von der chinesischen Regierung kürzlich neu gesetzte Wachstumsziel von 6,5% würde damit übertroffen werden.

CHINA: Beiträge zum BIP-Wachstum



Quelle: Thomson Reuters.

Aufgrund des starken ersten Halbjahres und der voraussichtlichen Weiterführung des staatlichen Investitionsprogramms sieht sich der IWF in seinem Prognose-Update vom Juli veranlasst, Chinas Wachstumsaussichten gegenüber der Frühjahrsprognose nach oben zu korrigieren. China soll 2017 mit 6,7% (+0,1 Ppt.) und 2018 mit 6,4% (+0,2 Ppt.) wachsen.

Der IWF warnt vor Risiken im Zusammenhang mit dem Aufschieben von Reformen und insbesondere vor einer zunehmenden Verschuldung. Daher bestehen laut IWF auch gewisse Zweifel an der Nachhaltigkeit der angestiegenen Wachstumsraten. Größtenteils beruht der Aufschwung auf dem Immobilien- und Infrastruktursektor, dies sind beides Sektoren, welche hauptsächlich über Kredite finanziert sind. Aktuelle Zahlen vom Juli zeigen, dass das Wachstum

von Hausverkäufen nach einem starken ersten Halbjahr rückläufig ist. Dies kann als Anzeichen für die Wirksamkeit von Maßnahmen gegen einen stärkeren Immobilienpreisanstieg gedeutet werden, welche zu Jahresende 2016 von einigen chinesischen Großstädten in die Wege geleitet worden waren. Zu den Maßnahmen zählen neben Beschränkungen des Erwerbs von Immobilien auch strengere Richtlinien bei der Aufnahme von Hypothekendarlehen.

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Ungebrochen starkes Wachstum[3]

Wachstum zunehmend breiter basiert

Die starke wirtschaftliche Dynamik in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) dürfte sich laut ersten vorliegenden Daten auch im zweiten Quartal 2017 fortgesetzt haben. Das durchschnittliche Wachstum in der Region beschleunigte sich auf 1,3% (im Vergleich zum Vorquartal). Besonders dynamisch wuchsen Rumänien (+1,6%) und insbesondere die Tschechische Republik (+2,3%, jeweils im Vergleich zur Vorperiode). Die für die Tschechische Republik berichtete Wachstumsrate war damit die höchste im Land seit Beginn der Zeitreihe in 1996 und auch die mit Abstand höchste in der gesamten Europäischen Union. Laut tschechischem Statistikamt wurde das Wachstum verwendungsseitig vor allem von der Binnennachfrage getragen, wobei sowohl der private Konsum als auch die Investitionen deutlich zulegten. Entstehungsseitig basierte die Dynamik nicht nur auf der traditionell besonders wichtigen Sachgütererzeugung, sondern zunehmend auch auf dem Dienstleistungssektor. Das lässt auf eine Verbreiterung des Wirtschaftswachstums schließen.

Für die restlichen Länder gibt es noch keine vollständigen Detaildaten zur BIP-Entwicklung.

Wirtschaftswachstum in CESEE
Reales Wachstum in % gegenüber dem Vorquartal

	2016q3	2016q4	2017q1	2017q2
Bulgarien	0,7	0,9	0,9	0,9
Estland	0,5	1,9	0,8	1,3
Kroatien	1,4	0,6	0,6	0,8
Lettland	0,5	1,2	1,6	1,3
Litauen	0,5	1,5	1,4	0,6
Polen	0,4	1,7	1,1	1,1
Rumänien	0,7	1,5	1,7	1,6
Slowakische Rep.	0,6	0,8	0,8	0,8
Slowenien	1,2	1,3	1,5	1,1
Tschechische Rep.	0,2	0,4	1,5	2,3
Ungarn	0,5	0,7	1,3	0,9
gesamte Region	0,5	1,2	1,2	1,3

Quelle: Eurostat.

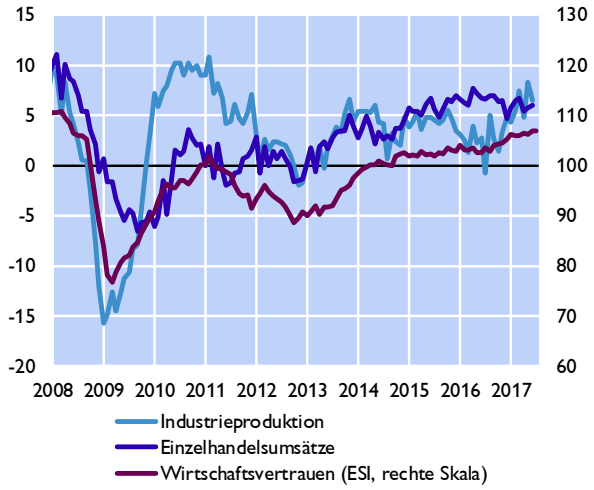
Vorlauf- und Vertrauensindikatoren deuten auf anhaltend robuste Konjunktur hin

Alle verfügbaren Vorlauf- und Vertrauensindikatoren entwickelten sich in den letzten Monaten positiv. Das trifft vor allem auch auf die Bauwirtschaft zu, welche ihre Schwächeperiode dank zunehmender Auszahlungen von EU-Mitteln aus dem laufenden Finanzrahmen überwunden hat: Die Produktion im Baugewerbe nahm im Juni 2017 um 8,2% im regionalen Durchschnitt zu, nachdem sie im Jahr 2016 noch um durchschnittlich 10% zurückging. Gleichzeitig entwickelte sich die Industrieproduktion äußerst positiv: Nach einer Phase erhöhter Volatilität Mitte 2016 beschleunigte sich das jährliche Wachstum der Industrieproduktion seit Oktober 2016 deutlich und betrug im Juni 2017 6,5% im regionalen Durchschnitt. Die robuste Industriekonjunktur wird auch durch verfügbare Umfragen unter Einkaufsmanagern aus Polen und der Tschechischen Republik belegt. In beiden Ländern lagen die entsprechenden Indizes im Juli deutlich über der eine Expansion anzeigenden Marke von 50 Punkten, obgleich in den letzten Monaten ein moderater Rückgang zu beobachten war. Statistiken zu Umsätzen der Industrie im Inland und Ausland deuten darauf hin, dass die Binnenkonjunktur zunehmend wichtig für die CESEE-Volkswirtschaften wird: Während das Wachstum der Umsätze im Ausland zuletzt etwas nachließ, beschleunigte sich die Nachfrage im Inland deutlich.

[3] Autor: Josef Schreiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland). Siehe auch den Beitrag „Deflationäre Periode in CESEE-Region nachhaltig überwunden“ in dieser Ausgabe.

Vorlauf- und Vertrauensindikatoren CESEE

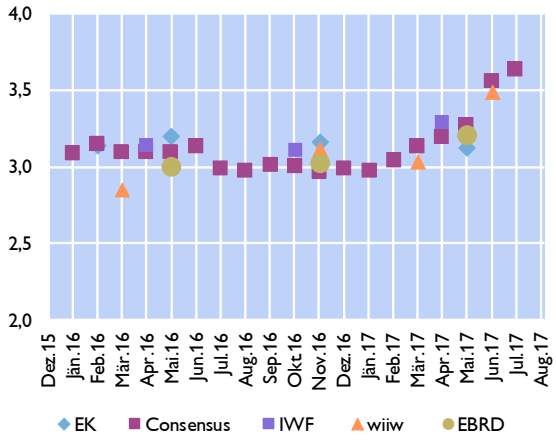
jährliche Veränderung in % bzw. in Punkten



Quelle: Eurostat, Europäische Kommission.

CESEE EU-MS: Entwicklung der Wachstumsprognosen für 2017

Reales Wachstum in %



Quelle: EK, EBRD, Consensus Economics, EZB, IWF, wiiw.

Steigende Löhne und eine dynamische Entwicklung der Arbeitsmärkte dürften den Konsum befeuert haben und schlugen sich in einem steigenden Wirtschaftsvertrauen nieder. Der Economic Sentiment Indicator (ESI) der Europäischen Kommission steigt seit Anfang 2015 kontinuierlich an und erreichte im Juli 2017 einen Wert von 106,9 Punkten im regionalen Durchschnitt. Damit lag er deutlich über dem langjährigen Durchschnitt und auf einem Niveau welches zuletzt im Herbst 2008 erreicht wurde. Der Index wurde neben der sich aufhellenden Stimmung im Bausektor auch von stärkeren Vertrauenswerten im Einzelhandel positiv beeinflusst. Die robuste Dynamik in diesem Sektor wird auch durch die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze unterstrichen: Diese wuchsen seit Jahresbeginn um durchschnittlich 6%.

Positive Nachrichten kommen weiter von den Arbeitsmärkten: Die durchschnittliche Arbeitslosenquote in der Region ging abermals leicht zurück (auf 5,2% im Juni 2017) und befindet sich auf einem historisch niedrigen Niveau. Die Tschechische Republik verzeichnete im Juni erneut die niedrigste Arbeitslosenrate in der EU (2,9%).

Prognosen nach oben revidiert

Die in den letzten Quartalen zunehmende Dynamik in CESEE schlug sich zuletzt auch in den Prognosen zum Wirtschaftswachstum im heurigen Jahr nieder. Während bis Jahresanfang allgemein mit einem durchschnittlichen Wachstum von etwa 3% im Jahr 2017 gerechnet wurde, erhöhten sich die Prognosen zuletzt deutlich auf rund 3,5%. Diesen Wert erwartet etwa das wiiw in seiner jüngsten Analyse von Juni 2017. Die Prognosen des wiiw wurden im Vergleich zum Frühjahr für die meisten Länder nach oben revidiert, besonders deutlich für Bulgarien und Slowenien (+0,6 Prozentpunkte), für Ungarn (+0,7 Prozentpunkte) sowie für Rumänien (+0,8 Prozentpunkte). Die überraschend starke Dynamik in der Tschechischen Republik im zweiten Quartal wird wohl auch für dieses Land noch weitere Aufwärtsrevisionen nach sich ziehen. Im regionalen Vergleich wird für 2017 zurzeit das höchste Wachstum in Ungarn (4%) und Rumänien (4,8%) erwartet. Die Schlusslichter werden Estland (2,3%) und Kroatien (2,7%) bilden.

Österreich: Wirtschaft wird 2017 um 2¾% wachsen[4]

Dynamische Entwicklung der Güterexporte nach Stagnation im Jahr 2016

Zahlreiche Konjunkturrisiken, die in den letzten Jahren die Zuversicht und Investitionsbereitschaft der Unternehmen und Konsumenten gedrückt haben, sind in den vergangenen Monaten geringer geworden. So sind beispielsweise potenzielle politische Risiken im Euroraum nicht schlagend geworden und stärker negative Folgen des Brexit bis heute ausgeblieben. Die Aussichten für die Weltwirtschaft und den Welthandel haben sich weiter stabilisiert und verbessert. Insbesondere die Wachstumserwartungen für Osteuropa - ein wichtiger Absatzmarkt für in Österreich hergestellte Güter – wurden zuletzt nach oben revidiert.

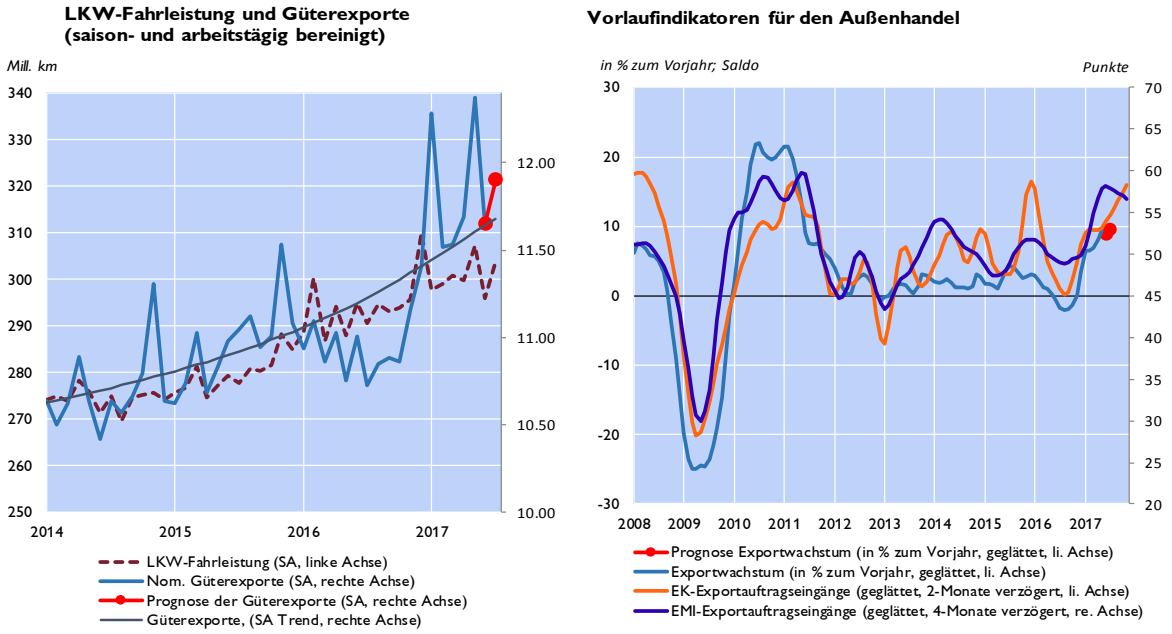
Die österreichischen Exporteure konnten von dieser außenwirtschaftlichen Entwicklung profitieren. Nachdem die nominellen Güterexporte im Jahr 2016 stagnierten, sind sie in den ersten fünf Monaten 2017 um knapp 10% gewachsen. Die regionale Aufteilung der Exporte zeigt, dass der Exportaufschwung regional breit gefächert ist. Neben den Exporten nach Frankreich, die – getrieben von einem Sondereffekt bei pharmazeutischen Erzeugnissen im Jänner – in den ersten fünf Monaten des Jahres 2017 um 58% zunahmen, stiegen die Exporte nach Russland (+31%), in die Niederlande (+14%) und nach Schweden (+13%) besonders stark.

Die wirtschaftliche Erholung in Osteuropa findet in der Entwicklung der österreichischen Exporte ihren Niederschlag. Während die Exporte in die zehn mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten in den letzten fünf Jahren nahezu stagnierten, war im Verlauf des heurigen Jahres eine spürbare Beschleunigung zu verzeichnen. Für die österreichische Exportwirtschaft ist der Anstieg der Ausfuhren nach Tschechien (+11%), Ungarn (10%) und in die Slowakei (+8%) besonders relevant. Von den zwanzig größten Exportmärkten verzeichneten lediglich die Schweiz (-4%), das Vereinigte Königreich (-3%) und die Türkei (-3%) eine negative Entwicklung. Neben chemischen Erzeugnissen trieben vor allem bearbeitete Waren sowie Maschinen und Fahrzeuge die Exportentwicklung. Die aktuellen Ergebnisse des auf LKW-Fahrleistungsdaten basierenden OeNB-Exportindikators vom August 2017 signalisieren eine anhaltend dynamische Exportkonjunktur für Juni und Juli. Durchschnittlich wachsen die Güterexporte in diesen beiden Prognosemonaten um rund 7%. Für die kommenden Monate signalisiert die Einschätzung der Exportauftragseingänge durch die Unternehmen eine Stabilisierung des Exportwachstums auf dem gegenwärtigen hohen Niveau.

Die Dienstleistungsexporte profitieren von der sehr positiven Entwicklung im österreichischen Tourismus. Mit über 90 Millionen Nächtigungen wurde in den ersten sieben Monaten des Jahres 2017 ein neues Rekordergebnis erzielt. Dabei war besonders der Start in die Sommersaison (Mai bis Juli) mit einem Nächtigungsplus von 4,4% erfreulich. Ausländische Gäste trugen zu diesem Ergebnis mit einem Plus von 5,8% überdurchschnittlich stark bei. Der Beitrag der gesamten Exporte zum Wirtschaftswachstum in Österreich dürfte daher im zweiten Halbjahr sogar stärker ausfallen als im ersten.

[4] Autoren: Gerhard Fenz, Friedrich Fritzer, Martin Schneider (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Stagnation im Güterhandel überwunden

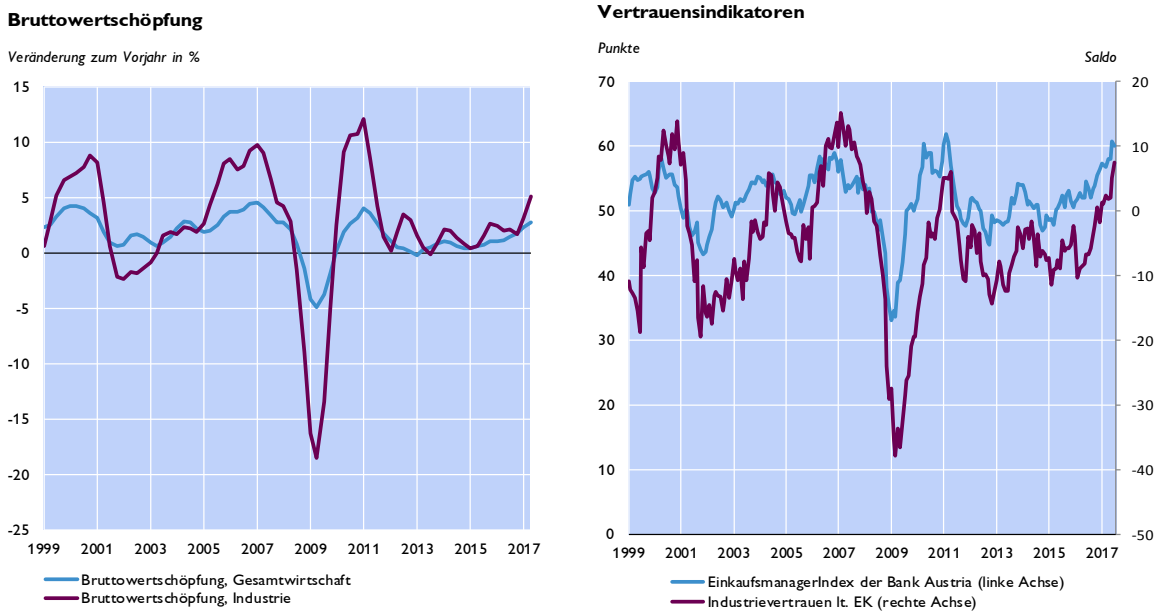


Quelle: Asfinag, OeNB.

Kräftige Industriekonjunktur im ersten Halbjahr

Die günstige Exportentwicklung liefert auch wichtige Impulse für die heimische Industrie, die zusätzlich von einer starken Inlandsnachfrage profitiert. Die Industrieproduktion wuchs gemäß Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung im zweiten Quartal 2017 im Jahresabstand um real 5% und damit doppelt so stark wie die österreichische Wirtschaft insgesamt. Das im Vergleich zur Gesamtwirtschaft überdurchschnittliche Wachstum ist typisch für Hochkonjunkturphasen. So wurden in den Jahren 2000 sowie 2006/2007 Wachstumsraten von rund 8% verzeichnet.

Kräftige Industriekonjunktur



Quelle: Eurostat, Bank Austria.

Für die zweite Jahreshälfte lassen die positiven Umfragewerte auf eine Fortsetzung der starken Industriekonjunktur schließen. Sowohl der Bank Austria Einkaufsmanagerindex als auch das Industrievertrauen lt. EK liegen nahe ihrer historischen Höchststände. Der Einkaufsmanagerindex lag im Juli mit 60 Punkten deutlich über dem Schwellenwert von 50 Punkten, ab dem ein Wachstum der Industrieproduktion signalisiert wird. Auch das von der Europäischen Kommission erhobene Industrievertrauen liegt mit einem Saldo von 7,5 deutlich über dem langfristigen Durchschnitt von -5,0. Die Auftragseingänge sind in den Monaten Jänner bis Mai lt. Statistik Austria mit über 10% kräftig gestiegen. Auch zur Jahresmitte beurteilen die Industrieunternehmen die Auftragslage sehr günstig. Allerdings zeigen die Umfragen hier eine gewisse Stabilisierung auf hohem Niveau. Die Dynamik bei den Neuaufträgen lt. Einkaufsmanagerindex hat sich zuletzt geringfügig abgeschwächt. Dies ist in erster Linie auf ein etwas geringeres Wachstum der Auslandsaufträge zurückzuführen. Noch signalisiert aber das Verhältnis von Auftragseingängen zu Verkaufslagern ein kräftiges Produktionswachstum im Industriesektor. Der Höhepunkt der Industriekonjunktur könnte jedoch zur Jahresmitte erreicht worden sein. Eine signifikante Wachstumsabschwächung ist aber nicht in Sicht. Die österreichische Industrie wird auch in den kommenden Monaten kräftig wachsen.

Höhepunkt des Ausrüstungsinvestitionszyklus überschritten - Signale für stärkere Wohnbauinvestitionen

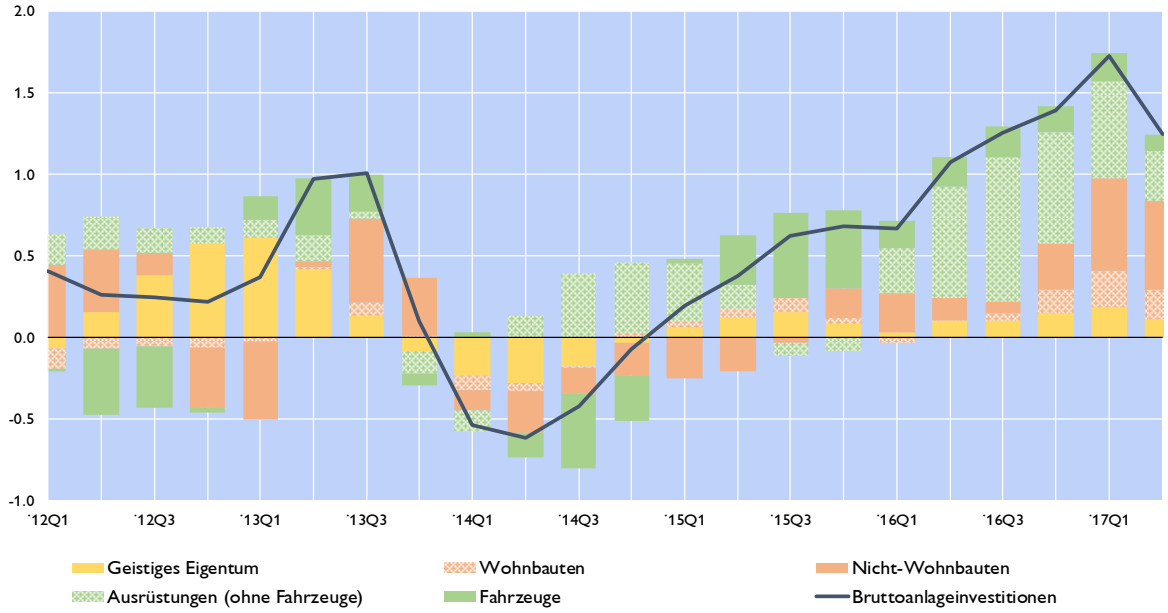
Zur Steigerung des Produktionsniveaus sind zusätzliche Investitionen notwendig geworden. Die Investitionen in Maschinen und Fahrzeuge wurden bereits 2016 deutlich erhöht und im ersten Halbjahr nochmals gesteigert. Der aktuelle Zyklus der Ausrüstungsinvestitionen ist im historischen Vergleich damit bereits überdurchschnittlich stark und langanhaltend, sodass mit keiner weiteren Beschleunigung des Investitionswachstums im zweiten Halbjahr gerechnet wird. Die Kapazitätsauslastung lag im zweiten Quartal mit 86,6% deutlich über dem langjährigen Durchschnitt von 85,1%. Daraus ergibt sich ein Bedarf an Erweiterungsinvestitionen. Während zu Beginn des aktuellen Investitionszyklus notwendige Ersatzinvestitionen das zentrale Investitionsmotiv dargestellt haben, ist davon auszugehen, dass nunmehr insbesondere Erweiterungsinvestitionen eine wichtige Rolle spielen.

Dem steht eine erwartete Beschleunigung bei den Bauinvestitionen gegenüber. Die Zuversicht im Bausektor hat in den letzten Monaten deutlich zugenommen. Der von der Europäischen Kommission erhobene Vertrauensindikator für den Bausektor erreichte im Juli einen Wert von 9,8 Punkten und liegt damit nicht nur über dem langjährigen Durchschnitt von -16,9 Punkten, sondern erreichte überhaupt den höchsten jemals gemessenen Wert. Das gestiegene Vertrauen geht Hand in Hand mit einer von den Unternehmen gemeldeten höheren Bautätigkeit und einer höheren Nachfrage. Auch die Baubewilligungen wachsen ungewöhnlich stark und erreichten 2016 mit 66.000 den gemessen an der Bevölkerungszahl höchsten Wert in der Europäischen Union. Angesichts dieser positiven Nachrichten und der anhaltend guten Finanzierungsbedingungen sowie steigender Immobilienpreise war das Wachstum der Wohnbauinvestitionen im zweiten Quartal mit +1,0% (real, im Vergleich zum Vorquartal) sogar noch recht verhalten; Spielraum für eine stärkere Ausweitung der Bautätigkeit in den kommenden Quartalen scheint damit gegeben. Insgesamt wird die Investitionstätigkeit der Unternehmen angesichts der guten Industrie- und Baukonjunktur in den kommenden Monaten kräftig bleiben[5].

[5] Hinweis zur Position „Geistiges Eigentum“ in der Grafik: Das ESVG definiert geistiges Eigentum als „Software sowie Originale der Unterhaltungsindustrie, literarische und künstlerische Originale“.

Höhepunkt des Investitionszyklus im ersten Halbjahr 2017

Wachstumsbeiträge in %-Punkten

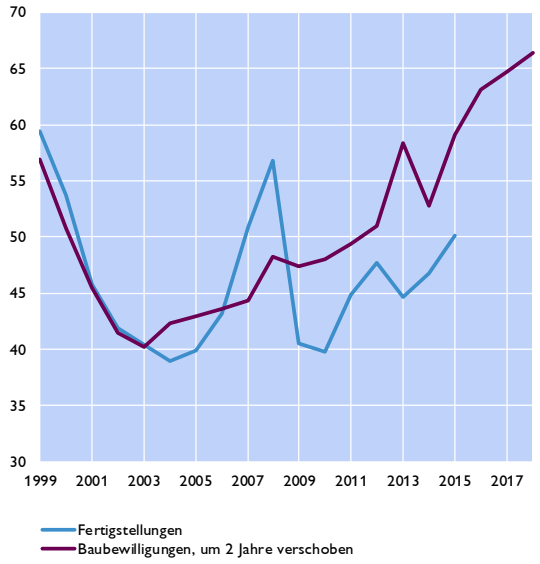


Quelle: Eurostat, OeNB.

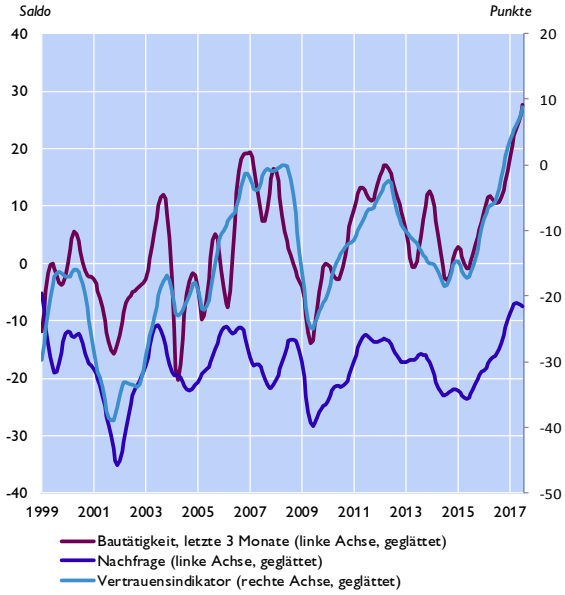
Vorlaufindikatoren signalisieren stärkere Wohnbauaktivität in den kommenden Quartalen

Baubewilligungen und Fertigstellungen

in 1000



Vertrauensindikatoren



Quelle: Eurostat, EZB.

Trotz Auslaufens von Einmaleffekten bleibt der private Konsum eine wichtige Konjunkturstütze

Neben der regen Investitionstätigkeit zeigt auch das stabile Konsumwachstum, dass der Aufschwung an Breite gewonnen hat. Mit dem Auslaufen der positiven Impulse der Anfang 2016 in Kraft getretenen Steuerreform und einem durch steigende Rohölpreise bedingten Anstieg der Inflation hat sich das reale Konsumwachstum im ersten Halbjahr etwas abgeschwächt. Der Preisauftrieb schwächt sich derzeit jedoch bereits wieder ab und sollte den privaten Konsum nicht weiter belasten.

Die ausgezeichnete konjunkturelle Lage zeigt sich auch deutlich am Arbeitsmarkt. Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten stieg im ersten Halbjahr 2017 um mehr als 60.000 Personen oder 1,8%. Das Beschäftigungswachstum ist sektoral breit gestreut. Besonders erfreulich ist die steigende Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie (+2,7%) und im Bausektor (1,8%), werden in diesen Branchen doch überwiegend Vollzeitarbeitsplätze angeboten. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen ging im ersten Halbjahr 2017 stetig zurück. Im Durchschnitt waren knapp 12.000 Personen weniger arbeitslos als im ersten Halbjahr 2016. Im Juli 2017 suchten 307.000 Personen einen Arbeitsplatz. Hinzu kommen 63.000 Personen in Schulungen, die nicht als arbeitslos registriert werden. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition sank gegenüber Juli 2016 um einen halben Prozentpunkt auf 7,6% (saisonbereinigt 8,6%). Noch stärker ging die Arbeitslosenquote lt. Eurostat zurück; sie fiel von 6,3% im Juni 2016 auf 5,2% im Juni 2017. Die Zahl der als arbeitslos gemeldeten älteren Arbeitnehmer sowie die Zahl der von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Arbeitnehmer steigt jedoch weiter an. Hingegen ist die Zahl der als arbeitslos gemeldeten Asylwerber im Juli im Vorjahresvergleich geringfügig um 270 Personen auf 15.100 gesunken.

Kennziffern des österreichischen Arbeitsmarktes

	Unselbstständige Beschäftigte		Arbeitslose		Arbeitslosenquote in %			Gemeldete offene Stellen		Personen in Schulungen	
	in 1.000	zu Vorjahr in 1.000	in 1.000	zu Vorjahr in %	laut AMS (NSA)	laut AMS (SA)	laut EU-Konzept	in 1.000	zu Vorjahr in %	in 1.000	zu Vorjahr in %
2014	3,503	+20	319.4	+11.2	8.4	8.4	5.6	26,320	−0.2	75,317	+2.5
2015	3,535	+31	354.3	+11.0	9.1	9.1	5.7	29,251	+11.1	65,126	−13.5
2016	3,587	+52	357.3	+0.8	9.1	9.1	6.0	40,277	+37.7	67,210	+3.2
Q3 16	3,654	+48	324.8	+0.5	8.2	9.1	6.1	43,140	+33.5	61,962	+1.4
Q4 16	3,594	+58	369.0	−0.8	9.3	9.0	5.8	40,899	+32.8	61,962	−7.1
Q1 17	3,579	+59	392.3	−1.8	9.9	8.8	5.7	49,230	+39.3	74,481	+8.2
Q2 17	3,646	+65	320.0	−4.8	8.1	8.6	5.3	58,812	+41.0	74,426	+7.0
Feb. 17	3,576	+60	400.6	−1.3	10.1	8.8	5.8	49,383	+37.7	75,167	+7.1
März 17	3,616	+60	354.1	−3.7	8.9	8.7	5.7	53,142	+44.5	76,686	+7.9
Apr. 17	3,605	+62	337.9	−4.5	8.6	8.7	5.4	55,530	+41.1	75,760	+7.0
Mai 17	3,648	+67	318.0	−4.9	8.0	8.6	5.2	59,858	+43.9	76,489	+7.6
Juni 17	3,684	+67	303.9	−5.0	7.6	8.6	5.2	61,048	+38.1	71,029	+6.3
Juli 17	3,728	+68	307.2	−4.4	7.6	8.6	×	65,038	+48.5	63,195	+8.2

Quelle: HSV, AMS, OeNB.

Die Lage am österreichischen Arbeitsmarkt wird sich aller Voraussicht nach in der zweiten Jahreshälfte weiter verbessern. Die guten Konjunkturaussichten und der kräftige Anstieg der beim AMS gemeldeten offenen Stellen (+48 % im Juli) signalisieren für das zweite Halbjahr ein ähnlich starkes Beschäftigungswachstum wie in der ersten Jahreshälfte.

OeNB-Konjunkturindikator: Österreichs Wirtschaft wächst 2017

Das Konsumwachstum wird auch im zweiten Halbjahr 2017 stabil bleiben und gemeinsam mit der anhaltenden Investitionskonjunktur für einen kräftigen Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage sorgen. In Verbindung mit den verbesserten Aussichten für die Exportkonjunktur stehen die Chancen für ein sehr starkes Wachstum der österreichischen Wirtschaft im Jahr 2017 sehr gut. Die OeNB erwartet daher im Rahmen ihres vierteljährlichen OeNB-Konjunkturindikators vom August 2017 für das dritte und vierte Quartal 2017 ein Wachstum des realen BIP von 0,7 % bzw. 0,6 % (jeweils gegenüber dem Vorquartal). Gegenüber der letzten Veröffentlichung im Mai 2017 wurde das Wachstum für das dritte Quartal um 0,1 Prozentpunkte nach oben revidiert. Für das Gesamtjahr 2017 ergibt sich damit ein Wachstum von 2¾ %.[6] Deutlich höhere Wachstumsraten wurden letztmals in der Hochkonjunkturphase der

[6] Diese Prognose basiert auf der vom WIFO am 28. Juli veröffentlichten VGR-Schnellschätzung für das zweite Quartal 2017. Die bisher Ende August stattfindende erste vollständige Veröffentlichung der Daten für das zweite

Jahre 2006 und 2007 mit 3½% verzeichnet. Die Risiken der vorliegenden Prognose sind weitgehend ausgeglichen. Sollten außenwirtschaftliche Risiken (überhaupt kein fiskalischer Stimulus in den USA, Brexit-Verhandlungen, Verschlechterung der Beziehungen mit der Türkei) schlagend werden, würde das Wachstum geringer ausfallen. Andererseits kann die Erholung im Euroraum noch stärker an Dynamik gewinnen und damit den Beitrag der Nettoexporte erhöhen. Zudem ist nicht auszuschließen, dass auch die Inlandsnachfrage stärker als erwartet ausfallen könnte.

Prognose für das reale Bruttoinlandsprodukt in Österreich für das dritte und vierte Quartal 2017 (saison- und arbeitstägig bereinigte Trendreihe)

Q1 15	Q2 15	Q3 15	Q4 15	Q1 16	Q2 16	Q3 16	Q4 16	Q1 17	Q2 17	Q3 17	Q4 17
Veränderung zum Vorquartal in %											
+0.3	+0.3	+0.2	+0.3	+0.4	+0.3	+0.5	+0.6	+0.8	+0.8	+0.7 *	+0.6 *
Veränderung zum Vorjahresquartal in %											
+0.6	+0.7	+0.9	+1.2	+1.2	+1.2	+1.5	+1.8	+2.2	+2.7	+2.9 *	+2.9 *
			2015				*2016*				*2017*
			+0.9				+1.5				+2.7 *

** : Prognose.*

Quelle: OeNB-Konjunkturindikator vom August 2017, WIFO.

Rückgang des Rohölpreises und Aufwertung des Euro dämpfte die österreichische Inflationsrate in den letzten Monaten[7]

Die österreichische HVPI-Inflationsrate ging von 2,3 % im April 2017 auf 2,0 % im Juli 2017 zurück, während die Kerninflationsrate (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) in diesem Zeitraum annähernd stabil bei 2,2 % blieb. Der Großteil des Rückgangs der Gesamtinflationsrate geht auf die Energiekomponente des HVPI zurück, deren Teuerungsrate von 4,8 % im April dieses Jahres auf -0,5 % im Juli 2017 fiel. Ausschlaggebend dafür waren einerseits der geringere Rohölpreis in US-Dollar sowie die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Zudem haben in den letzten Monaten regionale Stromanbieter die Elektrizitätspreise gesenkt.

Im Rahmen der aktuellen Inflationsprognose erwartet die OeNB für das Jahr 2017 für Österreich eine HVPI-Inflationsrate von 2,0 % sowie einen Rückgang auf durchschnittlich 1,7 % im Jahr 2018. Die Inflationsentwicklung im Prognosezeitraum ist vor allem energiepreisgetrieben. Rund 80 % des Rückgangs der Teuerungsrate geht auf die Energiekomponente des HVPI zurück.

Quartal verschiebt sich heuer auf den 25. September, da Statistik Austria die für die Berechnung erforderlichen Jahresdaten für das Vorjahr ab heuer erst im September (statt im Juli) veröffentlicht.

[7] Siehe dazu auch ausführlicher im Beitrag „Energiepreisgetriebener Rückgang der österreichischen Inflationsrate von 2,0 % (2017) auf 1,7 % (2018)“ in dieser Ausgabe.

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats[8]

EZB-Rat am 20. Juli 2017

Auf der Grundlage der regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat am 20. Juli 2017 beschlossen, die Leitzinsen der EZB unverändert zu lassen. Wir gehen davon aus, dass sie für längere Zeit und weit über den Zeithorizont unseres Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden. Was die geldpolitischen Sondermaßnahmen betrifft, so bestätigen wir, dass der Nettoerwerb von Vermögenswerten, im derzeitigen Umfang von monatlich 60 Mrd €, bis Ende Dezember 2017 oder erforderlichenfalls darüber hinaus erfolgen soll und in jedem Fall so lange, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die mit seinem Inflationsziel im Einklang steht. Der Nettoerwerb von Vermögenswerten wird parallel zur Reinvestition der Tilgungszahlungen für im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten erworbene und fällig werdende Wertpapiere durchgeführt.

Unsere geldpolitischen Maßnahmen haben weiterhin zur Wahrung der sehr günstigen Finanzierungsbedingungen beigetragen, die erforderlich sind, um einen stetigen Fortschritt hin zu einer nachhaltigen Annäherung der Inflationsraten an ein Niveau von unter, aber nahe 2% auf mittlere Sicht sicherzustellen. Die aktuellen Daten bestätigen eine anhaltende Festigung des Konjunkturaufschwungs im Eurogebiet, der sektor- und regionenübergreifend an Breite gewonnen hat. Die Risiken für die Wachstumsaussichten sind weitgehend ausgewogen.

Der anhaltende Konjunkturaufschwung stimmt zwar zuversichtlich, dass sich die Preissteigerungsrate allmählich in Richtung eines Niveaus entwickeln wird, das mit unserem Inflationsziel im Einklang steht, allerdings muss er sich noch in einer stärkeren Inflationsdynamik niederschlagen. Die Gesamtinflation wird durch die schwachen Energiepreise gedämpft. Zudem befinden sich die Messgrößen der Kerninflation insgesamt nach wie vor auf niedrigem Niveau. Es bedarf daher weiterhin eines sehr erheblichen Grads an geldpolitischer Akkommodierung, damit sich allmählich Druck auf die Kerninflation aufbaut und die Entwicklung der Gesamtinflation auf mittlere Sicht gestützt wird. Sollten sich die Aussichten eintrüben oder die Finanzierungsbedingungen nicht mehr mit einem weiteren Fortschritt hin zu einer nachhaltigen Korrektur der Inflationsentwicklung im Einklang stehen, so sind wir bereit, das Programm zum Ankauf von Vermögenswerten im Hinblick auf Umfang und/oder Dauer auszuweiten.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der wirtschaftlichen Analyse zu beginnen. Das reale BIP des Eurogebiets legte im ersten Jahresviertel 2017 um 0,6% gegenüber dem Vorquartal zu, verglichen mit 0,5% im letzten Jahresviertel 2016. Aktuelle Daten, vor allem Umfrageergebnisse, deuten für die nächste Zeit weiterhin auf ein solides, breit angelegtes Wachstum hin. Die Transmission unserer geldpolitischen Maßnahmen unterstützt die Binnennachfrage und hat den Prozess des Verschuldungsabbaus erleichtert. Die Erholung der Investitionstätigkeit profitiert nach wie vor von sehr günstigen Finanzierungsbedingungen und einer Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen. Die privaten Konsumausgaben werden durch den Beschäftigungszuwachs, der auch durch vorangegangene Arbeitsmarktreformen begünstigt wird, und durch die Zunahme des Vermögens der privaten Haushalte gestützt. Zudem dürfte die weltweite Erholung zunehmend den Handel und die Ausfuhren des Euroraums stützen. Allerdings werden die Wachstumsaussichten nach wie vor durch die insbesondere an den Gütermärkten

[8] Der Bericht ist die gekürzte Version der einleitenden Bemerkungen des EZB-Präsidenten nach dem EZB-Rat, die sowohl in englischer als auch in deutscher Sprache unter http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2017/html/index.en.html verfügbar sind.

schleppende Umsetzung von Strukturreformen und noch erforderliche Bilanzanpassungen in einer Reihe von Sektoren gebremst, wenngleich derzeit Verbesserungen zu verzeichnen sind.

Die Risiken für die Wachstumsaussichten des Eurogebiets sind weitgehend ausgewogen. Einerseits erhöht die derzeitige positive Konjunkturdynamik die Wahrscheinlichkeit, dass der Aufschwung stärker als erwartet ausfällt. Andererseits bestehen nach wie vor Abwärtsrisiken, die sich hauptsächlich aus globalen Faktoren ergeben.

Die jährliche am HVPI gemessene Teuerungsrate für das Euro-Währungsgebiet lag im Juni mit 1,3% leicht unter dem Niveau vom Mai (1,4%), was in erster Linie auf einen geringeren Anstieg der Energiepreise zurückzuführen war. Ausgehend von den aktuellen Terminpreisen für Öl dürfte sich die Gesamtinflation in den nächsten Monaten in etwa auf dem derzeitigen Niveau halten. Gleichzeitig befinden sich die Messgrößen der Kerninflation nach wie vor auf einem niedrigen Niveau, und bislang sind noch keine überzeugenden Anzeichen eines Anstiegs zu erkennen, da der binnenwirtschaftliche Kostendruck, der u. a. vom Lohnwachstum ausgeht, weiterhin gemäßigt ist. Die Kerninflation im Euroraum, getragen von unseren geldpolitischen Maßnahmen, dem anhaltenden Konjunkturaufschwung und der damit verbundenen allmählichen Absorption der wirtschaftlichen Unterauslastung, dürfte mittelfristig nur allmählich ansteigen.

Was die monetäre Analyse betrifft, so setzt sich das robuste Wachstum der weit gefassten Geldmenge (M3) fort; die Jahreswachstumsrate lag im Mai 2017 bei 5,0% nach 4,9% im April. Wie bereits in den Vormonaten wurde der jährliche Zuwachs von M3 hauptsächlich durch die liquidesten Komponenten der weit gefassten Geldmenge gestützt; die Jahreswachstumsrate des eng gefassten Geldmengenaggregats M1 belief sich im Mai 2017 auf 9,3% und blieb damit unverändert gegenüber dem Vormonat.

Die seit Anfang 2014 verzeichnete Erholung der Kreditvergabe an den privaten Sektor setzt sich fort. Die jährliche Wachstumsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften blieb im Mai 2017 mit 2,4% stabil, während die Jahreswachstumsrate der Buchkredite an private Haushalte von 2,4% im April auf 2,6% zulegte. Laut der Umfrage zum Kreditgeschäft im Euro-Währungsgebiet für das zweite Quartal 2017 wurden die Richtlinien für die Vergabe von Unternehmenskrediten sowie für Wohnungsbaukredite an private Haushalte weiter gelockert, und das Kreditwachstum wird weiterhin durch eine steigende Nachfrage gestützt. Die seit Juni 2014 ergriffenen geldpolitischen Maßnahmen wirken sich nach wie vor deutlich positiv auf die Kreditbedingungen für Unternehmen sowie private Haushalte und auf die Kreditströme im gesamten Euroraum aus.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Gegenprüfung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Signale aus der monetären Analyse die Notwendigkeit bestätigte, einen sehr erheblichen Grad an geldpolitischer Akkommodierung beizubehalten, um eine nachhaltige Rückkehr der Inflationsraten auf ein Niveau von unter, aber nahe 2% sicherzustellen.

Andere Politikbereiche müssen entschlossen dazu beitragen, das längerfristige Wachstumspotenzial zu stärken und Schwachstellen abzubauen, damit unsere geldpolitischen Maßnahmen ihre volle Wirkung entfalten können. Die Umsetzung von Strukturreformen muss deutlich intensiviert werden, um die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen, die strukturelle Arbeitslosigkeit zu verringern und das Produktivitätswachstum zu steigern. Was die Finanzpolitik betrifft, so würden alle Länder von einer Verstärkung der Anstrengungen im Hinblick auf eine wachstumsfreundlichere Ausgestaltung der öffentlichen Finanzen profitieren. Eine im Zeitverlauf und länderübergreifend vollständige, transparente und einheitliche Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie des Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht bleibt unerlässlich, um die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft im Eurogebiet zu stärken.

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems 2016 und 2017

Datum der Bekanntgabe	Geldpolitische Maßnahmen
20. Juli 2017	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40 % zu belassen. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit und weit über den Zeithorizont des Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden.
13. Juni 2017	Die EZB passte im Lauf des ersten Halbjahres 2017 die Anteile ihrer Fremdwährungsreserven an und erhöhte ihre Investition in chinesische Renminbi (CNY) auf 500 Mio EUR. Insgesamt bestehen die Fremdwährungsreserven der EZB aus US-Dollar, japanischen Yen, chinesischen Renminbi, Gold sowie aus Sonderziehungsrechten des IWF.
8. Juni 2017	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Der EZB-Rat verändert jedoch seine *forward guidance* und geht ab sofort davon aus, dass „die EZB-Leitzinsen für längere Zeit und weit über den Zeithorizont des Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden“.
27. April und 9. März 2017	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Der EZB-Rat geht weiterhin davon aus, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit und weit über den Zeithorizont des Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden.
19. Jänner 2017	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Darüber hinaus legt er Einzelheiten für den Erwerb von Wertpapieren im Rahmen des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors (PSPP) fest, wenn diese Ankäufe mit einer Rendite unterhalb des Zinssatzes für die Einlagefazilität erfolgen. Dabei gilt für alle Länder eine Bevorzugung von Vermögenswerten mit einer Rendite oberhalb des Einlagesatzes. Dies bedeutet, dass das Ankaufvolumen von Wertpapieren mit einer Rendite unterhalb des Zinssatzes für die Einlagefazilität von Land zu Land variieren kann. Zudem kann es zeitlichen Schwankungen unterliegen, in denen sich Veränderungen des Marktzinses in Relation zum Einlagesatz widerspiegeln. Im Rahmen des dritten Programms zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (CBPP3), des Programms zum Ankauf von Asset-Backed Securities (ABSPP) und des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (CSPP) werden keine Wertpapiere erworben, deren Rendite unterhalb des Zinssatzes für die Einlagefazilität liegt.
2. Jänner 2017	Das Verzeichnis der im Euro-Währungsgebiet ansässigen Emittenten mit Förderauftrag, die für das Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors (Public Sector Purchase Programme – PSPP) zugelassen sind, wurde erweitert.

15. Dezember 2016	Ab sofort werden die EZB, die Nationale Bank van België, die Deutsche Bundesbank, die Central Bank of Ireland, die Banco de España, die Banque de France und die De Nederlandsche Bank in ihren Wertpapierleihgeschäften mit Beständen, die sie im Rahmen des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors (PSPP) erworben haben, auch Barsicherheiten akzeptieren. Die Gesamtobergrenze für Wertpapierleihen gegen Barsicherheiten wird auf 50 Mrd € festgesetzt und gilt für das Eurosystem insgesamt. Um die normale Aktivität am Repomarkt nicht übergebührlich zu beeinträchtigen, wird die Möglichkeit der Hinterlegung von Barsicherheiten entweder zum Zinssatz für die Einlagefazilität abzüglich 30 Bp. (derzeit also -70 Bp.) oder zum jeweils am Markt geltenden Reposatz gewährt, je nachdem, welcher dieser Zinssätze niedriger ist.
14. Dezember 2016	Der EZB-Rat beschließt, dass das Programm zum Ankauf von Asset-Backed Securities (ABSPP) ab 1. April 2017 einheitlich durch die nationalen Zentralbanken und ohne Unterstützung durch externe Vermögensverwalter umgesetzt werden soll. Die Deutsche Bundesbank, die Banca d'Italia, die De Nederlandsche Bank und die Banco de España schließen sich der Nationale Bank van België und der Banque de France als Vermögensverwalter an und tätigen Ankäufe im Auftrag des Eurosystems.
8. Dezember 2016	Sollte sich der Ausblick zwischenzeitig eintrüben oder sollten die Finanzierungsbedingungen nicht mehr mit einem weiteren Fortschritt hin zu einer nachhaltigen Korrektur der Inflationsentwicklung im Einklang stehen, so beabsichtigt der EZB-Rat, das Programm im Hinblick auf Umfang und/oder Dauer auszuweiten. Der Nettoerwerb von Vermögenswerten wird parallel zu Neuinvestitionen der Tilgungszahlungen für im Rahmen des APP erworbene und fällig werdende Wertpapiere durchgeführt. Um die weitere reibungslose Umsetzung der Ankäufe von Vermögenswerten durch das Eurosystem sicherzustellen, hat der EZB-Rat beschlossen, ab Jänner 2017 (i) die Mindestrestlaufzeit von im PSPP zugelassenen Wertpapieren von zwei Jahren auf ein Jahr zu verringern und (ii) die APP-Wertpapierankäufe mit einer unter dem Zinssatz für die Einlagefazilität der EZB liegenden Rückzahlungsrendite (wenn nötig) zu erlauben.
20. Oktober 2016	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen.
27. September 2016	Die EZB und die People's Bank of China (PBC) kommen überein, ihre wechselseitige Swap-Vereinbarung über maximal 350 Mrd chinesische Yuan bzw. 45 Mrd Euro (auf weitere drei Jahre befristet) zu verlängern. Dieses Liquiditäts-Sicherheitsnetz soll die Versorgung der Banken im Euroraum mit chinesischen Yuan im Fall von Devisenmarktverwerfungen sicherstellen.
8. September 2016 21. Juli 2016	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Zudem geht der EZB-Rat davon aus, dass die Leitzinsen für längere Zeit und weit über den Zeithorizont des Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden.
22. Juni 2016	Der EZB-Rat beschließt, marktfähige Schuldtitel, die von der Hellenischen Republik begeben oder in vollem Umfang garantiert wurden, wieder als Sicherheiten für die Refinanzierungsgeschäfte des Eurosystems zuzulassen. Somit erkennt der EZB-Rat die Verpflichtungserklärung der griechischen Regierung zur Umsetzung des aktuellen ESM-Programms an.
8. Juni 2016	Das Eurosystem startet seine Ankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (Corporate Sector Purchase Programme – CSPP).

2. Juni 2016	Der EZB-Rat beschließt in seiner Sitzung in Wien, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Zudem legt der EZB-Rat die Einzelheiten zu den Zulassungskriterien für Emittenten, die im Rahmen des CSPP gekauft werden, fest. Nicht zugelassen sind Emittenten, die der Aufsicht durch den SSM unterliegen, sowie deren Tochterunternehmen. Auch Emittenten, deren Mutterunternehmen außerhalb des Euro-Währungsgebiets der Bankenaufsicht unterliegen, sind vom CSPP ausgeschlossen. Schließlich werden 13 neue staatsnahe Emittenten in die „Agency"-Liste aufgenommen und werden damit als PSPP-fähig klassifiziert. Einige der Infrastrukturunternehmen werden hingegen von der „Agency"-Liste gestrichen und als CSPP-fähige Papiere eingestuft. Öffentlichen Unternehmen sind entweder für das CSPP oder für das PSPP zugelassen.
4. Mai 2016	Der EZB-Rat beschließt, die Herstellung der 500-€-Banknote dauerhaft einzustellen. Die Ausgabe des 500-€-Scheins wird gegen Ende des Jahres 2018 mit der geplanten Einführung der 100-€- und 200-€-Banknoten der Europa-Serie eingestellt. Der 500-€-Schein bleibt gesetzliches Zahlungsmittel und kann somit weiter als Zahlungsmittel und Wertspeicher verwendet werden. Wie die anderen Stückelungen der Euro-Banknoten kann der 500-€-Schein unbefristet bei den nationalen Zentralbanken des Eurosystems umgetauscht werden.
21. April 2016	Der EZB-Rat legt die wichtigsten technischen Parameter des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (Corporate Sector Purchase Programme – CSPP) fest. Die Ankäufe werden im Juni 2016 starten und die Sicherheitenliste wird als Grundlage für die Bestimmung der Ankauffähigkeit von Wertpapieren des Unternehmenssektors herangezogen werden. Gekauft werden in Euro denominierte Unternehmensanleihen (ohne Banken) mit einem Mindestrating von BBB- und einer Restlaufzeit von mindestens sechs Monaten und höchstens 30 Jahren. Die Ankäufe werden am Primär- und am Sekundärmarkt erfolgen und pro Wertpapier (ISIN) gilt eine Obergrenze von 70% des ausstehenden Betrags. Im Ankaufportfolio wird die Marktkapitalisierung für eine Gewichtung der einzelnen in der Benchmark erfassten Emissionsländer sorgen. Das CSPP wird von sechs nationalen Zentralbanken im Auftrag des Eurosystems durchgeführt und von der EZB koordiniert.
10. März 2016	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) um 5 Bp. auf 0,00% bzw. jenen für die Spitzenrefinanzierungsfazilität auf 0,25% zu senken. Der Zinssatz für die Einlagefazilität wird um 10 Bp. auf -0,40% gesenkt. Zweitens wird das Volumen der monatlichen Ankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) mit Wirkung von 1. April 2016 auf 80 Mrd € ausgeweitet. Um weiterhin eine reibungslose Umsetzung der Ankäufe von Vermögenswerten sicherzustellen, hat der EZB-Rat darüber hinaus beschlossen, die emittenten- bzw. emissionsbezogene Ankaufobergrenze für Wertpapiere zugelassener internationaler Organisationen und multilateraler Entwicklungsbanken von 33% auf 50% zu erhöhen. Zusätzlich wird ihr Anteil am PSPP von 12% auf 10% reduziert. Im Gegenzug wird der monatliche Anteil der Ankäufe durch die EZB am PSPP von 8% auf 10% erhöht, um die Risikoteilung im PSPP unverändert zu lassen.

10. März 2016 (fortgesetzt)	Drittens werden Ende des zweiten Quartals 2016 auf Euro lautende Investment-Grade-Anleihen von Unternehmen (ohne Banken) im Euro-Währungsgebiet in die Liste der Vermögenswerte aufgenommen, die für reguläre Ankäufe im Rahmen eines neuen Programms zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (CSPP) zugelassen sind. Viertens hat der EZB-Rat beschlossen, ab Juni 2016 mit einer neuen Reihe von vier gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG II) zu beginnen, die jeweils eine Laufzeit von vier Jahren haben. Diese neuen Geschäfte verstärken den akkommodierenden geldpolitischen Kurs der EZB und verbessern die Transmission der Geldpolitik, indem weitere Anreize für die Kreditvergabe der Banken an die Realwirtschaft gesetzt werden. Geschäftspartner können Mittel in Höhe von bis zu 30% des Bestands an anrechenbaren Krediten (per 31. Januar 2016) aufnehmen. Der Zinssatz für die GLRG II, der dem zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme geltenden Zinssatz für die HRG des Eurosystems entspricht, gilt für die Laufzeit des jeweiligen Geschäfts. Für Banken, deren Nettokreditvergabe eine Referenzgröße überschreitet, wird ein niedriger Zinssatz für die GLRG II angewandt, wobei der zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme geltende Zinssatz für die Einlagefazilität die Untergrenze darstellt. Im Rahmen der GLRG II wird es keine vorzeitigen Pflichtrückzahlungen geben, und ein Wechsel von den GLRG I ist zulässig. Schließlich geht der EZB-Rat davon aus, dass die Leitzinsen für längere Zeit und weit über den Zeithorizont des Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden.
21. Jänner 2016	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,05%, 0,30% und -0,30% zu belassen.

Quelle: EZB.

Stärkste Ausweitung bei Unternehmenskrediten im April 2017 seit 2012[9]

Stabil steigendes Kreditvolumen bei österreichischen MFIs[10]

Das bei österreichischen Banken aushaftende Kreditvolumen von inländischen Nichtbanken entwickelte sich über die letzten Jahre hinweg stabil positiv und wies im April 2017 eine bereinigte Jahreswachstumsrate[11] von 1,9% auf. Damit entwickelten sich die aushaftenden Kreditvolumina etwas dynamischer als der Vergleichswert des gesamten Euroraums, wo eine Ausweitung des Kreditvolumens bei Nichtbanken in Höhe von 1,3% zu beobachten war.

Starke Ausweitung bei Unternehmenskrediten

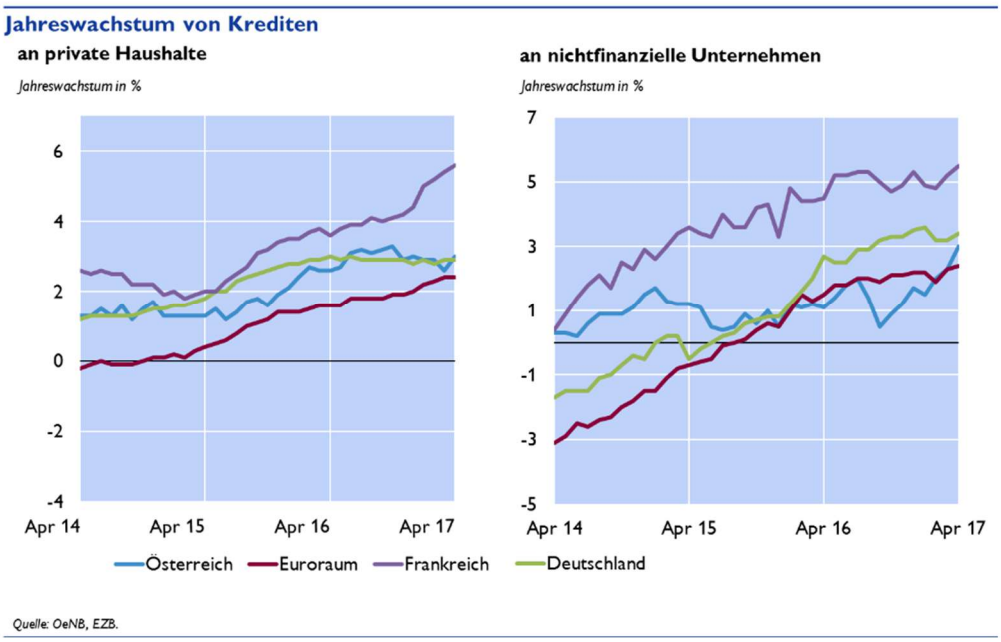
Das Kreditwachstum inländischer Unternehmen bei österreichischen MFIs wies im April 2017 mit 3,0% den höchsten Wert seit August 2012 auf. Der Beitrag Österreichs zum gesamten Euroraum-Aggregat – welcher zusätzlich zum Kreditvolumen inländischer Unternehmen auch jene Kreditvolumina umfasst, die von Unternehmen mit Firmensitz im sonstigen Euroraum bei österreichischen MFIs aufgenommen wurden – stieg mit 3,2% sogar noch etwas stärker an. Im Euroraum insgesamt setzte sich der Trend steigender Jahreswachstumsraten im April 2017 mit 2,4% ebenfalls weiter fort. Dieser wurde insbesondere von Frankreich (5,5%) bzw. Deutschland (3,4%) beeinflusst. Auffallend bei Deutschland ist die Tatsache, dass das Kreditwachstum im Unternehmenssegment zu einem Drittel von Unternehmen mit Firmensitz in der sonstigen Währungsunion kam (d.h. deutsche Banken geben Unternehmen mit Sitz im Euroraum außerhalb Deutschlands überproportional viele Kredite), obwohl der Anteil dieser Kredite nur 13% ausmachte. Deutschlands Banken erhöhten auch die Kreditvolumina von österreichischen Unternehmen von 8,6 Mrd EUR (März 2016) auf 10,9 Mrd EUR (März 2017). Aber auch Unternehmen mit Firmensitz in Frankreich, Italien, Luxemburg oder den Niederlanden fragten vermehrt Kredite bei deutschen MFIs nach.

Der österreichische Beitrag zum Kreditwachstum im Euroraum, welcher sich wie schon zuvor erwähnt mit 3,2% im Jahresvergleich erhöhte, wurde fast ausschließlich – zu 80% – von inländischen Unternehmen getragen. Das aushaftende Kreditvolumen österreichischer Unternehmen bei inländischen MFIs betrug im März 2017 138,4 Mrd EUR, jenes von Unternehmen mit Sitz in der sonstigen Währungsunion lag bei 22,9 Mrd EUR, wobei es zu 50% bzw. 12,0 Mrd EUR von Unternehmen mit Firmensitz in Deutschland stammte. Damit erreichte das Volumen einen ähnlichen Wert wie jenes österreichischer Unternehmen bei deutschen Banken.

[9] Autor: Martin Bartmann (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken).

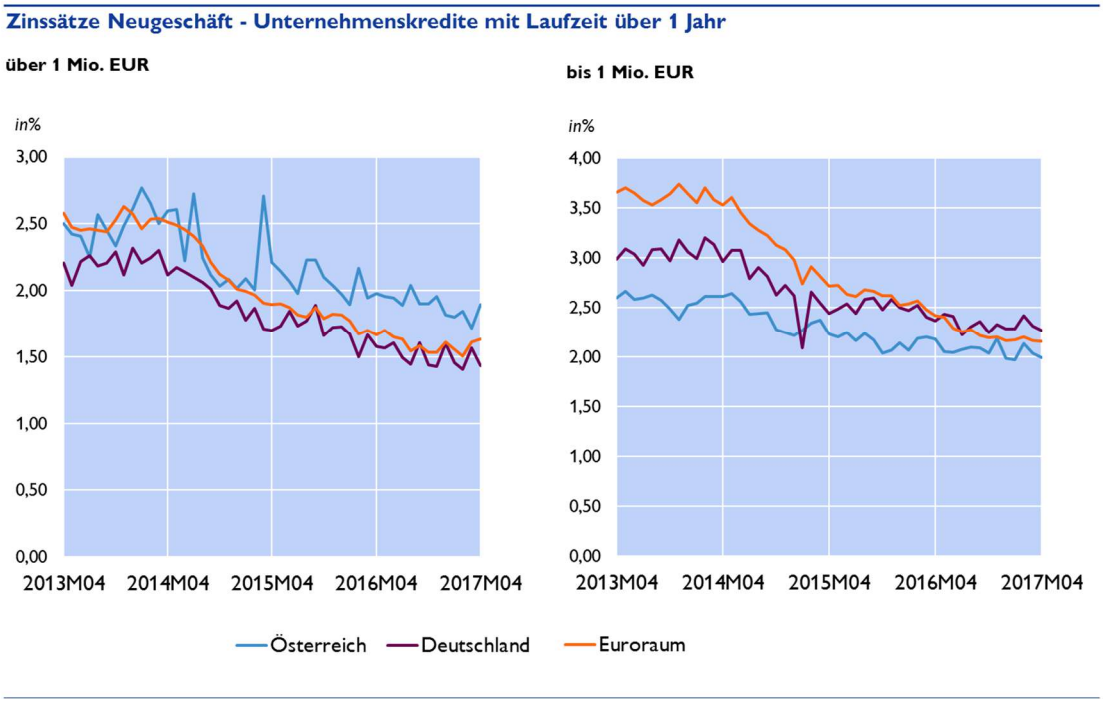
[10] Monetäres Finanzinstitut: umfasst Kreditinstitute nach Gemeinschaftsrecht sowie alle anderen Finanzinstitute, deren wirtschaftliche Tätigkeit darin besteht, Einlagen und/oder Einlagensubstitute im engeren Sinn von anderen Rechtssubjekten als Monetären Finanzinstituten entgegenzunehmen und Kredite auf eigene Rechnung zu gewähren und/oder in Wertpapieren zu investieren.

[11] Bereinigt um Wechselkurseffekte, Abschreibungen, statistischen Reklassifikationen bzw. Kreditübertragungen (z. B. Verbriefungen).



Günstiges Zinsumfeld stärkt Kreditwachstum

Ein Grund, warum es am aktuellen Rand in Deutschland einen starken Zuwachs beim aushaftenden Kreditvolumen von nicht im Inland ansässigen Unternehmen gab, dürften die günstigen Kreditkonditionen – insbesondere bei langfristigen (Laufzeit über ein Jahr) Unternehmenskrediten über 1 Mio EUR – sein. Der entsprechende Neugeschäfts-Zinssatz lag in dieser Kategorie in Deutschland im April 2017 bei 1,43%, während in Österreich Zinssätze von 1,89% zu beobachten waren. Der Euroraum-Durchschnitt lag in dieser Kategorie mit 1,64% ebenfalls unter dem Österreich-Vergleichswert. Große Unternehmen – welche zum überwiegenden Teil in der Kategorie Kredite über 1 Mio EUR enthalten sind – können sich die Zinsunterschiede in den einzelnen Euroraum-Ländern eher zu Nutzen machen als Klein- und Mittelunternehmen, die diese Möglichkeiten oft nicht haben.



Betrachtet man den Bestandszinssatz, den Unternehmen bei österreichischen MFIs auf ihre aushaftende Kreditschuld[12] bezahlen, so lag dieser mit 1,83% (anders als der Neugeschäftszinssatz) deutlich unter dem Euroraum-Durchschnitt von 2,25%.

Unternehmen setzen verstärkt auf längerfristige Finanzierungen

Das günstige Zinsumfeld, aber auch das sich stetig verbessernde wirtschaftliche Umfeld, lassen die Nachfrage nach längerfristigen Finanzierungen bei Unternehmen weiter steigen. Gleichzeitig lässt das Interesse an kurzfristigen Finanzierungen (Laufzeit bis ein Jahr) deutlich nach, was sich in Österreich in einer deutlich negativen Jahreswachstumsrate (-8,2%) bei den entsprechenden Unternehmenskrediten im April 2017 niederschlug. Im Euroraum-Durchschnitt gingen die kurzfristigen Unternehmenskredite um 3,1% zurück. Im längerfristigen Bereich gab es hingegen sowohl in Österreich als auch im Euroraum deutlich positive Jahreswachstumsraten von 15% bzw. 4,8% (Laufzeit 1-5 Jahre) und 3,3% bzw. 2,6% (Laufzeit über 5 Jahre).

Wohnbaukredite treiben Kreditwachstum bei privaten Haushalten

Das Kreditwachstum privater Haushalte lag in Österreich im April 2017 bei 3,0% und damit über dem Euroraum-Vergleichswert von 2,4%. Vor allem die weiterhin hohe Nachfrage nach Wohnbaukrediten trug wesentlich zum Kreditwachstum in Österreich bei. Trotzdem fiel die Jahreswachstumsrate in diesem Segment mit 4,1% im Vergleich zu April 2016 (4,9%) etwas niedriger aus. Ebenfalls positiv mit +1,9% entwickelten sich sonstige Kredite an private Haushalte. Dieses Segment wird vor allem von Krediten an selbständig Erwerbstätige (Anteil ca. 66%) dominiert. Bei Konsumkrediten war hingegen weiterhin ein geringfügiger Rückgang von -0,3% zu beobachten.

Im gesamten Euroraum leisteten zusätzlich zu Wohnbaukrediten – welche sich mit 3,0% weniger dynamisch als in Österreich entwickelten – auch Konsumkredite (+4,6%) einen positiven Beitrag zum Kreditwachstum privater Haushalte.

Trend zu längerfristig fixierten Zinssätzen hält an

Der seit zwei Jahren in Österreich zu beobachtende Trend hin zu Krediten mit längerfristig fixierten Zinssätzen im Kreditneugeschäft hielt weiter an. Im April 2017 betrug der Anteil an neu vergebenen Wohnbaukrediten mit anfänglicher Zinsbindungsfrist über 5 Jahre 29% und lag damit zwar leicht unter dem Höchststand von 36% im März 2017, aber noch immer weit über dem langjährigen Durchschnitt (7%). Trotz des hohen Anteils an Fixzinssätzen – die im Vergleich zu variablen Zinssätzen ein höheres Niveau aufweisen – wurde in Österreich im April 2017 mit einem Zinssatz von 1,85% ein neuer historischer Tiefststand bei neu vergebenen Wohnbaukrediten erreicht.

Weiterhin einen Zinsvorteil gegenüber dem Euroraum hatte Österreich bei neu vergebenen Konsumkrediten. Im Jahresverlauf kam es in diesem Segment in Österreich zu einem Rückgang um 31 BP auf 4,88% im April 2017 (Euroraum: -41 BP auf 5,49%). Vergleichsweise hohe Werte wiesen bei neu vergebenen Konsumkrediten vor allem die südeuropäischen Länder auf (z. B. Spanien: 7,60%, Portugal: 7,40%).

[12] Summe von Einmalkrediten und revolvierenden Krediten bzw. Überziehungskrediten.

Kreditinstitute: Anstieg des konsolidierten Periodenergebnisses im 1. Quartal 2017[13]

Das konsolidierte Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen von allen in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten (inkl. UniCredit BA) wurde im 1. Quartal 2017 mit 1,5 Mrd EUR angegeben. Dies entspricht einem Anstieg um 322,1 Mio EUR (+28,3%) im Vergleich zum 1. Quartal 2016. Die im Rahmen des SSM direkt von der EZB beaufsichtigten Kreditinstitute wiesen ein um 208,3 Mio EUR (+32,8%) auf 844,1 Mio EUR verbessertes Periodenergebnis auf.

Hinzuweisen ist darauf, dass aufgrund der Abspaltung des Osteuropageschäftes der UniCredit BA per 1. Oktober 2016 dieser Geschäftsbereich nicht mehr in den Daten der Ertragslage für das 1. Quartal 2017 enthalten ist; die Vergleichbarkeit mit den Vorjahreswerten ist deshalb stark eingeschränkt. Aus diesem Grund beziehen sich die nachfolgend angeführten Veränderungen der Aufwands- und Ertragskomponenten auf eine um den UniCredit BA-Konzern bereinigte Datenbasis. Das bereinigte Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen der österreichischen Kreditinstitute (exkl. UniCredit BA) beträgt 1,4 Mrd EUR und liegt damit um 286,7 Mio EUR über dem 1. Quartal 2016.

Der Anstieg des bereinigten konsolidierten Periodenergebnisses nach Steuern und Minderheitenanteilen um 26,6% ist vor allem auf das Provisionsergebnis (+7,8%), den Handelserfolg (+106,7%) sowie das sonstige betriebliche Ergebnis (+151,6%) zurückzuführen. Positiv auf das Ergebnis wirkte sich zudem das um 88,8% gestiegene Ergebnis aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen aus. Die um 48,0% höheren Abschreibungen von Vermögenswerten sowie die stark gestiegenen sonstigen Rückstellungen wirkten sich hingegen belastend auf das Periodenergebnis aus.

Weitere Details des konsolidierten Periodenergebnisses

- Im 1. Quartal 2017 sind die um den gesamten UniCredit BA Konzern bereinigten konsolidierten Betriebserträge (ohne Risikovorsorgen) der übrigen österreichischen Kreditinstitute um 9,9% gestiegen.
- Weitgehend stabil blieb das Nettozinsergebnis, das sich nur geringfügig (-0,1%) verschlechterte.
- Trotz der erwähnten höheren Abschreibungen und einem Anstieg bei den Verwaltungsaufwendungen (+1,7%) war, beeinflusst von den gestiegenen Betriebserträgen, beim konsolidierten Betriebsergebnis (ohne Risikovorsorge) ein Anstieg um 19,7% zu registrieren.
- Aufgrund eines ergebnisverbessernden Anstiegs des Beitrags aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen (+88,8%) und trotz eines ergebnisverringernden Anstiegs bei den Risikovorsorgen im Kreditgeschäft (+31,4%) und den sonstigen Rückstellungen konnte beim bereinigten konsolidierten Periodenergebnis nach Steuern eine Zunahme um 26,6% erzielt werden.

[13] Autoren: Elizabeth Bachmann und Stefan Kinschner (Abteilung Statistik –Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen)

Aufsichtliche Maßnahmen und Anstrengungen der Banken stärkten Finanzmarktstabilität in Österreich

Banken sollen gegenwärtig makroökonomisch günstiges Umfeld für Vorantreiben der begonnenen Strukturreformen zur Stärkung der Profitabilität nutzen[14]

Durch aufsichtliche Maßnahmen und vermehrte Anstrengungen der Banken wurde die Finanzmarktstabilität in Österreich in den vergangenen Jahren deutlich gestärkt. Dennoch steht der Bankensektor weiterhin vor großen Herausforderungen, etwa durch das Niedrigzinsumfeld. Gleichzeitig haben sich viele makroökonomische Indikatoren verbessert. Zur langfristigen Verbesserung von Profitabilität und Effizienz empfiehlt die OeNB in ihrem halbjährlich veröffentlichten Financial Stability Report[15] den österreichischen Banken daher die begonnenen Strukturreformen konsequent im derzeit günstigen makroökonomischen Umfeld voranzutreiben. Dieses sollte erlauben, dass die Gewinne nicht nur – wie derzeit – von einer niedrigeren Dotierung der Kreditwertberichtigungen gestützt werden, sondern das operative Ergebnis (vor Risikovorsorgen), das in der vergangenen Periode zurückgegangen ist, verbessert wird.

Trotz einer weiteren Verbesserung der Kreditqualität in Österreich und Zentral-, Süd- und Südosteuropa (CESEE) empfiehlt die OeNB, die verbleibenden notleidenden Kredite weiter zu reduzieren.

Die systemischen Risiken aus der Immobilienfinanzierung bleiben in Österreich weiterhin begrenzt. Wie die Ergebnisse einer OeNB-Umfrage unter den Banken zeigen, erfolgt der Großteil der Hypothekarkreditvergabe unter nachhaltigen Gesichtspunkten. Um einen Wandel hin zu riskanteren Kreditvergabestandards hintanzuhalten, begrüßt die OeNB ausdrücklich den rezenten Nationalratsbeschluss zur Schaffung makroprudenzieller Instrumente zur Begrenzung von Systemrisiken bei der Immobilienfinanzierung (*siehe nachfolgenden Beitrag*).

Die überarbeiteten FMA-Mindeststandards 2017 zum Risikomanagement und zur Vergabe von Fremdwährungskrediten und Krediten mit Tilgungsträgern und auch das Nachhaltigkeitspaket sollten von den österreichischen Banken weiterhin eingehalten werden.[16] Die OeNB erachtet es zudem als notwendig, dass sich die Banken auf die neuen regulatorischen Anforderungen weiter vorbereiten. Die Anforderungen betreffen deren Liquiditätssituation und Verlusttragfähigkeit und resultieren auch aus der Neufassung der EU-Richtlinie über Zahlungsdienste (PSD2) und den neuen internationalen Rechnungslegungsvorschriften (in Zusammenhang mit IFRS9).

[14] Autorin: Daniela Widhalm (Abteilung für Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht)

[15] Für weiterführende Informationen siehe https://www.oenb.at/dam/jcr:1e44a1ed-1359-48ce-922d-82de1c1fd60b/fsr_33.pdf

[16] Für weiterführende Informationen siehe https://www.fma.gv.at/download.php?d=2853 und https://www.oenb.at/Finanzmarktstabilitaet/Systemrisikoanalyse/Nachhaltigkeitspaket.html

Neue Instrumente für Immobilienkredite erhöhen Handlungsfähigkeit der makroprudenziellen Aufsicht[17]

Am 29. Juni hat der Nationalrat die Einführung makroprudenzieller Instrumente zur Begrenzung systemischer Risiken aus der Immobilienfinanzierung beschlossen und das Bankwesengesetz (BWG) um den § 22b erweitert. Zu diesen Instrumenten gehören unter anderem Begrenzungen von Beleihungsquote (Loan-to-Value- bzw. LTV-Quote), Schuldendienstquote (Debt-Service-to-Income- bzw. DSTI-Quote), Schuldenquote (Debt-to-Income- bzw. DTI-Quote) und Laufzeiten, deren Einsatz das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) der FMA empfehlen kann. Der Gesetzgeber folgt damit einem entsprechenden Hinweis, den das Finanzmarktstabilitätsgremium im Juni 2016 an den Bundesminister für Finanzen gerichtet hat[18].

Immobilienmarktinduzierte Finanzkrisen verursachen hohe volkswirtschaftliche Kosten, vor allem, wenn sie mit exzessivem Kreditwachstum, niedrigen Kreditvergabestandards und Bankenkrisen verbunden sind. Beispiele dafür sind die Krisen in den skandinavischen Ländern in den 1990ern, sowie Spanien, Irland und USA in der Finanzkrise 2007/08, deren negative Auswirkungen auch zehn Jahre danach noch spürbar sind. Die durchschnittlichen fiskalischen Kosten solcher Krisen belaufen sich auf 14 Prozent des BIP.

Eine besondere Bedeutung kommen dabei den vom FMSG im 2016 formulierten Kriterien für die nachhaltige Immobilienkreditvergabe, wie Sicherstellung ausreichender Besicherung und Schuldendienstfähigkeit, zu[19]. Das FMSG hat bei der Feststellung systemischer Risiken vor allem zu berücksichtigen, ob sich aufgrund eines Anstiegs des Neugeschäfts von Fremdkapitalfinanzierungen von Immobilien sowie von Veränderungen der LTV-, DSTI- oder DTI-Quoten bei neu vereinbarten Finanzierungen systemische Risiken aufbauen oder erhöhen. Die Einhaltung nachhaltiger Kreditvergabestandards durch die Banken kann daher der allfälligen Notwendigkeit eines Einsatzes der Instrumente nach § 22b BWG vorbeugen.

[17] Autor: David Liebeg (Abteilung für Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht)

[18] Finanzmarktstabilitätsgremium, Juni 2016, Hinweis zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für zusätzliche Instrumente, https://www.fmsg.at/publikationen/risikohinweise-und-empfehlungen/2016/hinweis-2-2016.html.

[19] Finanzmarktstabilitätsgremium, September 2016, Presseaussendung zur 9. Sitzung, https://www.fmsg.at/publikationen/presseaussendungen/2016/neunte-sitzung.html.

Spezielle Kurzanalysen

Energiepreisgetriebener Rückgang der österreichischen Inflationsrate von 2,0 % (2017) auf 1,7 % (2018)[20]

Im Rahmen der aktuellen OeNB-Inflationsprognose erwarten wir für das Jahr 2017 eine HVPI-Inflationsrate von 2,0 % sowie einen Rückgang auf 1,7 % im Jahr 2018. Rund 80 % des bevorstehenden Rückgangs der Teuerungsrate gehen auf die Energiekomponente des HVPI zurück. Aber auch verarbeitete Nahrungsmittel (inklusive alkoholischer Getränke und Tabak) dämpfen die Inflationsrate im Jahr 2018. Unter den Sondergruppen des HVPI beschleunigt sich im Prognosezeitraum lediglich die – derzeit unterdurchschnittliche – Teuerung bei unverarbeiteten Nahrungsmitteln. Dienstleistungen und Industriegüter ohne Energie weisen weitgehend stabile Teuerungsraten auf. Die Kerninflationsrate (HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) verringert sich im Prognosezeitraum nur moderat von 2,1 % im Jahr 2017 auf 2,0 % im Jahr 2018.

Rückgang des Rohölpreises und Aufwertung des Euro dämpfte die österreichische Inflationsrate in den letzten Monaten

Die österreichische HVPI-Inflationsrate ging von 2,3 % im April 2017 auf 2,0 % im Juli 2017 zurück, während die Kerninflationsrate (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) in diesem Zeitraum annähernd stabil bei 2,2 % blieb. Der Großteil des Rückgangs der Gesamtinflationsrate geht auf die **Energiekomponente** zurück, deren Teuerungsrate von 4,8 % im April dieses Jahres auf -0,5 % im Juli 2017 fiel. Ausschlaggebend dafür waren einerseits der geringere Rohölpreis in US-Dollar sowie die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Zudem haben in den letzten Monaten regionale Stromanbieter die Elektrizitätspreise gesenkt.

Demgegenüber verzeichneten **Nahrungsmittel** (inklusive Tabak und alkoholische Getränke) von April bis Juli 2017 einen deutlichen Anstieg der Inflationsrate (April 2017: 1,5 %; Juli 2017: 2,7 %). Vor allem Milchprodukte waren hierfür verantwortlich. Die Erzeugerpreise für Milchprodukte sind nach ihrem Tiefststand vor etwa einem Jahr sowohl in Österreich als auch auf europäischer Ebene deutlich gestiegen. Dies dürfte auf die verstärkte Nachfrage nach Milchprodukten zurückzuführen sein.[21]

Die **Dienstleistungspreisentwicklung** ist mit einem Jahreswachstum von 2,9 % im Juli 2017 weiterhin der wichtigste Inflationstreiber. In den letzten Monaten ist die Teuerungsrate für Dienstleistungen aber weitgehend stabil geblieben. Während sich die Teuerung bei tourismusnahen Dienstleistungen zuletzt etwas zurückgebildet hat, beschleunigte sich der Preisanstieg bei Mieten (Anhebung der Richtwertmieten) und auch bei administrierten Dienstleistungspreisen.

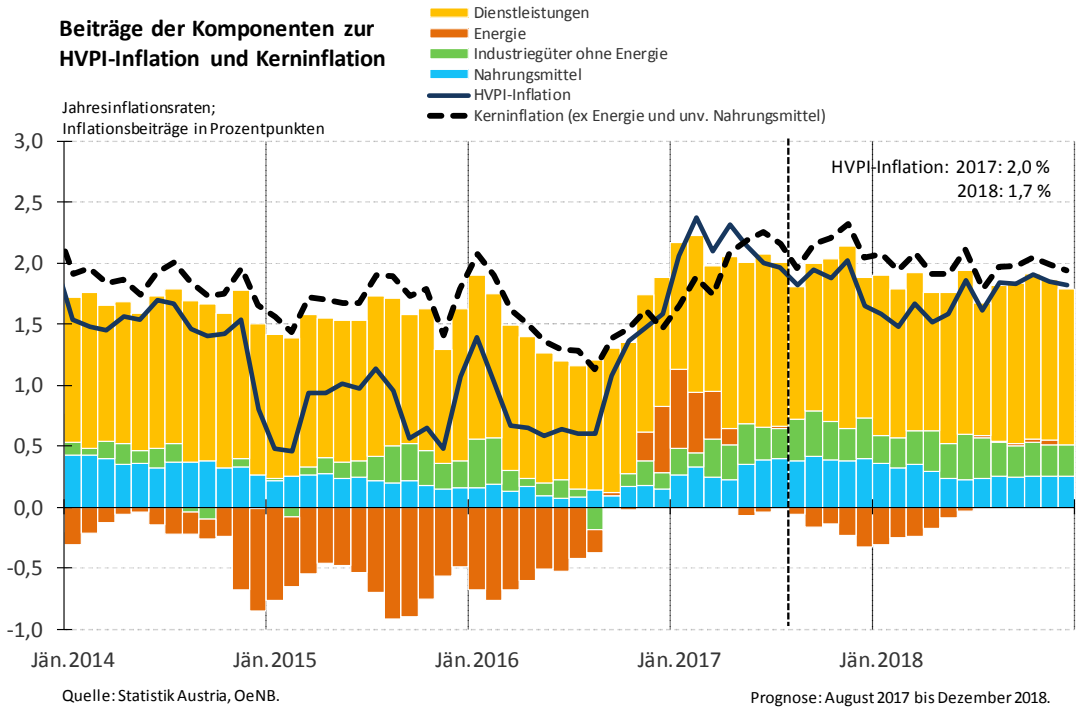
[20] Autor: Friedrich Fritzer (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

[21] Laut den neuesten Umfragedaten (RollAMA/AMA Marketing) ist der Handelsumsatz von Milchprodukten im 1. Quartal 2017 verglichen zur Vorjahresperiode angestiegen. Auf europäischer Ebene wurden in den ersten Monaten dieses Jahres deutliche Exportsteigerungen von Milchprodukten in außereuropäische Märkte verzeichnet (siehe European Commission, Short-term outlook for EU agricultural markets in 2017 and 2018; siehe https://ec.europa.eu/agriculture/sites/agriculture/files/markets-and-prices/short-term-outlook/current_en.pdf).

Die Teuerungsrate für **Industriegüter ohne Energie** ging von 1,0 % im April 2017 auf 0,8 % im Juli 2017 zurück, wobei hierfür größtenteils die volatile Komponente Bekleidung und Schuhe verantwortlich war. Ohne Bekleidung und Schuhe blieb die Inflationsrate von Industriegütern (ohne Energie) seit April 2017 annähernd stabil.

Inflationsprognose: Rückgang der HVPI-Inflationsrate von 2,0 % im Jahr 2017 auf 1,7 % im Jahr 2018

In unserer aktuellen Inflationsprognose erwarten wir für Österreich im Jahr 2017 eine durchschnittliche HVPI-Inflationsrate von 2,0 % sowie einen Rückgang auf 1,7 % im Jahr 2018. Gegenüber der Inflationsprognose vom Juni 2017 ist dies eine Abwärtsrevision für 2018 um 0,1 Prozentpunkte. Für 2017 ist die aktuelle Vorausschau gegenüber der OeNB-Prognose vom Juni 2017 unverändert.



Annahmen der September 2017- und Juni 2017-OeNB-Inflationsprognosen

		Annahmen		Annahmerevisionen	
	2016	2017	2018	2017	2018
				Sep 2017 zu Juni 2017 Prognose	
Energie und Wechselkurse				%-Veränderung	
Erdölpreis (US-Dollar/Barrel)	44,0	51,8	52,6	0,5	2,3
US-Dollar Wechselkurs	1,11	1,13	1,18	4,1	8,0
Nichtenergetische Rohstoffpreise					
EU Erzeugerpreise Nahrungsmittel	95,9	106,9	108,6	1,8	3,1
Weltmarktpreise für Nahrungsmittel	136,1	138,3	149,7	2,7	6,2
Weltmarktpreise für metallische Rohstoffe	101,8	120,4	123,7	-1,5	1,1
Zinsen				Veränderung in Basispunkten	
Dreimonatszinssatz	-0,3	-0,3	-0,3	-0,1	0,1
Rendite 10-jähriger Bundesanleihen	0,4	0,6	0,8	0,2	0,1

Quelle: Eurosystem; Sep 2017 (Informationen bis zum 18.08.2017 wurden berücksichtigt; Juni 2017 (Informationen bis zum 17.05.2017 wurden berücksichtigt).

Im Vergleich zur Prognose vom Juni 2017 hat die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar die Importpreise gedämpft. Die auf der Basis der Futures Notierungen festgelegten Preise für Rohöl wurden in Euro für 2017 um 3,3 % und für 2018 um 5,2 % niedriger angesetzt als in unserer letzten Inflationsprognose vom Juni 2017. Die Rohstoffpreise für Nahrungsmittel sind in der aktuellen Inflationsprognose hingegen moderat nach oben revidiert worden. Nur geringfügige Revisionen wurden beim Dreimonatszinssatz sowie der Rendite für 10-jährige Bundesanleihen vorgenommen.

Der in den letzten Monaten erfolgte Rückgang der HVPI-Inflationsrate wird sich – nach einer weitgehend stabilen Phase in den nächsten Monaten – ab November 2017 bis April nächsten Jahres deutlich abschwächen. Dieses Profil ist in erster Linie von der Energiepreisentwicklung getrieben, die dämpfende Effekte auf die Inflationsentwicklung ausübt. Binnenwirtschaftliche Inflationsdeterminanten können dieser Entwicklung nicht ausreichend entgegenwirken. Ende 2017 wird zwar ein Anstieg des Lohnstückkostenwachstums erwartet, nachdem sich dieses seit Mitte 2012 deutlich verringert hatte. Im Jahr 2018 sollte das Wachstum der Lohnstückkosten jedoch immer noch unter dem mittelfristigen Durchschnitt bleiben. Die Kerninflationsrate (HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) wird von 2,1 % im Jahr 2017 auf 2,0 % im Jahr 2018 nur moderat zurückgehen.

Sektorale Entwicklung: Energie und Nahrungsmittel dämpfen im Prognosezeitraum die Inflationsrate

Der Rückgang der HVPI-Inflationsrate von 2,0 % im Jahr 2017 auf 1,7 % im Jahr 2018 ist vor allem energiepreisgetrieben. Rund 80 % des Rückgangs der HVPI-Inflationsrate gehen auf Energie zurück. Aber auch verarbeitete Nahrungsmittel (inklusive alkoholischer Getränke und Tabak) tragen zur rückläufigen Inflationsrate bei. Unter den Sondergruppen des HVPI beschleunigt sich im Prognosezeitraum lediglich die – derzeit unterdurchschnittliche – Teuerung bei unverarbeiteten Nahrungsmitteln. Die Teuerung bei Dienstleistungen und Industriegütern ohne Energie bleibt auf einem stabilen Niveau. Dienstleistungen sind weiterhin der wichtigste Inflationstreiber unter den Komponenten des HVPI.

OeNB-Inflationsprognose vom September 2017

	2016	2017*	2018*
	Veränderung zum Vorjahr in %		
HVPI-Inflation	1,0	2,0	1,7
Unverarbeitete Nahrungsmittel	1,3	1,7	2,1
Verarbeitete Nahrungsmittel	0,7	2,6	1,7
Industriegüter ohne Energie	0,4	1,0	1,0
Energie	-4,6	1,5	-1,4
Dienstleistungen	2,4	2,7	2,7
HVPI ohne Energie	1,5	2,1	2,0
HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel	1,5	2,1	2,0
Inflationsbeitrag des öffentlichen Sektors	*in Prozentpunkten*		
Gesamt	0,4	0,4	0,3
davon indirekte Steuern	0,1	0,1	0,0
davon administrierte Preise	0,3	0,3	0,3

Quelle: OeNB, Statistik Austria.
Anmerkung: Der gesamte Inflationsbeitrag des öffentlichen Sektors wurde auf der Basis von gerundeten Teilbeiträgen ermittelt.
*) Prognose

Der in den letzten Monaten erfolgte Rückgang der Inflationsrate für **Energie** sollte sich bis Anfang nächsten Jahres fortsetzen und anschließend in einen steigenden Trend übergehen. Trotz des Anstiegs der Jahresteuerung für Energie mit Beginn nächsten Jahres rechnen wir erst ab August 2018 wieder mit positiven Jahreswachstumsraten der Energiepreise. Innerhalb der Energiekomponente verringert sich im Prognosezeitraum in erster Linie die Teuerung bei Treibstoffen und Heizöl, sie wird durch die rückläufige Wachstumsrate bei Rohöl gedämpft. Zudem sollte die Teuerung bei Gas und festen Brennstoffen im Prognosezeitraum auf Grund des Sinkens der Erdölpreise bis Anfang 2018 ebenfalls zurückgehen. Die Teuerung von Gas und festen Brennstoffen reagiert üblicherweise mit Verzögerung auf die Erdölpreisentwicklung. Bei Elektrizität hingegen rechnen wir ab Mitte 2018 wieder mit einem Anstieg der Jahresteuerung. Ausschlaggebend dafür sind inflationsbeschleunigende Basiseffekte, die auf die im ersten Halbjahr 2017 erfolgten Strompreissenkungen zurückgehen.

Bei **Industriegütern ohne Energie** sollte sich die Inflationsrate bis Ende des Prognosehorizonts bei rund 1,0 % stabilisieren und damit deutlich höher sein als in den vergangenen Jahren. Die im Vergleich zu den letzten Jahren deutlich höhere Inflationsrate bei Industriegütern ohne Energie geht vor allem auf die Dynamik des zuletzt beobachteten Importpreisanstiegs zurück. Im Prognosezeitraum sollte sich die Teuerungsrate bei importierten Waren und Dienstleistungen auf einem etwas niedrigeren Niveau als zuletzt beobachtet (2. Quartal 2017: 2,0 %) stabilisieren.

Bei **Nahrungsmitteln (inklusive Alkohol und Tabak)** wird die Teuerungsrate bis September 2017 moderat ansteigen, anschließend allerdings wieder deutlich zurückgehen. Dieser Verlauf wird durch die Rohstoffpreisentwicklung (sowohl von Nahrungsmitteln als auch Energie), der im April 2017 erfolgten Tabaksteuerhöhung und starken Basiseffekten bedingt. Die in den letzten Quartalen gestiegene Teuerungsrate für agrarische Rohstoffpreise im EU-Binnenmarkt sollte sich im Prognosezeitraum stabilisieren und daher die Jahreswachstumsraten der Endverbraucherpreise für Nahrungsmittel im Prognosezeitraum dämpfen. Zudem werden sich auch geringere energetische Inputpreise dämpfend auf die Teuerung im Nahrungsmittelsektor auswirken. Die im April 2017 erfolgte Tabaksteuererhöhung übt ab April 2018 ebenfalls dämpfende Effekte auf die Teuerung von Nahrungsmitteln aus (diese Effekte betragen rund 0,3 Prozentpunkte).[22] Im Jahr 2017 erwarten wir für Nahrungsmittel eine Teuerungsrate von 2,3 %, die sich 2018 auf 1,8 % verringern sollte.

Im **Dienstleistungssektor** erwarten wir für die Jahre 2017 und 2018 eine HVPI-Inflationsrate von 2,7 %. Damit bleiben die Dienstleistungen der wichtigste Inflationstreiber unter den Komponenten des HVPI. Dabei sollten sich Anstiege der Teuerungsraten bei tourismusnahen Dienstleistungen (auf Grund der im Prognosezeitraum zu erwartenden Beschleunigung des Lohnkostenwachstums) durch energiepreisbedingte Rückgänge vor allem bei Flugtransportdienstleistungen ausgleichen.

Der Inflationsbeitrag des **öffentlichen Sektors** (gemessen an der Preisentwicklung von administrierten Preisen und Änderungen bei indirekten Steuern) wird sich von 0,4 Prozentpunkten im Jahr 2017 auf 0,3 Prozentpunkte im Jahr 2018 moderat verringern.

[22] Im Abgabenänderungsgesetz 2014 wurde eine mehrstufige Erhöhung der Tabaksteuer beschlossen. Mit 1. April 2017 wurden Änderungen der mengenbezogenen Besteuerung für Zigaretten und der Mindeststeuer bei Feinschnitt (Rauchtabak) vorgenommen. Für Zigaretten wird das mengenbezogene Steuerelement von 50 EUR auf 53 EUR je 1.000 Stück angehoben, während beim Feinschnitt die Mindeststeuer von 90 EUR auf 100 EUR je Kilogramm angehoben wurde.

Ausschlaggebend für den Rückgang des Inflationsbeitrags des öffentlichen Sektors im Jahr 2018 ist die mit April 2018 nicht mehr in der Jahreswachstumsrate der Endverbraucherpreise wirksame Erhöhung der Tabaksteuer im April 2017.

Gegenüberstellung verschiedener Berechnungen der Zinsersparnis des österreichischen Staats[23]

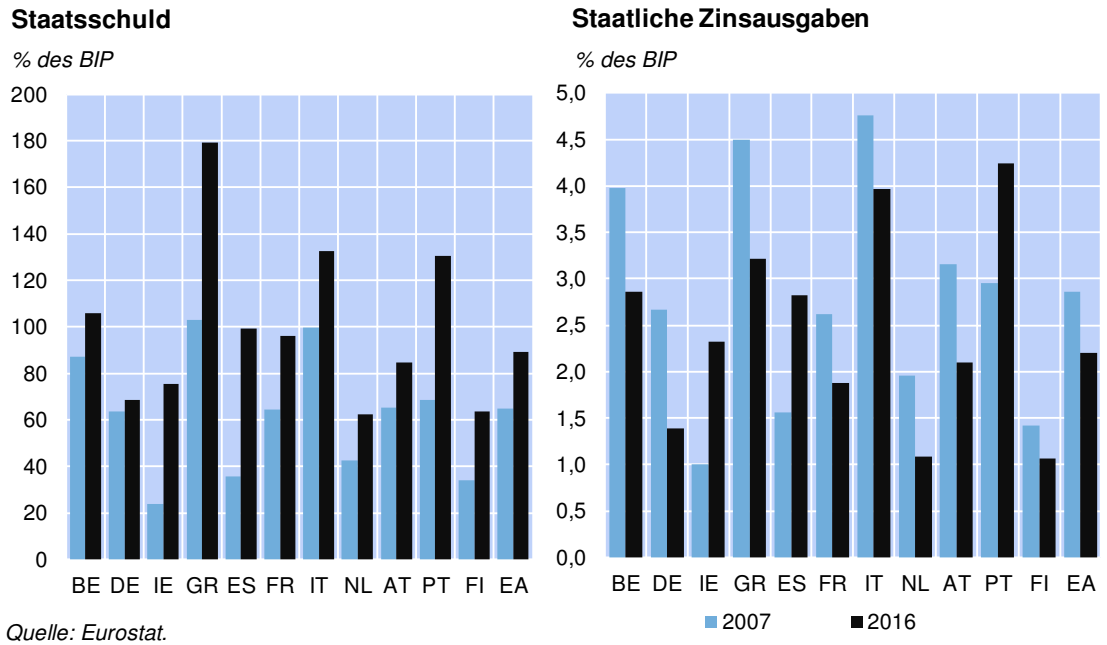
Dank deutlich gesunkener Marktzinsen im Euroraum ging die staatliche Zinsausgabenquote trotz der im Vergleich zum Vorkrisenniveau stark gestiegenen Staatsverschuldung Österreichs in den letzten Jahren stark zurück. Die vorliegende Analyse vergleicht die von vier Institutionen publizierten Berechnungsergebnisse zu der durch die „Niedrigzinspolitik" des Eurosystems bedingten „Ersparnis" an Zinszahlungen für den österreichischen Staat. Die unterschiedlichen Ergebnisse dieser Berechnungen ergeben sich vor allem aufgrund von Unterschieden in dem für die jeweilige Berechnung gewählten Ausgangsjahr und den herangezogenen Referenzzinssätzen, der Periodizität der Daten sowie der betrachteten staatlichen Einheit.

Rückgang der staatlichen Zinszahlungen im Euroraum trotz höherer Verschuldung

Ende 2016 lag die Schuldenquote des Euroraum-Aggregats (und auch aller größeren Euroraum-Staaten) weit über dem Niveau des letzten Vorkrisenjahrs 2007 (Grafik 1).

Grafik 1

Öffentliche Finanzen in den größten Euroraum-Staaten



Quelle: Eurostat.

Gleichzeitig ging die staatliche Zinsausgabenquote im Euroraum-Aggregat und auch in den meisten Einzelstaaten deutlich zurück. Diese Entwicklung ist vor allem[24] auf den starken Rückgang der Marktzinsen im Euroraum zurückzuführen, der wiederum durch die

[23] Autoren: Johannes Holler (Büro des Fiskalrats) und Lukas Reiss (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

[24] Hinzu kommen in einzelnen Staaten Sonderfaktoren wie günstige Finanzierung (besser als die jeweiligen Marktkonditionen) im Rahmen von Anpassungsprogrammen (v.a. GR, IE, PT) sowie schuldnerfreundlicher Umtausch bestehender Staatsschuldinstrumente („Private Sector Involvement" in GR, Umtausch von landesgarantierten HETA-Schulden in Österreich).

„Niedrigzinspolitik“ des Eurosystems bedingt ist. Im Falle Österreichs ist die Zinsausgabenquote seit 2006 um etwa 2 Prozentpunkte (pp) auf rund 2% des BIP zurückgegangen, während die Schuldenquote auf über 80% des BIP angestiegen ist.

Tabelle 1 fasst die Ergebnisse der von vier verschiedenen Institutionen (Deutsche Bundesbank, Fiskalrat, OeNB und ÖBFA) veröffentlichten Berechnungen zur durch die „Niedrigzinspolitik“ bedingten Zinsersparnis für Österreich zusammen. Im Folgenden werden die Unterschiede der vier Berechnungsmethoden analysiert. Als Referenzpunkt wird jeweils die jüngst veröffentlichte Berechnung der Deutschen Bundesbank herangezogen.

Tabelle 1

Gegenüberstellung verschiedener Schätzungen der Zinsersparnis des österreichischen Staats

	Bundesbank	Fiskalrat	OeNB	ÖBFA
Quelle	Monatsbericht Juli 2017 (S. 53)	Fiskalregelbericht Mai 2017 (S. 32f)	Geschäftsbericht 2016 (S. 28)	derstandard.at (2.12.2016)[1]
Zinsersparnis	**35 Mrd**	**9,3 Mrd**	**3½ Mrd**	**17 Mrd**
Betrachtete Einheit	Gesamtstaat/ESVG (keine Bereinigung um Reklassifikationen)	Bereinigte Finanzschuld Bund/ administrativ[2]	Gesamtstaat/ESVG (Bereinigung um Reklassifikationen)	Bereinigte Finanzschuld Bund/ administrativ[2]
Betrachteter Zeitraum	2008-2016	2009-2016	2012-2016	2009-2016
Kontrafaktisches Szenario für Zinsentwicklung	Implizite Verzinsung wie im Jahr 2007 (4,9%)	Implizite Verzinsung wie im Jahr 2008 (4,31%)	(Re-)Finanzierung zu Zinsen gemäß Prognoseannahmen von Juni 2012	(Re-)Finanzierung zur durchschnittl. Verzinsung von 1999 bis 2008 (4,17%)

1 http://derstandard.at/2000048620468/Niedrige-Zinsen-ersparten-Staat-52-Milliarden-Euro
2 ohne außerbudgetäre Einheiten des Bundes (v.a. ÖBB Infrastruktur, BIG, KA Finanz, HETA, KAF)

Quelle: OeNB, Büro des Fiskalrats, Der Standard, Bundesbank.

Berechnungen der Deutschen Bundesbank

Die Studie der Deutschen Bundesbank (2017)[25] vergleicht die tatsächlichen Zinszahlungen der Euroraum-Staaten mit einem kontrafaktischen Szenario, in dem die Durchschnittsverzinsung der Staatsschuld in den Jahren 2008 bis 2016 jeweils dem Jahresdurchschnitt von 2007 entsprochen hätte. Die grauen Balken in Grafik 2 zeigen die aus dieser Gegenüberstellung abgeleitete Zinsersparnis für die sieben (nach dem BIP) größten Euroraum-Staaten. Für Österreich wird eine Zinsersparnis von etwa 35 Mrd EUR bzw. 10% des BIP ausgewiesen.

Da die Bundesbank zur Berechnung des Referenzzinssatzes Jahresdaten[26] verwendet, beträgt der Referenzzinssatz (Durchschnittsverzinsung 2007) 4,9%. Auf Basis von Quartalsdaten[27] betrug der Durchschnittszinssatz allerdings nur knapp über 4,5%. Grund hierfür waren hohe unterjährige Schuldaufnahmen, welche die 2007 zu leistenden Zinszahlungen in die Höhe trieben, aber keinen Einfluss auf die Jahresendstände der Schulden 2006 und 2007 hatten.[28] Daher führt die Verwendung von Jahresdaten im Fall Österreichs zu einer deutlichen Überschätzung der Zinsersparnis. Die schwarzen Balken in Grafik 2 deuten an, dass eine Schätzung mit Quartalsdaten für Österreich eine deutlich geringere Ersparnis von etwas über 27 Mrd EUR (bzw. knapp

[25] Bundesbank. 2017. Zur Entwicklung der staatlichen Zinsausgaben in Deutschland und anderen Ländern des Euroraums. Monatsbericht Juli 2017. S. 35-70.

[26] Durchschnittsverzinsung = Zinszahlungen 2007 / (0,5*Staatsschuld 2006 + 0,5*Staatsschuld 2007).

[27] Durchschnittsverzinsung = Zinszahlungen 2007 / (0,125*Schuld 2006Q4 + 0,25*Schuld 2007Q1 + 0,25*Schuld 2007Q2 + 0,25*Schuld 2007Q3 + 0,125*Schuld 2007Q4).

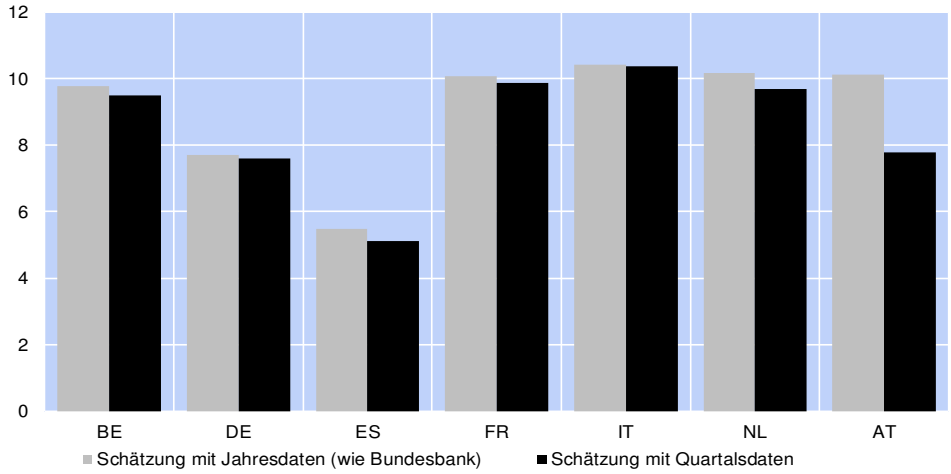
[28] In den Jahren 2008 bis 2016 ist die Differenz zwischen der Durchschnittsverzinsung auf Basis von Jahres- und Quartalsdaten jeweils unter 0,05pp.

8% des BIP) ergibt. Für die anderen großen Euroraum-Staaten ist die Diskrepanz infolge der Verwendung von Jahres- und Quartalsdaten allerdings weitaus geringer.

Grafik 2

Zinsersparnis der Euroraum-Staaten von 2008 bis 2016: Ansatz der Bundesbank

% des BIP



Quelle: Eurostat, OeNB.

Berechnung der OeNB

Die im OeNB-Geschäftsbericht 2016 veröffentlichte Schätzung der Zinsersparnis bezieht sich wie jene der Bundesbank auf den gesamten Staatssektor, allerdings wird sie nur ab Mitte 2012 betrachtet. Dieser Ausgangszeitpunkt wurde gewählt, weil die Rede des EZB-Präsidenten im Juli 2012 („Whatever it takes to preserve the euro") und das folgende OMT-Programm („Outright Monetary Transactions") als eine Trendwende in der Geldpolitik gesehen wird, während die niedrigen Zinsen von Ende 2008 bis Mitte 2012 als eine normale Reaktion auf die schlechte konjunkturelle Lage interpretiert werden können. Somit zielt die OeNB-Berechnung nur auf die Wirkung der unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen seit Mitte 2012 auf die staatlichen Zinsausgaben ab und nicht auf jene des allgemeinen Niedrigzinsumfelds ab Ende 2008.

In den Berechnungen der OeNB wurden die tatsächlichen Zinsausgaben mit jenen verglichen, die sich bei der in der OeNB-Frühjahrsprognose 2012 unterstellten Zinsentwicklung ergeben hätten. Da ein kürzerer Zeitraum betrachtet wurde und die Referenzzinssätze im kontrafaktischen Szenario (kurzfristige Zinsen um 1%, langfristige Zinsen durchschnittlich etwas über 3%) weitaus niedriger sind als in jenem der Bundesbank, liegt die von der OeNB geschätzte Zinsersparnis nur bei etwa 3½ Mrd EUR.

Würde man den Zeitraum entsprechend verlängern, indem man die gleiche Methode auf die in der OeNB-Frühjahrsprognose 2008 unterstellte Zinsentwicklung anwendet, käme man ebenfalls auf eine Zinsersparnis von über 20 Mrd EUR. Unterschiede zur Schätzung der Bundesbank ergeben sich vor allem dadurch, dass es auch ohne Veränderung des Zinsniveaus zu einer Veränderung der Durchschnittsverzinsung der Staatsschuld gekommen wäre, beispielsweise durch die Reklassifikation von Abbaubanken (v.a. KA Finanz und HETA) in den Staatssektor sowie das Auslaufen besonders hoch verzinster Bundesanleihen in den Jahren 2007 bis 2012. Diese Entwicklung wurde in der OeNB-Abschätzung im Gegensatz zur Bundesbank-Berechnung berücksichtigt.

Berechnung des Fiskalrates

Als Alternative zu den ESVG-Daten können auch die administrativen Budgetdaten für den Bund als Basis der Berechnung herangezogen werden. Diesem Ansatz folgen der Fiskalrat (Fiskalregelbericht 2017) und die ÖBFA. Wesentliche Unterschiede zur von Bundesbank und OeNB herangezogenen Methode bestehen aber nicht nur in der betrachteten Einheit (Staat nach ESVG versus Bund administrativ), sondern auch in den gewählten Referenzzinssätzen und der Periodizität der Daten. In den folgenden Berechnungen wird ausschließlich die „administrative" Finanzschuld des Bundes betrachtet. Administrative Bundesdaten besitzen den Vorteil, auf monatlicher Basis verfügbar zu sein und ermöglichen daher eine exakte Berücksichtigung der unterjährigen Entwicklung. Eine Approximation der gesamtstaatlichen Effekte, ausgehend von den Effekten für den Bund, besitzt zudem den Vorteil, die Zinsersparnis aufgrund von in den Sektor Staat übergeführter Schulden der Abbaubanken, die stark unterschiedliche Charakteristika besitzen, ignorieren zu können. Die Nachteile einer solchen Aggregation für den Gesamtstaat bestehen aber in der fehlenden Berücksichtigung der unterschiedlichen Verschuldungsstrukturen der Länder, Gemeinden und außerbudgetären Einheiten. Ein weiterer Nachteil der Verwendung administrativer Daten besteht in der Tatsache, dass Effektivzinssätze für das gesamte Schuldportfolio erst ab dem Jahr 2012 verfügbar sind. Daher muss bei Berücksichtigung des Gesamtportfolios auf die Betrachtung von Durchschnittssätzen auf Nominalzinsen abgezielt werden. Diese berücksichtigen nicht den Effekt von Über- bzw. Unter-Pari-Emissionen und unterschätzen daher im vorliegenden Betrachtungszeitraum die Zinsersparnis.

Der Fiskalrat errechnet für den Zeitraum 2009 bis 2016 unter Verwendung der um den Eigenbesitz bereinigten Finanzschuld des Bundes und eines konterfaktischen Referenzzinssatzes von 4,31% (durchschnittlicher Nominalzinssatz des Jahres 2008) eine Zinsersparnis von 9,3 Mrd EUR. In dieser Berechnung werden abweichend zu den Berechnungen der drei anderen Institutionen ebenfalls die schuldenreduzierenden Effekte der niedrigeren Zinszahlungen für die Finanzierungserfordernisse der Folgejahre berücksichtigt (Zinseszinseffekte). Dieser Effekt kumuliert sich über die Zeit und wirkt gegen Ende des Betrachtungshorizonts am stärksten. Wird die Berechnung über den Anteil der administrativen Finanzschuld des Bundes an der gesamtstaatlichen Maastricht-Verschuldung[29] auf den Gesamtstaat ausgeweitet, so erhöht sich die Ersparnis auf 13 Mrd. EUR. Unter Verwendung des Referenzzinssatzes der Bundesbank erhöht sich die Ersparnis auf 28 Mrd. EUR. Da in dieser Berechnung im Gegensatz zur Berechnung auf ESVG-Basis die kürzere Durchschnittslaufzeit und stärkere Variabilität der Verschuldung der Länder und Gemeinden und Agios aufgrund der Verwendung von Nominalzinsen keine Berücksichtigung finden, wird die tatsächlich realisierte Zinsersparnis unterschätzt. Selbiges gilt auch für die Nichtberücksichtigung der Erhöhung der Durchschnittslaufzeit der Bundesfinanzschuld im Beobachtungszeitraum, die aber auch in den Berechnungen der anderen Institutionen nicht berücksichtigt wurde.

Berechnung der ÖBFA

Eine alternative Berechnung der Zinsersparnis aus administrativen Daten wurde von der ÖBFA, der das Schuldenmanagement des Bundes obliegt, vorgenommen und im Rahmen eines Pressegesprächs Ende 2016 der Öffentlichkeit kommuniziert. Die OeBFA errechnete für den Zeitraum 2009 bis 2016 eine Zinsersparnis von rund 17 Mrd. EUR. Die Methode der OeBFA betrachtet die Differenz zwischen realisierter durchschnittlicher Effektivverzinsung der jährlichen

[29] Im Jahr 2016 betrug der Anteil der Bundesfinanzschuld an der ESVG Schuld Österreichs rund 70%; starke Variationen dieser Kennzahl sind v.a. auf die Verschuldung der Abbaubanken im Sektor Staat zurückzuführen.

Finanzschuldaufnahmen[30] des Bundes und einem konterfaktischen Referenzzinssatz von 4,17% (durchschnittliche Effektivverzinsung der jährlichen Finanzschuldaufnahmen des Bundes der Jahre 1999 bis 2008). Diese Differenz wird mit dem jährlichen Volumen der Finanzschuldaufnahme und Laufzeit gewichtet um die Zinsersparnis zu berechnen. Der schuldenmindernde Effekt von niedrigeren Zinszahlungen eines Jahres für die Folgejahre und die damit verbundene zusätzliche Ersparnis wurden in der Berechnung nicht berücksichtigt. Wird die Berechnung auf den Gesamtstaat ausgeweitet, erhöht sich die Zinsersparnis auf rund 23 Mrd. EUR (Abschätzung der Autoren). Die Abweichung zur Bundesbank-Berechnung entsteht vor allem aufgrund der methodischen Unterschiede aufgrund der Betrachtung der Finanzschuldaufnahme und des wesentlich geringeren konterfaktischen Zinssatzes. Ebenso führt die Berücksichtigung der Unterschiede in der Schuldstruktur von Bund, Länder und Gemeinden sowie Bad Banks in der Bundesbank-Berechnung wiederum zu Abweichungen.

Zusammenfassende Gegenüberstellung

Alle Berechnungen haben gemein, dass sie nur die direkten Effekte niedriger Zinsen auf die Zinsausgaben betrachten. Die Effekte niedrigerer Zinsen auf die staatlichen Einnahmen (Zinserträge aus Forderungen) und auf die Besteuerung von privaten Zinseinkommen bleiben in allen Berechnungen unberücksichtigt. Auch die indirekten Effekte positiver makroökonomischer Feedback-Effekte niedrigerer Zinsen über z.B. zusätzliche Steuereinnahmen und geringere Transfers werden nicht miteinbezogen.

Wesentliche Unterschiede zwischen den vier Berechnungen ergeben sich durch:

- Die Länge des **Betrachtungszeitraums**: Durch den kürzeren Betrachtungszeitraum ist die kumulierte Ersparnis laut OeNB weitaus geringer.
- Die Höhe der **Referenzzinssätze** im kontrafaktischen Szenario: Der Referenzzinssatz der OeNB ist am niedrigsten; dementsprechend ist die Zinsersparnis in der Berechnung der OeNB ebenfalls deutlich geringer. Durch ein Österreich-spezifisches Problem überschätzt die Bundesbank den Referenzzinssatz im kontrafaktischen Szenario, da im Jahr 2007 die Durchschnittsverzinsung der Staatsschuld auf Basis von Jahresdaten um knapp 0,4pp über jener auf Basis von Quartalsdaten liegt. Der Zinseszinseffekt wird ausschließlich vom Fiskalrat berücksichtigt.
- Die betrachtete **Einheit**: Schätzungen für den Gesamtstaat (Bundesbank, OeNB) kommen auf eine größere Zinsersparnis als die Berechnungen, die nur auf der Finanzschuld des Bundes basieren (Fiskalrat, ÖBFA). Hinzu kommt, dass durch die Klassifikation von Abbaubanken in den Staatssektor die Durchschnittsverzinsung der Staatsschuld beeinflusst wird. Hierfür hat die Bundesbank (im Gegensatz zur OeNB) nicht bereinigt. Die Berechnung auf Basis der administrativen Zinszahlungen (Fiskalrat) kommt aufgrund der hohen Emissionsgewinne der letzten Jahre auf eine niedrigere Zinsersparnis als eine Berechnung auf Basis der ESVG-Zinszahlungen (Bundesbank, OeNB).

[30] Aufnahme von Schuldtitel mit einer Laufzeit über das laufende Jahr hinaus.

Österreich zählt zu den „strong innovators" in der EU[31]

In der medialen Berichterstattung wird Österreich häufig attestiert, im Bereich der Innovationsfähigkeit zurück zu fallen. Der neue Report der EK "European Innovation Scoreboard 2017" hingegen stellt Österreich ein gutes Zeugnis aus und sieht das Land weiterhin in der Gruppe der „strong innovators". Der Report zeigt auch, dass Österreich in einigen Bereichen gegenüber dem EU-Schnitt, aber auch den führenden Ländern (z.B. Schweden) aufgeholt hat. Für die von der Regierung als Ziel formulierte Position unter die „innovation leaders" zu kommen reicht es allerdings (noch) nicht.

1 Österreich weiterhin in der Gruppe der "strong innovators"

Der European Innovation Scoreboard Report[32] der Europäischen Kommission stellt die relative Position von Ländern in Hinblick auf Innovation und Forschung dar. Gemäß dieses Scoreboards liegt Österreich im europäischen Vergleich unverändert im Feld der „strong innovators", allerdings hinter den „innovation leaders", zu denen beispielsweise Deutschland, Niederlande oder die skandinavischen Länder zählen. Die Regierung hat sich das Ziel gesetzt, in die Gruppe der „innovation leader" vorzudringen. Dieses Ziel wurde (noch) nicht erreicht, obwohl der Index für Österreich seit 2010 von 113 auf 121 gestiegen ist (EU-28=100).[33] Das bedeutet, dass Österreich nicht nur weiter über dem EU-28 Schnitt liegt, sondern den Abstand zum EU-28 Schnitt in den letzten Jahren vergrößern konnte. Dies gilt insbesondere für das vergangene Jahr, in dem Österreich in die Gruppe der „fastest growing innovators" aufstieg.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass Österreich vor allem in folgenden Bereichen Verbesserungen erzielen konnte: i) Humanressourcen, insbesondere beim Anteil der Bevölkerung mit tertiärer Ausbildung), ii) Firmeninvestitionen, insbesondere im Bereich IKT-Training von MitarbeiterInnen, iii) bei der Attraktivität der Forschungssysteme, insbesondere bei der Kooperation im Zuge internationaler wissenschaftlicher Publikationen.

Einen nur leichten Anstieg bzw. einen Rückgang der Innovationsperformance identifiziert die EK in folgenden Bereichen: i) Effekt von Innovationstätigkeiten des Firmensektors auf die Beschäftigung, insbesondere bei schnell wachsenden Unternehmen („Start-Ups"), ii) Effekt von Innovationstätigkeiten des Firmensektors auf Umsätze, insbesondere beim Export wissensintensiver Dienstleistungen, iii) im Bereich der Finanzierung von Innovationen und Unterstützung des Unternehmenssektors sowie, iv) im Bereich Innovationsfreundliches Umfeld. In einigen dieser Bereiche (z.B. Innovationsfreundliches Umfeld bzw. Effekte von Innovationstätigkeiten auf die Beschäftigung und Umsätze) liegt Österreich zum Teil hinter den neuen EU-Mitgliedsländern im CESEE Raum.

[31] Autor: Christian Alexander Belabed (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

[32] Eine detaillierte Beschreibung der Methodologie findet sich unter http://ec.europa.eu/docsroom/documents/23990.

[33] Siehe European Innovation Scoreboard 2017 Austria unter http://ec.europa.eu/docsroom/documents/23910, für eine detaillierte Darstellung aller Subindizes und deren Unterkomponenten.

Tabelle 1: **Subindizes und ausgewählte Unterkomponenten für Österreich, EU-Durchschnitt =100**

	2010	2016	Veränderung 2010-2016 in Punkten
Summary Innovation Index	**112,5**	**121,5**	**8,9**
Human resources	97,5	138,6	41,1
Population with tertiary education	17,1	142,1	125
Attractive research systems	137,1	157,6	20,5
International scientific co-publications	290,0	442,7	152,7
Innovation-friendly environment	161,2	110,5	-50,7
Finance and support	84,6	95,9	11,2
Firm investments	132,4	165,1	32,7
R&D expenditure in the business sector	150,7	185,0	34,3
Enterprises providing ICT training	171,4	228,6	57,1
Innovators	115,9	122,3	6,4
Linkages	113,9	129,8	16,0
Intellectual assets	146,6	139,7	-6,8
Employment impacts	77,3	78,5	1,2
Sales impacts	77,8	82,7	4,9

Quelle: Europäische Kommission - European Innovation Scoreboard Austria.

2 Alternative Studien und Ergebnisse

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW 2012) kommt im Auftrag des deutschen Wirtschaftsministeriums zu dem Schluss, dass Österreich zu der Gruppe der „strong and growing"-Länder gehört. Die Studie bezieht vor allem Indikatoren ein, die für die Wirtschaft/Industrie besonders relevant sind (Staatlicher Ordnungsrahmen und Regulierungspolitik, Infrastruktur, Wissen, Ressourcen, Kosten, Markt und Umfeld). Zusätzlich verzeichnete Österreich eine ausnehmend gute wirtschaftliche Dynamik seit Mitte der 1990er Jahre. Der WEF-GCI verwendet hingegen verschiedenste makro- und mikroökonomische Indikatoren. Zum Vergleich: im aktuellen WEF Global Competitiveness Index (WEF-GCI) belegt Österreich 2016-2017 den 19. Platz (von insgesamt 138), was einem Aufstieg um vier Plätze gegenüber dem Vorjahr entspricht. Dementsprechend wird der Aufwärtstrend auch hier bestätigt.

Eine Studie der Europäischen Kommission (van Ark et al. 2013) bescheinigte Österreich einen Spitzenplatz innerhalb Europas. Nach Ansicht der Autoren gehört Österreich – gemeinsam mit Ländern wie Deutschland – zur Gruppe der „integrated value chain"-Länder. Charakterisiert

werden diese Länder durch a) einen hohen Industrieanteil, b) wachsende Technologiebranchen und c) sehr effiziente überregionale Arbeitsteilung. In durchgeführten Szenarioanalysen bescheinigt die Studie Österreich auch sehr gute Entwicklungschancen in der Zukunft.

3 Methodische Anmerkungen

Die Erstellung dieses Rankings sowie von ähnlichen Innovationsrankings stellt naturgemäß eine höchst anspruchsvolle Aufgabe dar. Die zu klärenden Fragen reichen von der Auswahl der eingehenden Variablen sowie deren Gewichtung. Die Gewichtung einzelner Indikatoren nach relativer Wichtigkeit für ein Land bleibt aus. So ist die Qualität und Effizienz der Hafenindustrie in Ländern wie den Niederlanden oder Südkorea vermutlich um einiges wichtiger als in Binnenländern wie Österreich oder der Schweiz. Unter Umständen ist der Vergleich unterschiedlicher Länder(-gruppen) problematisch.[34] Weiters bestehen die Rankings zu einem Gutteil aus Befragungen von Managern und Führungskräften, was die Frage nach der Repräsentativität der Ergebnisse aufwirft.[35]

Eine willkommene Ausnahme stellt der Report der EK dar: die Methodologie wird in einer eigenen Publikation detailliert vorgestellt und diskutiert. Dementsprechend sollte dem Bericht höhere mediale Aufmerksamkeit zukommen.

4 Referenzen

Van Ark, B., Chen, V., Colijn, B., Jaeger, K., Overmeer, W., Timmer, M. (2013). Recent changes in Europe's competitive landscape and medium-term perspectives: How the sources of demand and supply are shaping up, Economic Papers 485, European Commission

IW – Institut der deutschen Wirtschaft (2012). Die Messung der industriellen Standortqualität in Deutschland, Projekt im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie Deutschlands.

[34] In Entwicklungsländern wird beispielsweise in absoluten Zahlen wenig in Bildung investiert, in Prozent des Nationaleinkommens sind die Ausgaben durchaus bedeutend und höher als in vielen Industrieländern. Daher wären Entwicklungsländer im Bereich Bildung wettbewerbsfähiger als Industrieländer, zumindest, wenn relative Zahlen herangezogen werden.

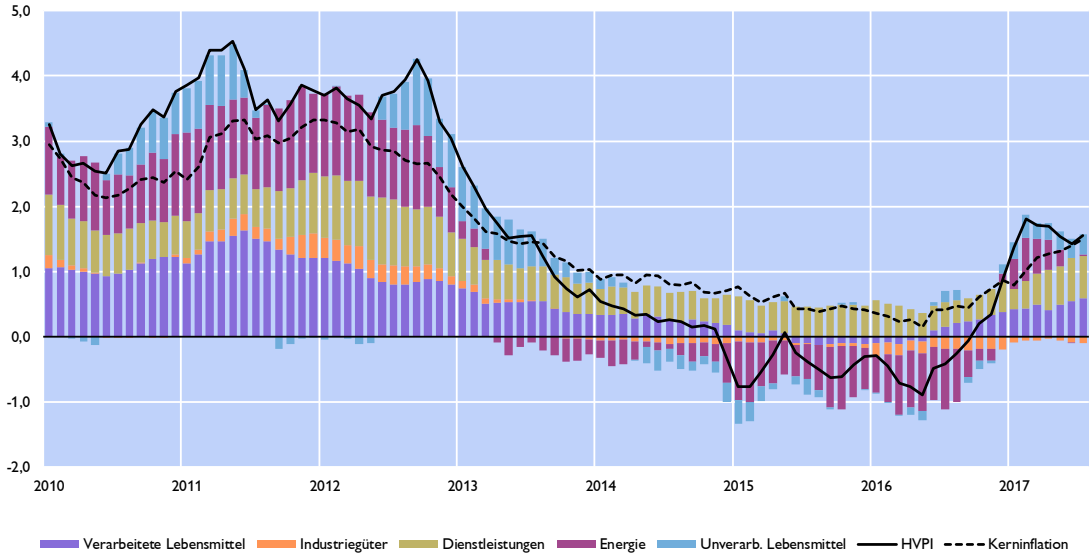
[35] Im Rahmen der Umfrage unter Managern zur Erstellung des WEF-GCI werden 14.000 Manager in 138 Ländern befragt, was einem Sample von etwa 100 Befragten pro Land entspricht.

Deflationäre Periode in CESEE-Region nachhaltig überwunden[36]

Die durchschnittliche Inflationsrate in den CESEE EU-Mitgliedstaaten bewegte sich in den ersten sieben Monaten des Jahres 2017 zwischen 1,4% und 1,8%. Das entspricht einer deutlichen Beschleunigung der Preisdynamik gegenüber den Jahren zuvor: Die Teuerung war im Dezember 2014 in den negativen Bereich gerutscht und mit einer kurzen Unterbrechung bis Oktober 2016 dort verweilt. Die vorliegende Ausarbeitung soll einerseits diese deflationäre Periode beleuchten. Andererseits sollen die treibenden Faktoren hinter den zuletzt wieder gestiegenen Inflationsraten herausgearbeitet werden.

Inflationsentwicklung in den CESEE EU-Mitgliedstaaten

in Prozentpunkten, HVPI und Kerninflation in % gegenüber Vorjahr



Quelle: Eurostat.

Deflationäre Periode stark von Energiepreisen und importierter Deflation getrieben

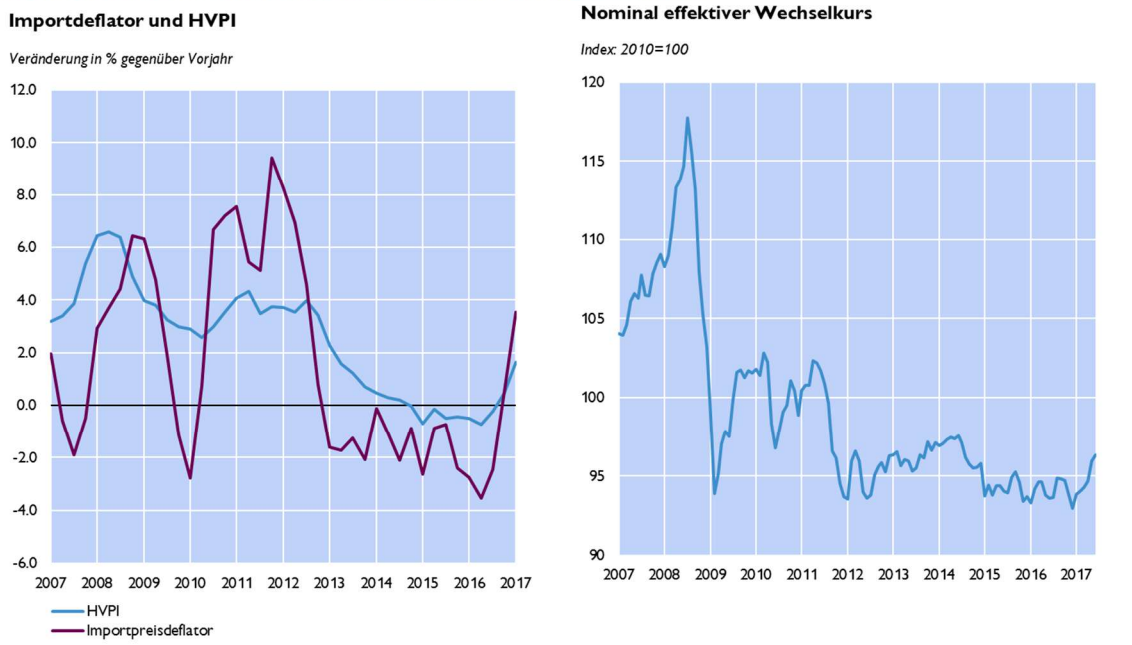
Die Inflationsrate in den CESEE EU-Mitgliedstaaten begann ab 2013 deutlich zu fallen und die allgemeine Preisentwicklung war zwischen Ende 2014 und Mitte 2016 durch Deflation gekennzeichnet. In dieser Periode wurde die Teuerung vor allem von Energiepreisen im Zaum gehalten, welche deutlich negativ zum HVPI beitrugen. Ebenso (wenngleich deutlich schwächer) preisdämpfend wirkten verarbeitete und unverarbeitete Lebensmittel sowie Industriegüter. Der Anteil deflationärer Komponenten im HVPI stieg auf Höchstwerte von bis zu 40% des gesamten Warenkorbs. Das deflationäre Momentum war also durchaus breit basiert und wurde zum Teil auch durch Steuersenkungen (etwa in Rumänien) weiter befeuert. Das alles spiegelte sich nicht zuletzt auch in den Inflationserwartungen wider: Diese erreichten Anfang 2016 ihren Tiefpunkt. Im Jänner 2016 erwartete etwa eine Mehrheit der Befragten in einer Umfrage der Europäischen Kommission fallende Preise in den nächsten zwölf Monaten.

Positive Preisimpulse gingen in dieser Periode zum Teil von administrierten Preisen (etwa in Polen und der Tschechischen Republik), vor allem aber von Dienstleistungen aus. Diese waren hauptverantwortlich dafür, dass die Kerninflation in der Region nie in den negativen Bereich

[36] Autor: Josef Schreiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

rutschte. Die einsetzende Verbesserung der Situation auf den Arbeitsmärkten führte ab Anfang 2014 auch zu einer leichten Beschleunigung des Lohnwachstums. Diese Dynamik schlug sich allerdings aufgrund eines robusten Produktivitätswachstums nicht in größerem Ausmaß in Steigerungen der Lohnstückkosten und damit in den Preisen nieder. Darüber hinaus wurde der durch höhere Löhne induzierte Nachfragedruck von importierter Deflation überlagert: Die hohe Importneigung in der Region gepaart mit einer negativen Inflationsrate für importierte Güter und Dienstleistungen wirkte eher dämpfend als treibend auf das allgemeine Preisniveau. So lag etwa der Importdeflator seit 2013 im negativen Bereich und erreichte im zweiten Quartal 2016 einen Tiefststand von -3,5%. Sogar die moderate Abwertung des nominal effektiven Wechselkurses im zweiten Halbjahr 2014 sorgte in diesem Umfeld für keinen nennenswerten Inflationsschub.

Importpreise und Wechselkurse in den CESEE EU-Mitgliedsstaaten



Quelle: Eurostat.

Seit Ende 2016 tragen alle Komponenten des HVPI wieder stärker zur allgemeinen Preisentwicklung bei

Ab Mitte 2016 begannen die Preise allgemein wieder zu steigen. Dieser Anstieg war breit basiert und umfasste alle Komponenten des HVPI. Besonders deutlich fiel die Entwicklung abermals im Bereich der Energie aus: Der Inflationsbeitrag der Komponente stieg von einem Tiefstwert von –0,9 Prozentpunkten Anfang 2016 auf etwa 0,5 Prozentpunkte im ersten Quartal 2017 an. Neben Energie trugen in den letzten Monaten allerdings auch alle anderen Komponenten des HVPI stärker positiv (bzw. im Bereich der Industriegüter weniger negativ) zum Preisanstieg bei. So nahm etwa der Inflationsbeitrag von verarbeiteten Lebensmitteln im Juli um 0,4 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr zu. Der entsprechende Anstieg für Industriegüter und unverarbeitete Lebensmittel lag bei 0,1 Prozentpunkten, bei Dienstleistungen bei 0,3 Prozentpunkten.

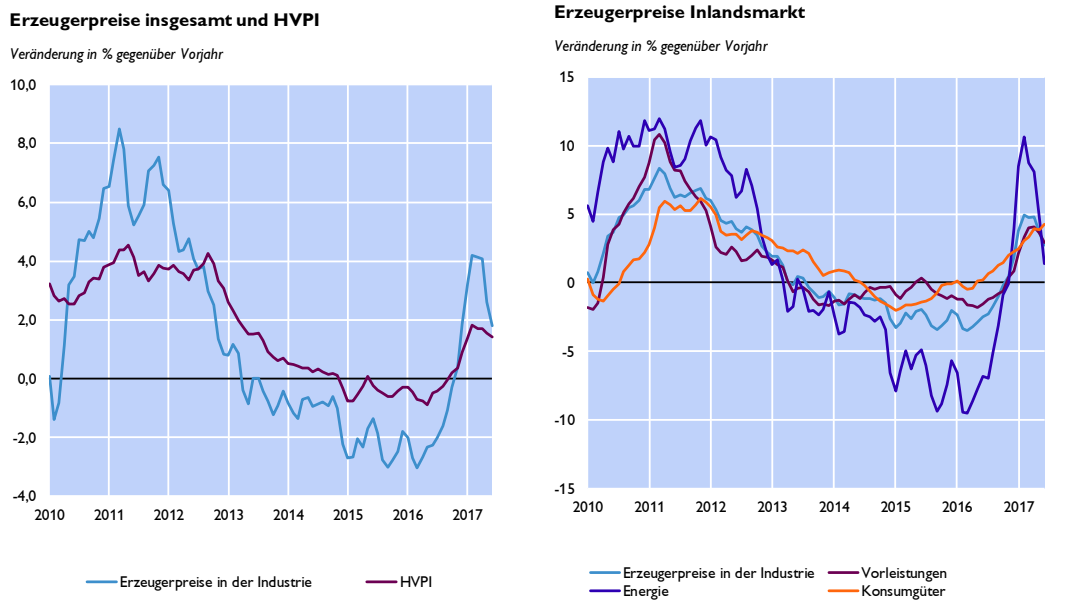
Erholung des Ölpreises treibt sowohl Energiepreisinflation als auch Erzeugerpreise

Nach einer langen Phase des Verfalls zogen die Ölpreise seit Anfang 2016 wieder an. Im Februar 2017 notierte Rohöl bei USD 55,1 je Barrel und damit um rund 70% über dem Vorjahreswert. Danach begannen die Preise jedoch wieder moderat zu fallen. Im Juli wurde das Barrel um USD 48,4 gehandelt. Die Energiekomponente des HVPI spiegelte diese Dynamik

zuletzt deutlich wider: Die Inflationsrate bei Energie stieg von -6% Mitte 2016 auf knapp 5% im Februar 2017. Danach ließ der Preisdruck wieder nach und pendelte sich im Juni und Juli 2017 bei etwa 0% ein.

Die Erzeugerpreise in der Industrie weisen ein ganz ähnliches Muster auf: Einem starken Anstieg seit Anfang 2016 (auf 4,2% im Februar 2017), folgte ein deutlicher Rückgang in den letzten Monaten (auf +1,8% im Juni 2017). Anhand einer feineren Aufschlüsselung des Erzeugerpreisindex für im Inland abgesetzte Sachgüter erkennt man, dass abermals vor allem Energiepreise für die beobachtete Dynamik verantwortlich waren. Während der Preisanstieg auch für Vorleistungen in den letzten Monaten zurückging, wurde einzig für Konsumgüter eine kontinuierliche Zunahme der Inflation seit Anfang 2016 berichtet.

Indikatoren der vorgelagerten Preiskette in den CESEE EU-Mitgliedstaaten



Quelle: Eurostat.

Obwohl die Preisentwicklung der letzten Monate also stark von Energiepreisen getrieben wurde, ging der Einfluss dieser Komponente zuletzt deutlich zurück. Energiepreise wirkten sich im Juni und Juli 2017 kaum noch auf den allgemeinen HVPI aus und wirkten im Bereich der vorgelagerten Preiskette seit Jahresbeginn disinflationär. Gleichzeitig erhöhte sich der Preisdruck von weniger volatilen Inflationskomponenten, insbesondere von Dienstleistungen. Das deutet auf eine zunehmende Bedeutung von konjunkturellen Faktoren für die Preisdynamik hin, was durch die Entwicklung der Kerninflation bestätigt wird: Die durchschnittliche Kerninflationsrate (HVPI bereinigt um Preise für Energie und unverarbeitete Lebensmittel) in den CESEE EU-Mitgliedstaaten stieg von 0,1% im Mai 2016 auf 1,5% im Juli 2017.

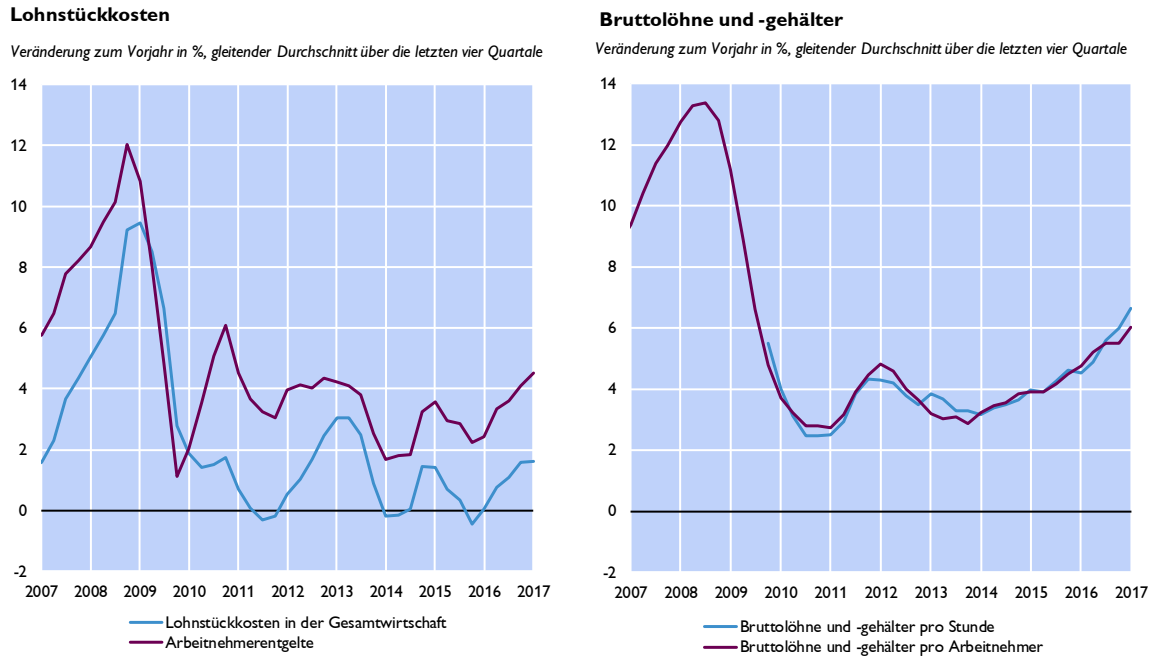
Starkes Lohnwachstum sorgt für nachfrageinduzierten Inflationsdruck

Vor dem Hintergrund einer deutlichen Verbesserung der Situation auf den Arbeitsmärkten, nahm die Lohndynamik in den letzten Quartalen merklich zu. So wuchsen die Arbeitnehmerentgelte (Bruttolöhne und –gehälter zuzüglich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber) im ersten Quartal 2017 um durchschnittlich 4,5%, womit der zuletzt ermittelte Wert deutlich über dem Durchschnitt der Periode 2013-2016 (+3%) lag. Eine etwas stärkere Produktivitätsentwicklung ab 2014 wirkte zwar einer deutlichen Erhöhung der Lohnstückkosten entgegen und begrenzte deren Wachstum bei etwa 1,5%. Nichts desto trotz nahm die Dynamik

der Lohnstückkosten aber seit 2016 zu, wodurch sich der kosteninduzierte Inflationsdruck verschärft haben dürfte.

Wichtiger für die aktuelle Preisentwicklung scheint aber der durch die Lohnersteigerungen verursachte nachfrageinduzierte Inflationsdruck zu sein. Löhne und Gehälter isoliert betrachtet entwickelten sich noch dynamischer als die Arbeitnehmerentgelte. Das Lohnwachstum nahm seit Anfang 2014 kontinuierlich zu und beschleunigte sich im regionalen Durchschnitt von etwa 3% im vierten Quartal 2014 auf etwa 6% im ersten Quartal 2017. Damit einher ging ein deutlicher Anstieg des privaten Konsums: Das Wachstum dieser BIP-Komponente beschleunigte sich auf 4,8% im ersten Quartal 2017 und lag seit Anfang 2016 teils deutlich über dem allgemeinen Wirtschaftswachstum. Hier gilt es festzuhalten, dass sich die CESEE-Wirtschaften zurzeit überaus stark entwickeln und dass die Region Wachstumsraten berichtet wie zuletzt im Herbst 2008. Darüber hinaus waren auch die Inflationsraten für importierte Güter und Dienstleistungen zuletzt wieder deutlich positiv.

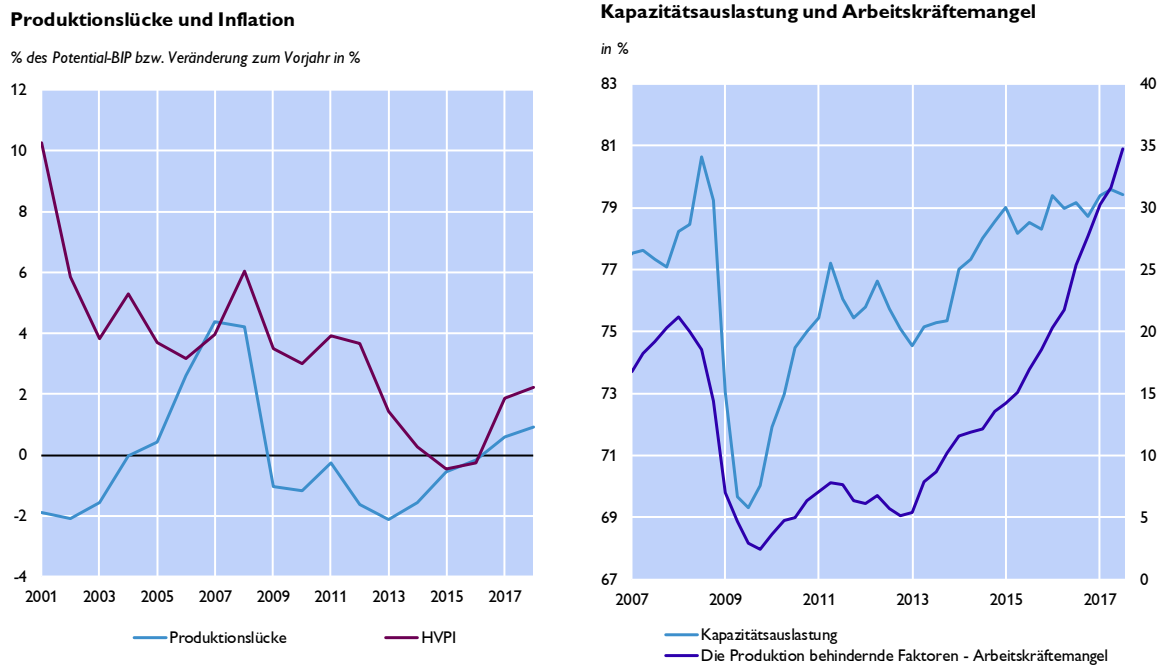
Arbeitskosten und Löhne in den CESEE EU-Mitgliedstaaten



Quelle: EZB, Eurostat, wiiw.

Eine zunehmende Ausschöpfung des Produktionspotenzials und ein damit verbundener höherer Druck der Nachfragesoginflation ist auch aus anderen Indikatoren abzulesen. So schloss sich etwa laut Europäischer Kommission die Produktionslücke in den CESEE EU-Mitgliedstaaten in 2016 nachdem sie in den Jahren seit 2009 teils deutlich negativ war. Bis 2018 soll die Produktionslücke auf rund 1% des Produktionspotenzials ansteigen. Gleichzeitig stieg die Kapazitätsauslastung seit 2013 kontinuierlich an und erreichte Anfang 2017 den höchsten Stand seit Ausbruch der Krise. Mit rund 80% lag sie etwa 5 Prozentpunkte über dem langjährigen Durchschnitt. Umfragen zeigen auch an, dass Arbeitskraft zunehmend als die Produktion hemmender Faktor gesehen wird. Aussagen in diese Richtung nahmen ebenfalls seit 2013 deutlich zu und erreichten Mitte 2017 einen historischen Höchststand.

Indikatoren der Produktionsauslastung in den CESEE EU-Mitgliedstaaten



Quelle: Europäische Kommission.

Die CESEE-Region scheint also die deflationäre Periode nachhaltig überwunden zu haben. Während die Rückkehr zu positiven Inflationsraten im Jahr 2016 stark von steigenden Energiepreisen induziert war, nahm zuletzt auch der binnenwirtschaftliche Preisdruck zu.

Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 14. Juni – 31. August 2017[37]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
15. Juni 2017	Eurogruppe	Griechenland: - Politische Einigung zur zweiten Überprüfung des makroökonomischen Anpassungsprogramms für Griechenland („second review“). - Freigabe der dritten ESM-Tranche in Höhe von 8,5 Mrd EUR nach Abschluss der nationalen Verfahren der Mitgliedstaaten zur Genehmigung der Auszahlung. - Beteiligung des IWF: IWF soll sich über eine 14-monatige Bereitschaftskreditvereinbarung (Stand-By Arrangement for Greece) beteiligen.
16. Juni 2017	ECOFIN-Rat	Schwerpunkte des ECOFIN-Rats: - Stärkung der Bankenunion/Maßnahmen zur Risikominderung: Annahme einer allgemeinen Ausrichtung und des Fortschrittsberichts der Präsidentschaft. Dabei handelte es sich um den Richtlinienvorschlag zur Insolvenzrangfolge im Banksektor, der eine Teilharmonisierung der Gläubigerhierarchie in der EU vorsieht, sowie den Verordnungsvorschlag für Übergangsregelungen für die Einführung von Rechnungslegungsvorschriften für Finanzinstrumente nach dem International Financial Reporting Standard (IFRS 9) und Großkreditregeln für Risikopositionen gegenüber öffentlichen Schuldnern in Fremdwährung. - Kapitalmarktunion (CMU): Präsentation der am 8.6. veröffentlichten Halbzeitüberprüfung des Aktionsplans zur CMU. Zwei Drittel der Maßnahmen wurden bereits umgesetzt; drei neue Legislativvorschläge sollen noch (im Juni) folgen - darunter das Paneuropäische Pensionsprodukt. - Europäisches Semester 2017: Annahme der Empfehlungen für nationale Reformprogramme und Debatte über die gesamthafte Fiskalpolitik („fiscal stance“).
22./23. Juni 2017	ER	Hauptthemen der Staats- und Regierungschefs: - Der Europäische Rat beschäftigt sich mit der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, dem Kampf gegen den Terrorismus und damit zusammenhängend, mit Verteidigungsfragen. - Das Eintreten der EU und ihrer Mitgliedstaaten für einen multilateralen Klimaschutz wird bekräftigt.

[37] Autorinnen: Sylvia Gloggnitzer und Christina Lerner (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		- Die wirtschaftliche Entwicklung Europas steht im Zeichen der Beratungen mit EZB-Präsident Draghi. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der digitalen Agenda Europas. Die Staats- und Regierungschefs werden im September des Jahres auf Einladung des künftigen Rats-Vorsitzes Estland zu einer High-level-Konferenz in Tallin zusammentreten. - Es besteht Einigkeit, dass eine robuste Handelspolitik weiter verfolgt und an einem offenen und regelbasierten multilateralen Handelssystem, in dem die WTO eine zentrale Rolle spielt, festgehalten wird.
19. Juni 2017	EP ECON	Öffentliche Anhörung Danièle Nouy (Vorsitzende des SSM - Single Supervisory Mechanism) - Non-performing loans (NPLs): Zusätzlich zur laufenden Arbeit des SSM sind Maßnahmen bei Insolvenz- und Gerichtsverfahren notwendig. Die EZB veröffentlichte Guidelines zum Management von NPLs. Erhöhte Aktivität von Banken zur Verbesserung ihres NPL-Managements ist bereits zu verzeichnen. Es gibt eine Forderung nach mehr Kompetenzen der Aufsicht in Zusammenhang mit der Bildung von Rückstellungen für NPLs - Brexit: SSM sowie Banken im Euroraum sind adäquat auf Brexit vorbereitet. Ziel ist die Gleichbehandlung von in den Euroraum wechselnden Banken. Nationale Wahlrechte der Mitgliedstaaten stellen potentielle Quellen für „Arbitrage“ dar.
28. Juni 2017	EP Plenum	Reflexionspapier zur Zukunft der EU-Finanzen Das Reflexionspapier stellt die zukünftigen Anforderungen an das Budget der EU-27 (mehrjähriger Finanzrahmen ab 2021) dar. Im Papier werden Budgettrends und die zu finanzierenden Aufgaben der EU umrissen, eine erste Analyse zum Mehrwert der EU-Ausgaben und fünf EU-Budgetszenarien präsentiert: 1. „*Weiter so wie bisher*“: Agenda 2020 wird verlängert, etwas geringerer Anteil für Kohäsions- und Agrarausgaben, keine Rabatte mehr 2. „*Schwerpunkt Binnenmarkt*“: Substanzielle Reduktion von Kohäsions- und Agrarausgaben, keine Rabatte mehr 3. „*Wer mehr will, tut mehr*“: Agenda 2020 wird verlängert, Budget leicht höher, leichter Budgetanstieg für Joint Action, keine Rabatte mehr 4. „*Weniger, aber effizienter*“: Budgetreduktion, geringerer Anteil für Kohäsions- und Agrarausgaben, Fokus auf Prioritäten, keine Rabatte mehr 5. „*Viel mehr gemeinsames Handeln*“: Substanzielle Steigerung des Budgets, neue (eigene) Finanzierungsquellen für neue Prioritäten, keine Rabatte mehr
1. Juli 2017	EU	Estnische Ratspräsidentschaft im Zeichen der Digitalisierung Am 1. Juli beginnt die estnische EU-Ratspräsidentschaft. Basis für die Arbeit des estnischen Vorsitzes während der nächsten sechs Monate ist einerseits das gemeinsame Arbeitsprogramm der kommenden drei Rats-

		Präsidentschaften (Estland, Bulgarien und Österreich), sowie das nationale Arbeitsprogramm Estlands. Als Vorhaben, die sowohl für die Präsidentschaft als auch für Estland als Mitgliedstaat wichtig sind, werden dabei unter anderem eine offene und innovative Europäische Wirtschaft, die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Bankenunion, die Themen Sicherheit, Migration und Europäische Sozialagenda sowie Digitalisierung und der freie Datenverkehr genannt. Österreich wird im zweiten Halbjahr am 1. Juli 2018 die Europäische Ratspräsidentschaft übernehmen.
8. Juli	EU	CETA – Vorläufige Anwendung des Freihandelsabkommen zwischen EU und Kanada In einer gemeinsamen Erklärung zwischen EU-Kommissions-Präsident Juncker und dem kanadischen Premierminister Trudeau ist der 21. September 2017 als Beginn der (vorläufig teilweisen) Anwendung des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA) festgelegt.
10. Juli 2017	Eurogruppe	Nationale Insolvenzrahmen: notleidende Kredite (non performing loans/NPL) Die Europäische Kommission arbeitet derzeit an einem „Benchmarking System“ und an „Peer Reviews“ zu NPLs. Eine weitere Diskussion in der Eurogruppe ist im Jahr 2018 vorgesehen. Vorsitzender J. Dijsselbloem hofft auf eine Beschleunigung des Prozesses der schrittweisen Harmonisierung der nationalen Insolvenzrahmen.
11. Juli 2017	ECOFIN-Rat	Schwerpunkte des ECOFIN-Rats: Notleidende Kredite (NPL): Annahme von Ratsschlussfolgerungen durch die Finanz- und Wirtschaftsminister, diese sollen eine „Roadmap“ für den Abbau des NPL-Bestands und die Verhinderung künftiger NPLs bilden. Es besteht eine starke Divergenz in den NPL-Beständen der jeweiligen Mitgliedstaaten. Kapitalmarktunion: Halbzeitbewertung des Aktionsplans zur Kapitalmarktunion durch die Europäische Kommission (Mid Term Review). Die Finanzminister betonen die Relevanz der CMU als Projekt mit gemeinsamer Bedeutung für alle Mitgliedstaaten, wenn es um die Ankurbelung des Wachstums, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Förderung von Investitionen und Innovation geht.
28. Juli 2017	EU	Start der Dritten Verhandlungsrunde über die Modalitäten des Austritts des Vereinigten Königreichs (VK) aus der Europäischen Union. Es wird in drei Gruppen über Bürgerrechte, die finanziellen Modalitäten des Austritts und die Nordirland-Frage verhandelt. VK legte unterschiedliche Positionspapiere über die Modalitäten des Austritts vor, die nun in die Verhandlungen einfließen. Bisher gab es noch keine substanziellen Fortschritte.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

Datum	Institution	Ereignis
19. Juni 2017	IWF	Work Program of the Executive Board Das zukünftige Work Program spiegelt die Schwerpunkte des letzten IMFC Communiqués und der Global Policy Agenda von MD Lagarde wieder und soll aus den folgenden vier Hauptelementen bestehen: 1) Steuerung des Dialogs über die globale Wirtschaftspolitik, insbesondere durch den World Economic Outlook (WEO) und den Global Financial Stability Report (GFSR). 2) Unterstützung aller Maßnahmen, um Aufschwung weiter voranzutreiben, die Produktivität und die Widerstandskraft der Wirtschaft zu erhöhen. 3) Förderung aller wirtschaftspolitischen Bestrebungen, die zu einer integrativeren globalen Wirtschaft beitragen. 4) Erleichterung von multilateralen Politikansätzen, um den globalen wirtschaftspolitischen Anforderungen (International Taxation; Global Financial Safety Net et al.) besser gewachsen zu sein.
19. Juni 2017	OECD	OECD-Länderbericht Österreich 2017 Das Spezialthema des diesjährigen Berichts war Digitalisierung, wo Österreich besser als der EU-Durchschnitt abschneidet, allerdings gegenüber den Spitzenreitern (Skandinavische Länder) Rückstände aufweist. Dazu gab es auch Diskussionen zu Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt sowie auf den Wettbewerb, wo sich die OECD die Auswirkungen von steigenden Skalenerträgen und Netzwerkeffekten und die daraus entstehenden Monopolisierungstendenzen näher ansehen möchte. Im Finanzsektor galt die Sorge der OECD vor allem der Aufsicht der noch national beaufsichtigten kleineren Banken.
25. Juni 2017	BIZ	BIZ Jahresbericht 2017 (März 2016-April 2017) Die Weltwirtschaft hat weiter an Fahrt gewonnen. Das Wachstum nähert sich dem langfristigen Durchschnitt, die Arbeitslosenquoten sind in Richtung ihrer Vorkrisenwerte gefallen, und die Inflationsraten bewegen sich weiter auf die Zielwerte der Zentralbanken zu. Als die vier Hauptrisiken für die Nachhaltigkeit des Wachstums nennt die BIZ: 1) einen Anstieg der Inflation; 2) schwerwiegende finanzielle Anspannungen, wenn der Finanzzyklus seinen Höhepunkt erreicht; 3) eine Abschwächung von Konsum und Investitionen, insbesondere aufgrund der hohen Schuldenlast, und 4) ein zunehmender Protektionismus. Diese Risiken wurzeln größtenteils in der „riskanten Dreierkonstellation“: einem ungewöhnlich niedrigen Produktivitätswachstum, ungewöhnlich hohen Schuldenständen und einem ungewöhnlich engen wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum. Auf nationaler Ebene bedeutet dies eine wirtschaftspolitische Neuausrichtung hin zu Strukturreformen, eine Entlastung der Geldpolitik, der zu viel aufgebürdet wurde, und die Umsetzung

		ganzheitlicher Handlungsrahmen, die den Finanzzyklus systematischer berücksichtigen. Auf internationaler Ebene gilt es, den multilateralen Ansatz entschlossener zu verfolgen.
7.-8. Juli 2017	G20	Die wichtigsten Ergebnisse des G20-Gipfels der Staats- und Regierungschefs in Hamburg lassen sich wie folgt zusammenfassen: 1. Kompromiss der G20 in der Handelspolitik: USA verhindern gemeinsame Linie in der Handelspolitik nicht mehr, was einem klaren Bekenntnis zu freiem Handel und gegen Protektionismus entspricht. 2. Keine Einigung der G20 beim Klimaschutz: ablehnende Haltung der USA wird zur Kenntnis genommen. 3. Einigung der G20 bei der Bekämpfung von Terrorismus, Korruption und Steuerflucht: Enge Zusammenarbeit beim Austausch von Informationen über Verdächtige wird vereinbart. 4. Einigung bei Flüchtlingen: Die G20 verständigen sich auf eine G20-Afrika-Partnerschaft und bekennen sich zur Bekämpfung von Schleuserei und Menschenhandel. 5. Einigung der G20 bei der Fortsetzung der Finanzmarktregulierung und Verbesserung des globalen finanziellen Sicherheitsnetzes: o Fertigstellung Basel III-Rahmenwerk o Abschluss der 15. Allgemeinen Quotenreform des IWF inklusive neue Quotenformel bis spätestens zur IWF-Jahrestagung 2019. 6. Erstmalige Diskussion und Einigung der G20 das Potenzial der Digitalisierung auszuschöpfen.
17. Juli 2017	IWF	Italien – Beitrag zum Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT) Italien gewährt dem IWF zweckgebundene Kredite in Höhe von 400 Mio SZR (480 Mio EUR) im Rahmen des Poverty Reduction and Growth Trust (PRGT). Dieser Beitrag wird Entwicklungsländern zu stark begünstigten Darlehensbedingungen im Rahmen des „IMF Concessional Lendings“ zu Verfügung gestellt.
20. Juli 2017	IWF	Griechenland: 1,3 Mrd SZR Das IWF Board stimmt einem vorsorglichen Stand-By Arrangement (SBA) zugunsten Griechenlands in Höhe von 1,3 Mrd SZR (1,6 Mrd EUR; 55% der griechischen Quote) zu. Der Beschluss erfolgte vorbehaltlich („Approval in Principle“). D. h., das SBA kann erst aktiv werden, wenn die europäischen Gläubigerstaaten weiteren schuldenerleichternden Maßnahmen zugestimmt haben. Sobald diese Zusagen vorliegen, bedarf es eines weiteren Beschlusses des IWF-Boards, damit Zahlungen erfolgen können.
21. Juli 2017	IWF	Euro Area Policies Art. IV Konsultation des IWF Der Wirtschaftsaufschwung verfestigt sich und ist nun auch durch den Bedeutungsgewinn von Pro-EU-Parteien durch eine breitere Basis abgesichert. Niedriger Energiepreise, unterstützende

		Wirtschaftspolitiken sowie eine stärkere Arbeitsmarktpolitik haben zu einem erhöhten Privatkonsum und damit zu einer gesteigerten Nachfrage geführt. Für 2017 prognostiziert der IWF ein Wachstum von 1,9 % und für 2018 von 1,7%. Risken bestehen vor allem aus strukturellen Schwächen des europäischen Bankensystems und der damit verbundenen niedrigeren Profitabilität sowie des hohen Anteils von non performing loans (NPLs).
24. Juli 2017	IWF	Update des World Economic Outlooks (WEO) des IWF: A Firming Recovery Der bereits im WEO vom April 2017 vorausgesagte Aufschwung schreitet weiter voran und führt zu einem prognostizierten globalen Wirtschaftswachstum von 3,5% für 2017 und 3,6 % in 2018. Vor allem für den Euroraum und Japan wurden die Wachstumsprognosen nach oben revidiert, was sich auch auf die gesunkenen politischen Risken in Europa zurückführen lässt.
26. Juli 2017	IWF	Martin Mühleisen als neuer Direktor des Strategy, Policy and Review Departments des IWF ernannt IMF MD Christine Lagarde ernennt Martin Mühleisen (DE) zum neuen Director of the Strategy, Policy, and Review Department. Dieses Department ist u. a. zuständig für die Beziehungen des IWF mit internationalen Organisationen (wie G20 und UNO) und spielt eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der strategischen Ausrichtung des IWF. Mühleisen folgt dabei Siddharth Tiwari nach, der im Juni 2017 sein Ausscheiden aus dem IWF bekannt gegeben hatte.
26. Juli 2017	IWF	Neues Instrument: PCI (Policy Coordination Instrument) Um das Global Financial Safety Net (GFSN) weiter zu stärken, beschließt der IWF-Board die Einführung eines neuen, nicht-finanziellen, Policy Coordination Instruments (PCI). Mit seiner Monitoring- und Empfehlungsfunktion zielt das PCI dabei auf einen engeren Dialog zwischen den einzelnen Schichten des GFSN bzw. zwischen Ländern und dem IWF ab. Rechtlich gesehen stellt das PCI dabei eine Form der Technical Assistance dar.

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 5. September 2017

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Weltwirtschaft	
Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen	1
Makroökonomische Indikatoren	2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise	3
Euroraum	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	4
Aktuelle Entwicklung	5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität	6
Zinserwartungen	7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen	8
Renditen und Kreditzinsen	9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation	10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt	11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren	12
Inflation und Arbeitskosten	13
Makroökonomische Ungleichgewichte	14
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)	
Ausgewählte makroökonomische Indikatoren	15
Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts	16
Entwicklung der Verbraucherpreise	17
Arbeitslosenquoten	18
Leistungsbilanzsalden	19
Fiskaldaten	20
Österreich	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	21
Aktuelle Entwicklung	22
Außenhandel mit Waren	24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren	25
Tourismus und Reiseverkehr	26
Öffentliche Haushalte	27
Bundeshaushalt	28
Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert	29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	32
Ertragslage der Kreditinstitute - konsolidiert	33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE	34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	
Geldvermögensbildung und Geldvermögen	35
Finanzierung und Verbindlichkeiten	36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

	Reales BIP		Inflation[1)]		Arbeitslose		Budgetsaldo		Staatsschuld		Leistungsbilanzsaldo	
	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018
	Veränderung zum Vorjahr in %		*in %*		*in % des Arbeitskräfteangebotes*		*in % des BIP*					
USA	2,2	2,3	2,2	2,3	4,6	4,5	-4,7	-5,2	107,8	108,7	-2,8	-3,3
Japan	1,2	0,6	0,4	1,0	3,1	3,0	-4,2	-3,6	239,4	240,5	4,1	4,2
China	6,6	6,3	x	x	x	x	x	x	x	x	1,9	1,6
Euroraum	1,7	1,8	1,6	1,3	9,4	8,9	-1,4	-1,3	90,3	89,0	3,0	2,9
EU	1,9	1,9	1,8	1,7	8,0	7,7	-1,6	-1,5	84,8	83,6	1,9	1,9
Österreich	1,7	1,7	1,8	1,6	5,9	5,9	-1,3	-1,0	82,8	81,2	2,0	2,2
Deutschland	1,6	1,9	1,7	1,4	4,0	3,9	0,5	0,3	65,8	63,3	8,0	7,6
Vereinigtes Königreich	1,8	1,3	2,6	2,6	5,0	5,4	-3,0	-2,3	88,6	87,9	-3,9	-3,2
Polen	3,5	3,2	1,8	2,1	5,2	4,4	-2,9	-2,9	54,6	55,4	-0,6	-1,2
Ungarn	3,6	3,5	2,9	3,2	4,1	3,9	-2,3	-2,4	72,6	71,2	3,5	2,8
Tschechische Republik	2,6	2,7	2,5	2,0	3,5	3,5	0,3	0,1	36,2	35,6	0,0	-0,2

Quelle: Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2017.

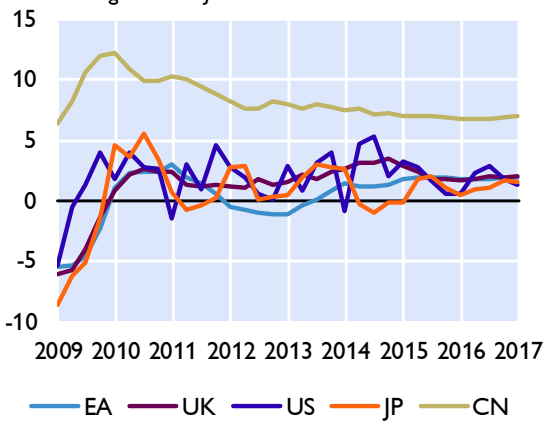
1) HVPI-Inflation; USA, Japan: VPI.

Makroökonomische Indikatoren

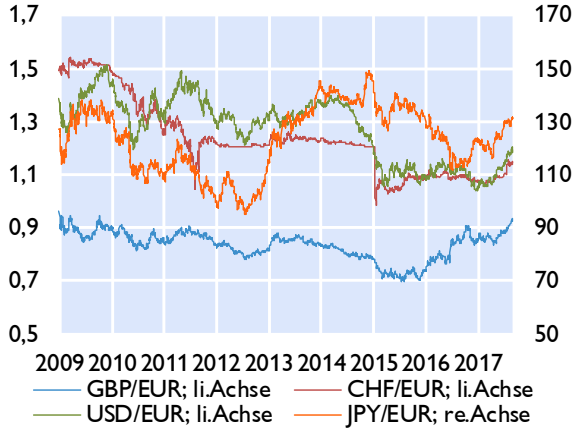
Seite 2

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

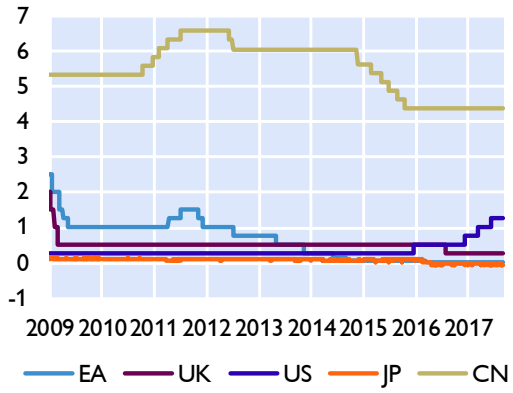


Wechselkurse zum Euro



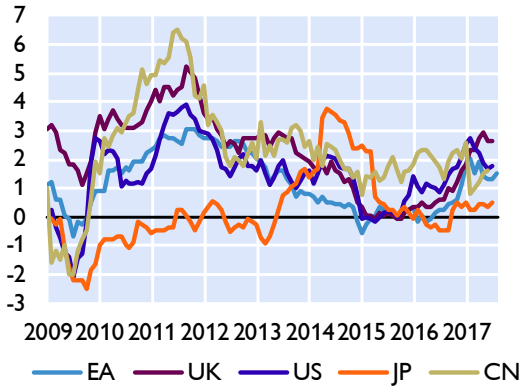
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



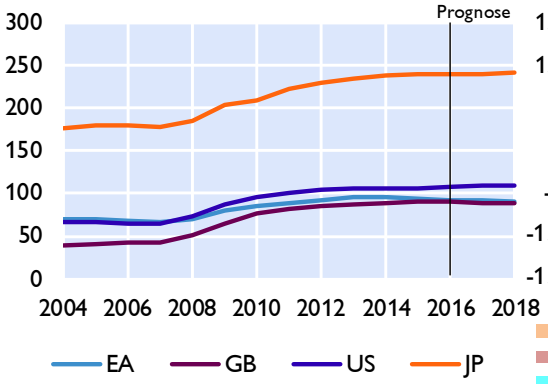
Verbraucherpreisindizes

in %



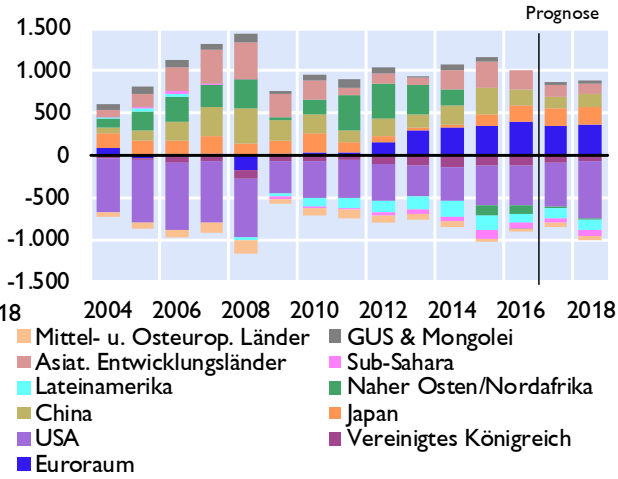
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD



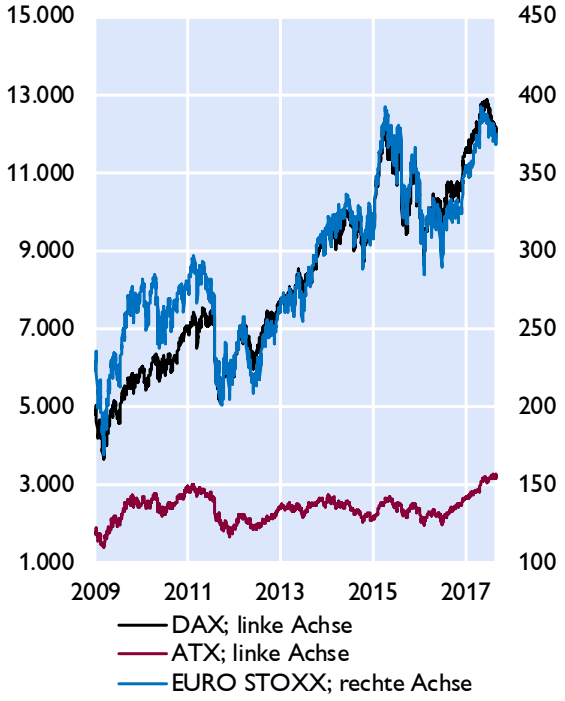
Quelle: Eurostat, EK, IWF, Thomson Reuters, nationale Quellen. Prognosen: EK Mai 2017 und IWF WEO April 2017.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

Seite 3

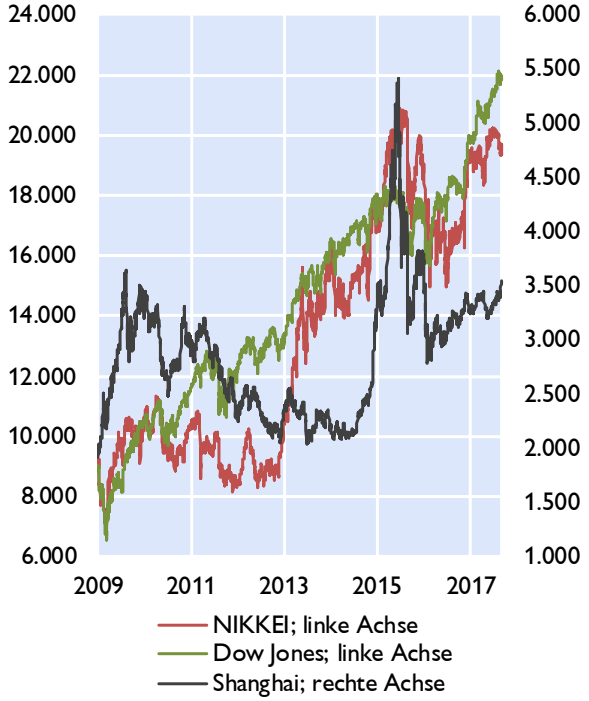
Aktienkurse - Europa

in Punkten



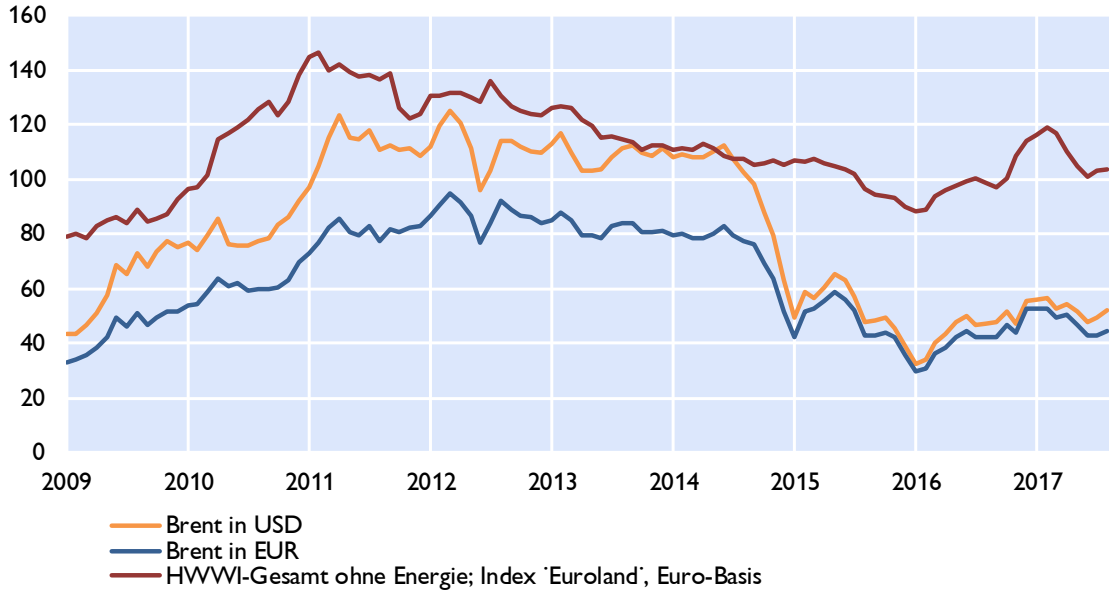
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2015=100



Quelle: Thomson Reuters.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem Juni 2017			OECD Juni 2017		IWF*) **Update Juli 17**/ April 2017		EU-Kommission Mai 2017	
	2017	2018	2019	2017	2018	2017	2018	2017	2018
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP, real	1,9	1,8	1,7	1,8	1,8	**1,9**	**1,7**	1,7	1,8
Privater Konsum, real	1,5	1,6	1,4	1,4	1,4	1,5	1,5	1,5	1,6
Öffentlicher Konsum, real	1,2	1,2	1,1	1,2	1,3	1,2	0,9	1,5	1,5
Bruttoanlageinvestitionen, real	3,7	3,4	3,0	3,4	3,3	2,7	2,7	2,9	3,5
Exporte, real	4,8	4,3	4,1	x	x	3,9	3,9	3,8	4,1
Importe, real	5,2	4,6	4,3	x	x	4,1	4,1	4,2	4,6
BIP Deflator	1,2	1,5	1,7	1,2	1,5	1,2	1,4	1,1	1,4
HVPI	1,5	1,3	1,6	1,7	1,4	1,7	1,5	1,6	1,3
Lohnstückkosten	1,1	1,3	1,5	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,4
Beschäftigte	1,4	1,0	0,9	1,4	1,1	1,1	0,8	1,2	1,1
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition								
Arbeitslosenquote	9,4	8,8	8,3	9,3	8,9	9,4	9,1	9,4	8,9
	in % des nominellen BIP								
Leistungsbilanz	2,8	2,8	2,9	3,3	3,4	3,0	3,0	3,2	3,1
Öffentliches Defizit	-1,3	-1,2	-1,0	-1,2	-0,9	-1,5	-1,2	-1,4	-1,3
	Prognoseannahmen								
Erdölpreis in USD/Barrel	51,6	51,4	51,5	51,3	50,0	**51,9**	**52,0**	55,5	55,9
Kurzfristiger Zinssatz in %	-0,3	-0,2	0,0	-0,3	-0,3	**-0,3**	**-0,2**	-0,3	-0,2
USD/EUR	1,08	1,09	1,09	1,09	1,09	1,06	1,06	1,06	1,06
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP, real USA	x	x	x	2,1	2,4	**2,1**	**2,1**	2,2	2,3
BIP, real Welt	3,5	3,8	3,8	3,5	3,6	**3,5**	**3,6**	3,4	3,6
Welthandel	4,4	3,8	3,9	4,6	3,8	**4,0**	**3,9**	3,5	4,0

*) IWF: Update Juli 17 ausschließlich fett unterlegte Werte (ausgewählte Indikatoren); restliche Prognosedaten stammen vom WEO April 2017.

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2015	2016	2016 Q3	2016 Q4	2017 Q1	2017 Q2	2017 Q3	2017 Mai	2017 Juni	2017 Juli	2017 Aug.
Veränderung zum Vorjahr in %											
HVPI gesamt	0,0	0,2	0,3	0,7	1,8	1,5	0,0	1,4	1,3	1,3	1,5*)
Kerninflation	0,8	0,9	0,8	0,8	0,8	1,1	..	0,9	1,1	1,2	1,2
BIP-Deflator des privaten Konsums	0,2	0,3	0,2	0,8	1,6	..	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten (nominell)	0,3	0,8	0,9	1,2	0,3	..	..	x	x	x	x
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	1,3	1,2	1,3	1,3	1,4	..	..	x	x	x	x
Arbeitsproduktivität (nominell)	1,0	0,4	0,3	0,1	1,1	..	..	x	x	x	x
Produzentenpreis (Industrie)	-2,7	-2,3	-2,0	0,4	4,1	3,4	..	3,4	2,4	2,0	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	100,1	98,3	98,6	107,4	117,1	104,9	..	104,2	100,4	102,9	103,3
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	47,8	40,8	42,1	47,4	51,4	46,3	..	46,5	42,2	42,7	43,96
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	53,0	45,1	47,0	51,1	54,6	50,9	..	51,4	47,7	49,3	51,93
Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)											
BIP real	2,0	1,8	0,4	0,6	0,5	0,6	..	x	x	x	x
Privater Konsum	1,8	2,1	0,4	0,4	0,4	..	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	1,3	1,8	0,2	0,3	0,3	..	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	3,2	3,7	-0,1	1,4	-0,5	..	..	x	x	x	x
Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)											
Binnennachfrage (ohne Lager)	1,9	2,2	0,4	0,7	0,2	..	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,2	-0,3	0,0	-0,1	0,4	..	..	x	x	x	x
Veränderung der Lagerhaltung	-0,1	-0,1	0,0	0,0	-0,1	..	..	x	x	x	x
Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)											
Handelsbilanz	238,7	268,7	66,6	71,1	44,6	63,6	..	20,3	26,6	..	..
Leistungsbilanz	316,6	361,8	95,0	76,0	90,8	74,6	..	30,5	21,2	..	..
Leistungsbilanz in % des BIP	3,3	3,4	3,8	3,7	2,6	..	..	x	x	x	x
Ausgewählte Indikatoren											
Economic Sentiment Indicator	104,2	104,7	104,1	106,9	107,9	110,0	..	109,2	111,1	111,3	111,9
Industrievertrauen (Saldo)	-3,1	-2,7	-2,9	-0,6	1,1	3,3	..	2,8	4,5	4,5	5,1
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	52,2	52,5	52,1	54,0	55,6	57,0	..	57,0	57,4	56,6	57,4
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	108,1	108,3	108,1	110,7	111,1	114,2	..	114,6	115,2	116	115,9
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	2,2	1,4	1,2	2,1	1,3	2,7	..	3,9	2,7	..	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-6,2	-7,7	-8,2	-6,4	-5,3	-2,7	..	-3,3	-1,3	-1,7	-1,5
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	2,6	1,4	1,0	2,4	2,2	2,8	..	2,5	3,1	2,4	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	81,3	81,8	81,6	82,3	82,5	82,6	83,2	x	x	x	x
Arbeitsmarktentwicklung											
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1)]	10,9	10,0	10,0	9,7	9,4	9,2	..	9,2	9,1	9,1	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	1,0	1,3	0,2	0,3	..	..	..	x	x	x	x
Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)											
Geldmenge M3	4,7	5,0	5,1	5,0	5,3	5,0	..	4,9	5,0	4,5	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	4,9	4,8	4,8	..
Buchkredite an den privaten Sektor	1,9	2,2	2,1	2,2	4,3	6,8	..	2,0	6,8	-0,1	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	..	0,00	0,00	0,00	0,00
3-Monats Zinssatz (%)	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	..	-0,33	-0,33	-0,33	-0,33
10-Jahres Zinssatz (%)	1,3	0,9	0,7	1,1	1,4	1,2	..	1,18	1,07	1,21	..
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	1,3	1,2	1,0	1,4	1,7	1,5	..	1,51	1,40	1,54	..
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2)]	133,3	148,0	133,7	126,2	108,3	104,9	..	104,8	107,2	97,7	97,0
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	356,2	321,7	320,7	331,8	357,4	381,7	..	387,1	383,6	377,8	375,1
Wechselkurs USD je EUR	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	..	1,11	1,12	1,15	1,18
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3)]	92,4	94,4	94,8	94,5	93,8	95,2	..	95,6	96,3	97,6	99,0
real effektiver Wechselkurs des EUR[3)]	88,4	89,5	90,0	89,6	89,0	90,3	..	90,5	91,3	92,4	93,8
Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP											
Budgetsalden	-2,1	-1,5	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Staatsschuldenquoten	92,5	91,3	x	x	x	x	x	x	x	x	x

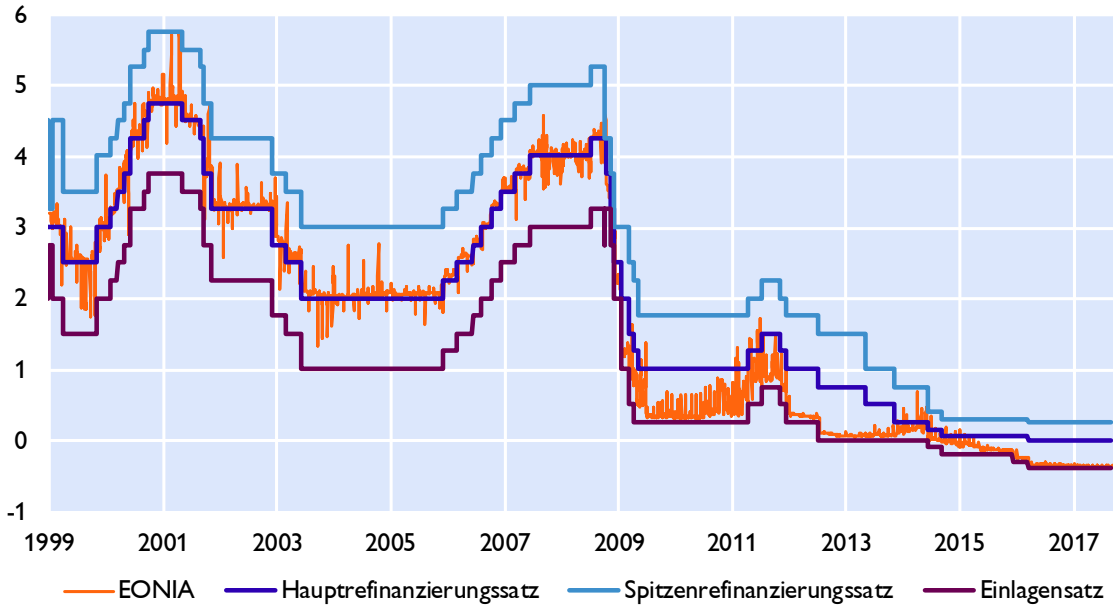
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Thomson Reuters, HWWI, Markit, ifo.

*1) ILO-Definition. 2) Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch). 3) Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100). *) Schnellschätzung.*

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

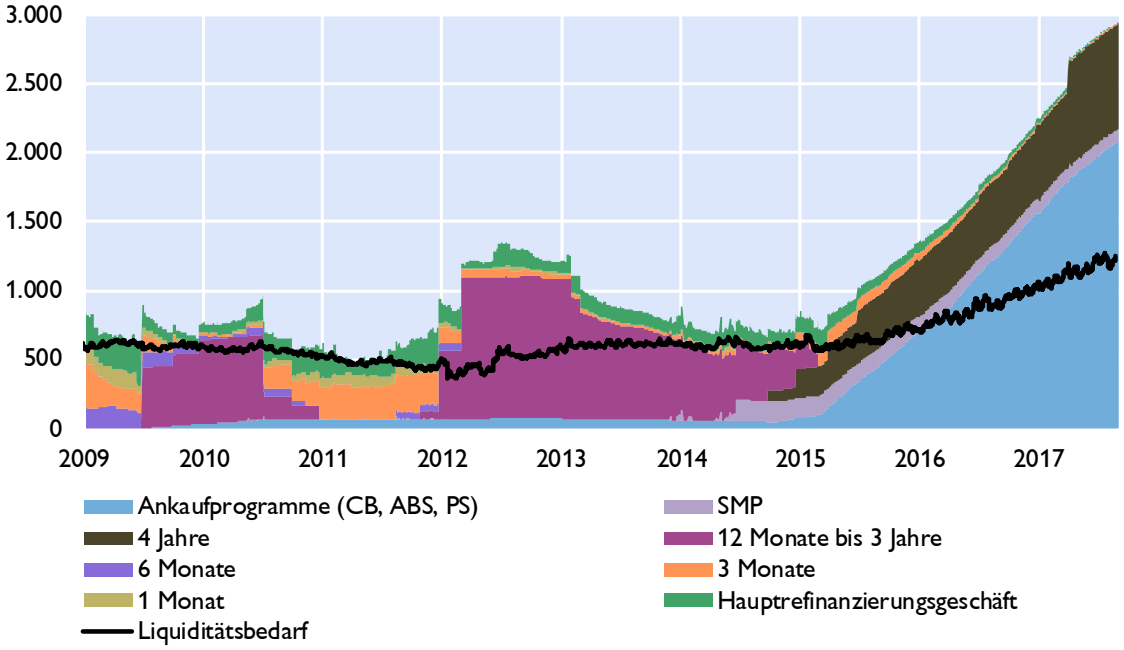
EZB-Leitzinssätze und EONIA

in %



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

nach Fristigkeit, in Mrd Euro

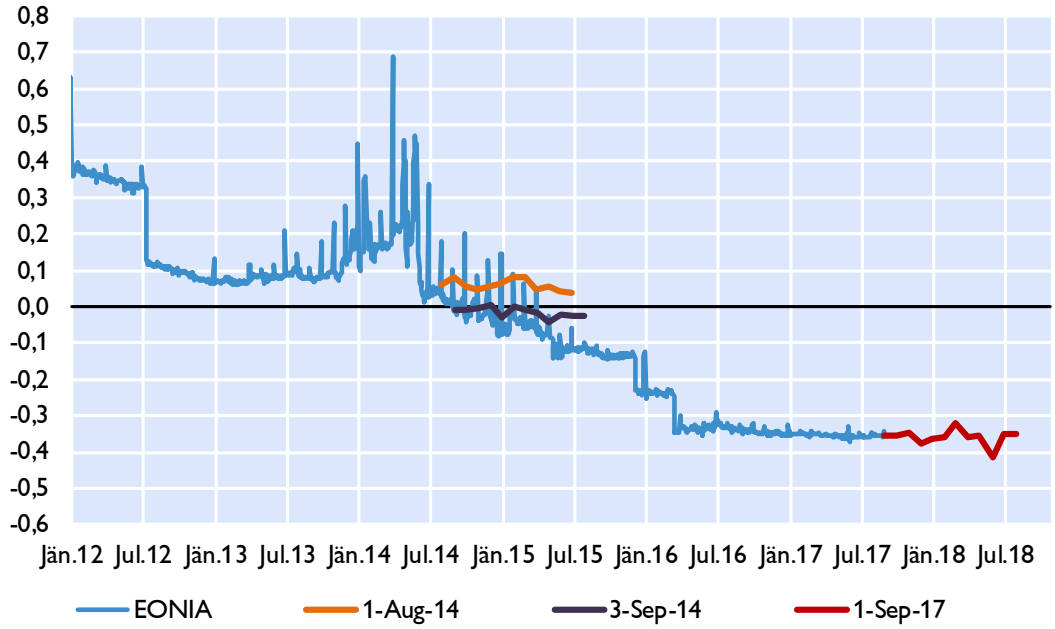


Quelle: Thomson Reuters, EZB, OeNB.

Euroraum: Zinserwartungen

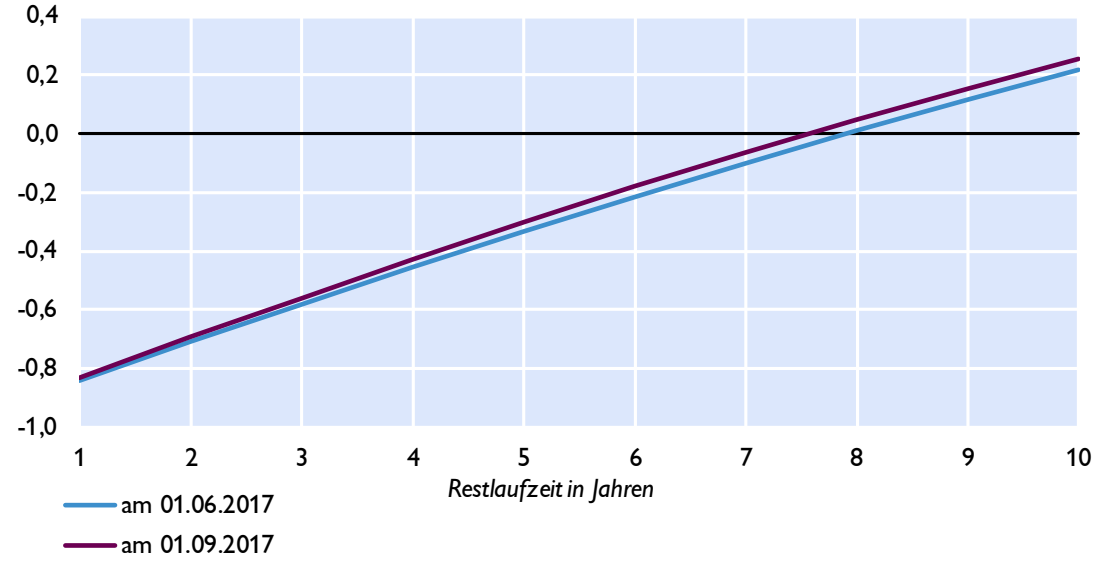
Markterwartungen über den Verlauf des EONIA

berechnet aus EURO Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für AAA Staatsanleihen im Euroraum

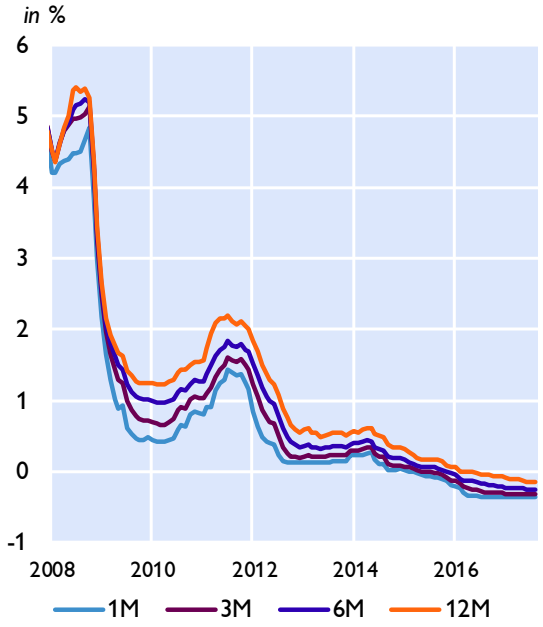
in %



Quelle: Thomson Reuters.

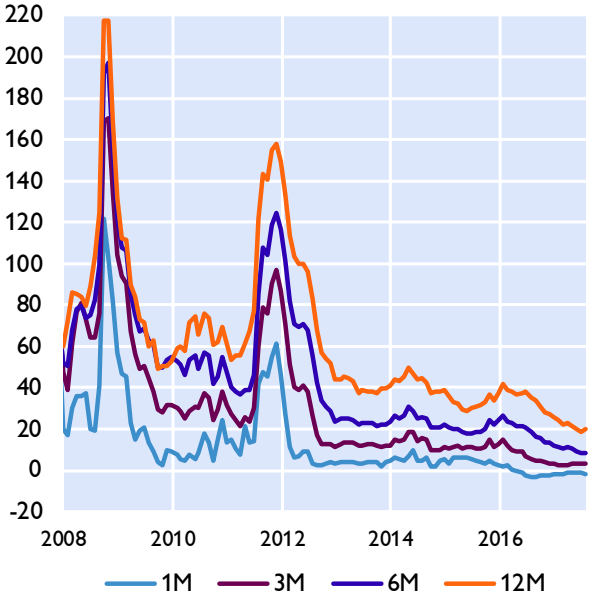
Euroraum: Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen

Euribor-Sätze



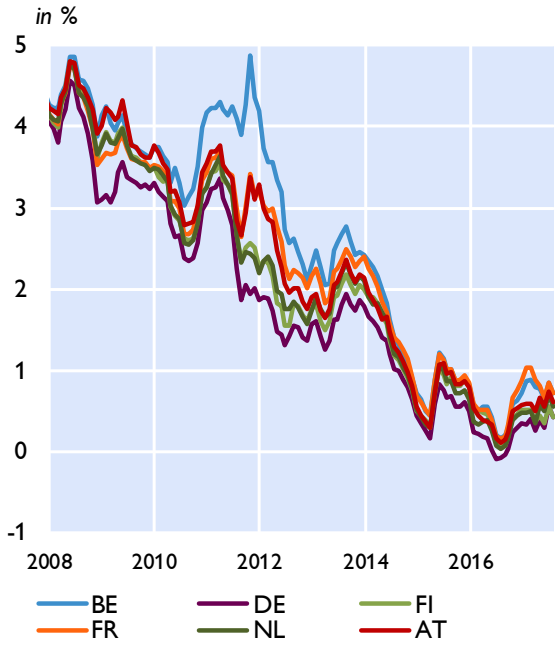
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus EURO Overnight Index Swap in Basispunkten

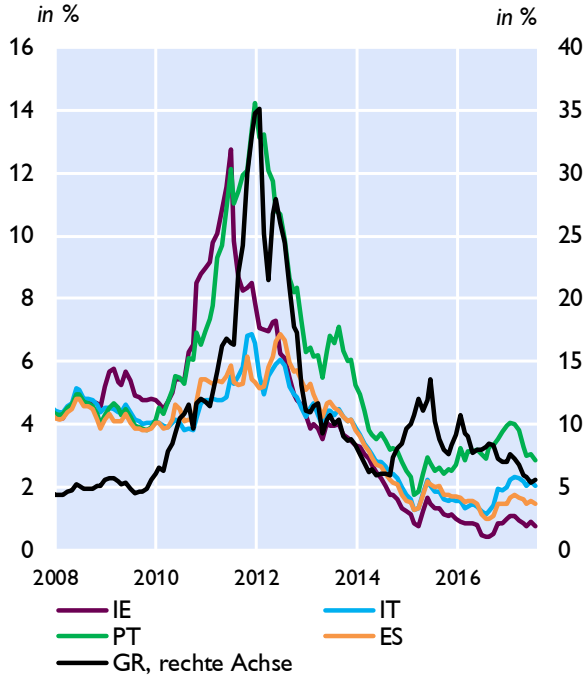


Renditen 10-jähriger Staatsanleihen

Niedrigzinsländer



Hochzinsländer

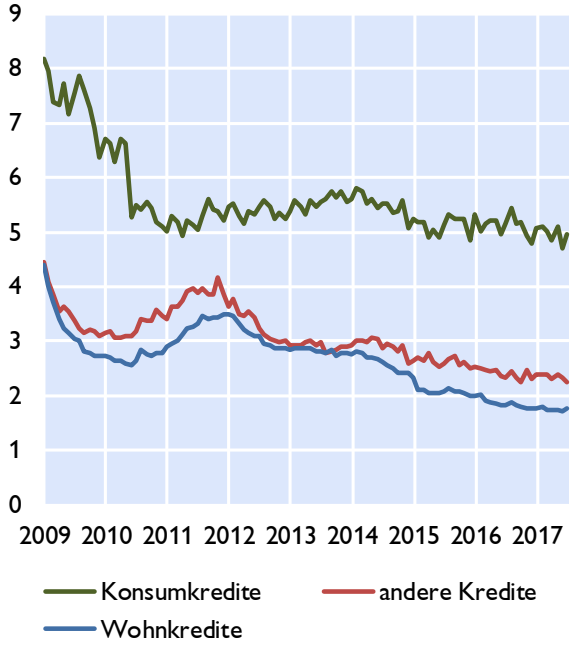


Quelle: Thomson Reuters.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

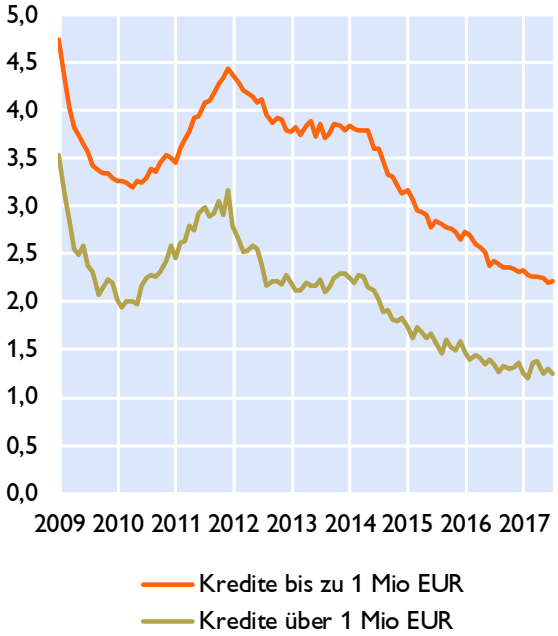
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



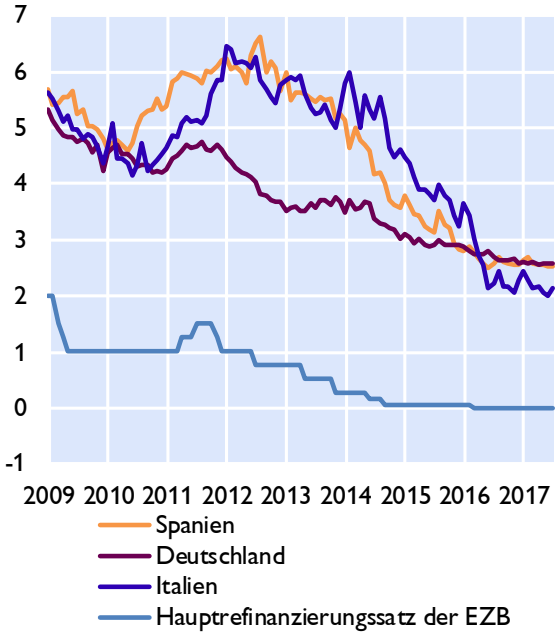
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



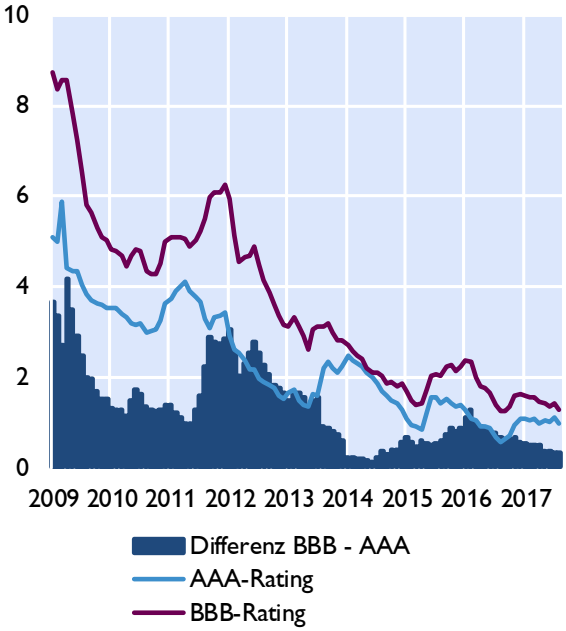
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Unternehmensanleihen

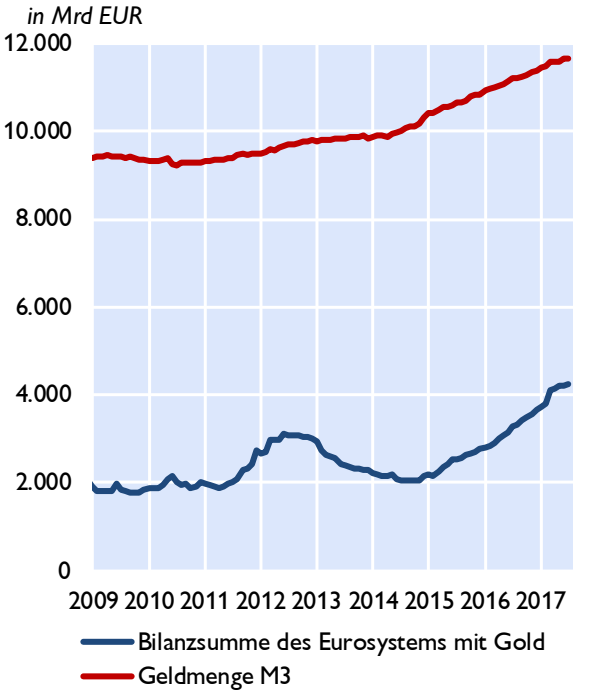
in %



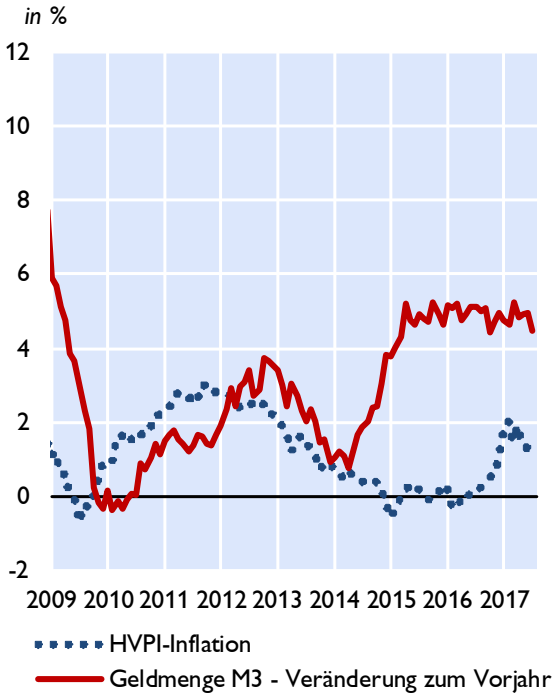
Quelle: Thomson Reuters, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

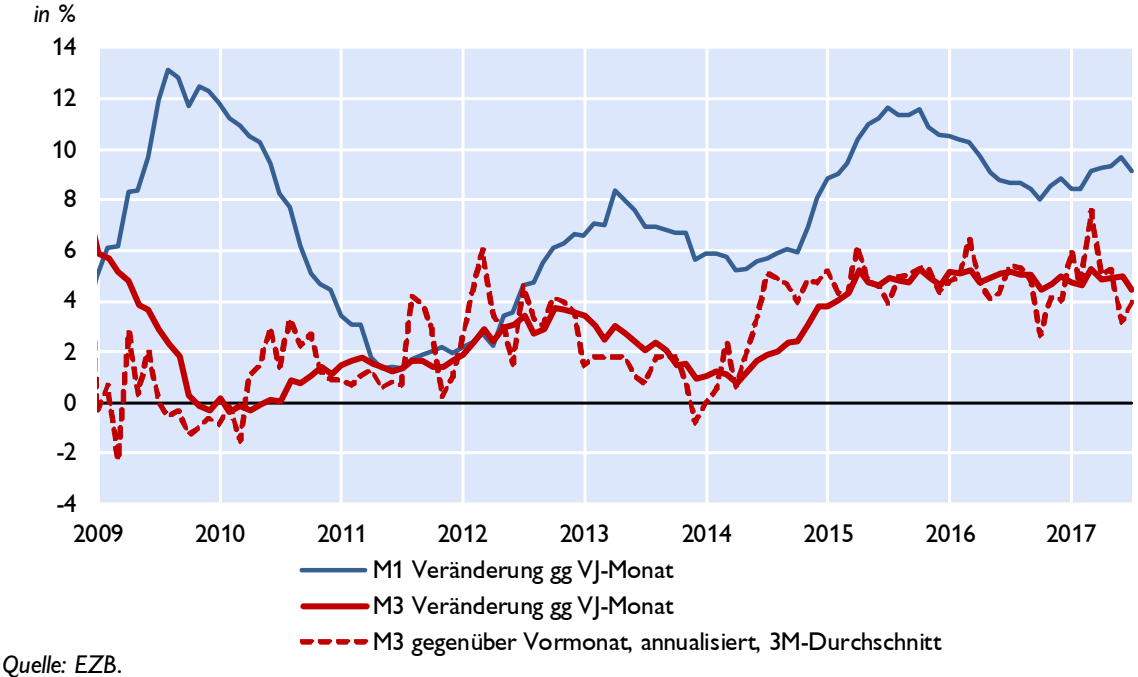
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3



Geldmenge M3 und Inflation



Geldmenge M1 und M3



Quelle: EZB.

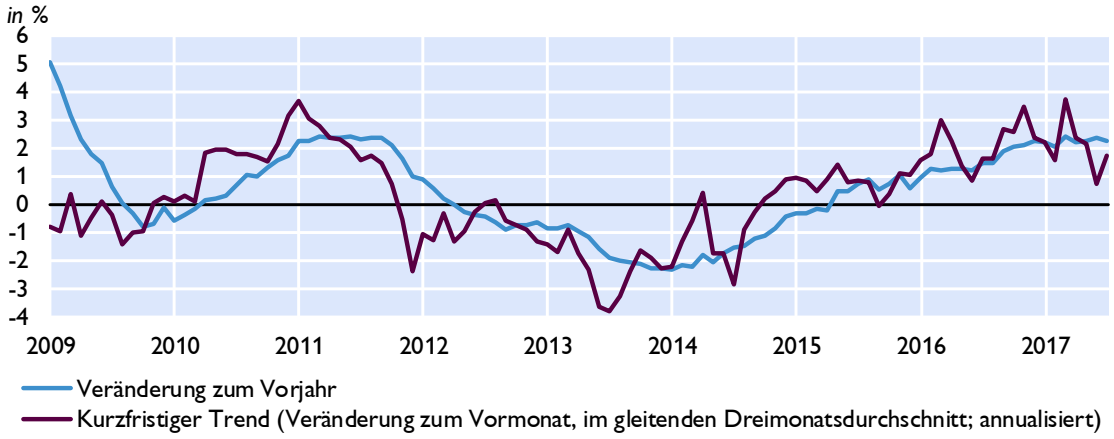
Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

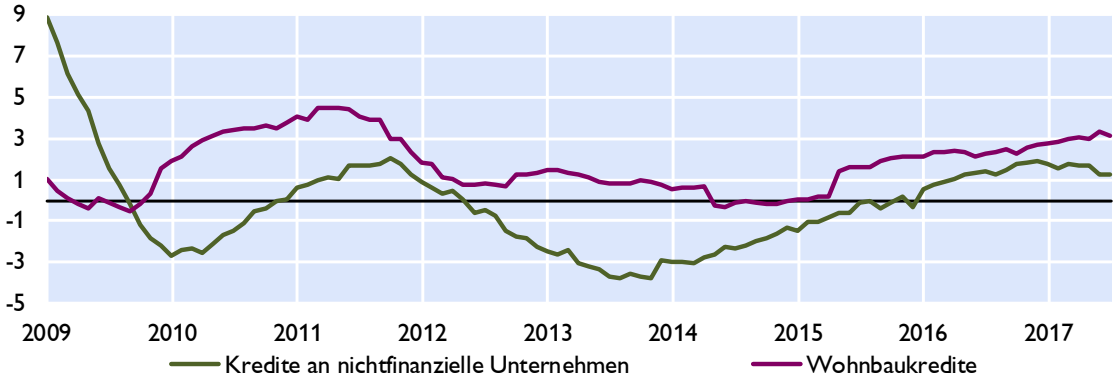
	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2015	2016	Feb.17	Mär.17	Apr.17	Mai.17	Jun.17	Jul.17
Aktiva	Kredite	2,4	4,9	4,5	5,0	4,7	4,6	4,4	4,1
	Kredite an öffentliche Haushalte	8,2	12,5	10,7	10,9	10,3	9,5	8,1	7,7
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	0,7	2,5	2,6	3,1	2,9	2,9	3,1	3,0
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor[1)]	0,6	2,2	2,0	2,4	2,2	2,2	2,4	2,2
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	-3,9	4,3	6,5	7,3	6,3	5,0	3,3	4,1
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	-3,1	13,4	14,1	16,3	14,2	12,2	9,3	7,6
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	-3,0	-1,5	-1,0	-1,1	-1,5	-1,3	-1,2	-1,2

Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1)]



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



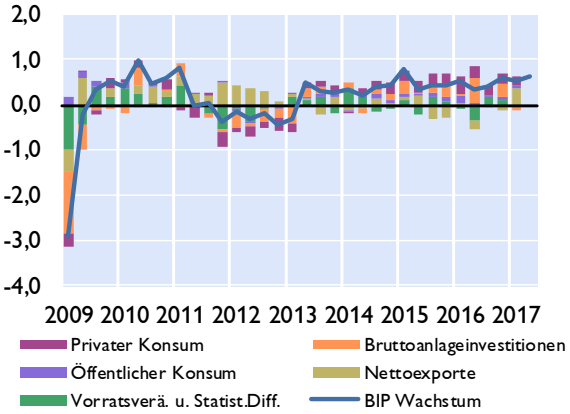
Quelle: EZB.

1) Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.

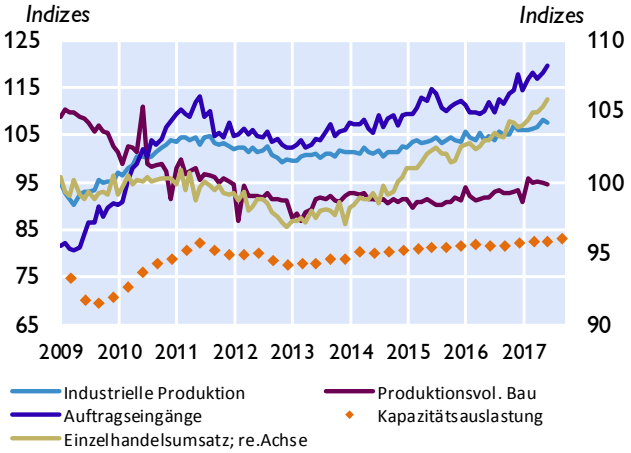
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

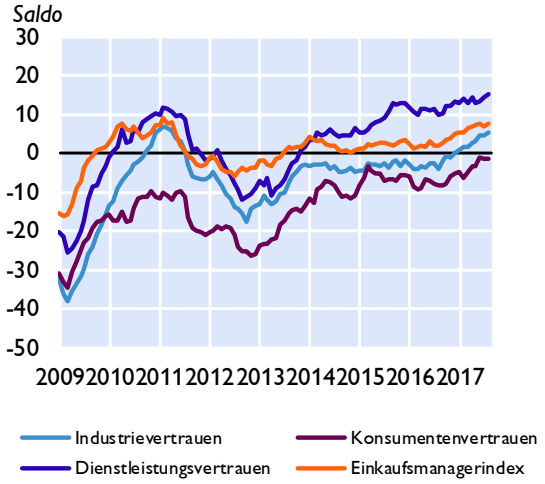
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



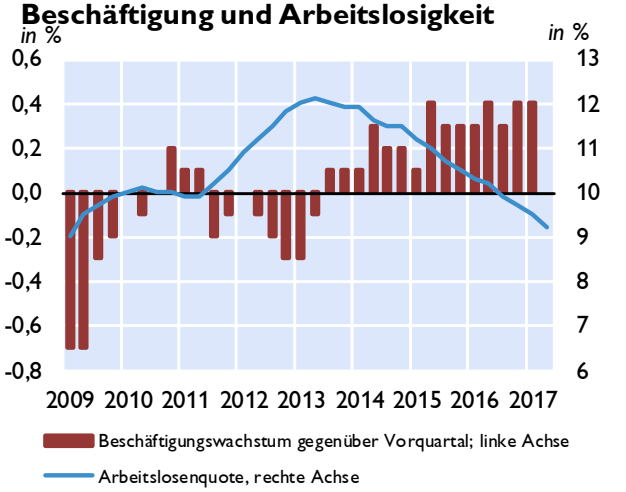
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2014	2015	2016	2Q16	3Q16	4Q16	1Q17	2Q17
Leistungsbilanz	250,09	336,42	372,93	100,86	102,94	100,49	69,78	68,32
Güter	240,96	350,11	375,93	108,45	91,97	94,15	71,82	85,01
Dienstleistungen	85,36	69,93	44,63	15,68	25,90	-6,50	11,59	14,05
Einkommen	65,80	50,17	90,27	-0,27	19,61	46,60	24,59	3,05
Laufende Transfers	-142,04	-133,80	-137,89	-22,99	-34,54	-33,76	-38,22	-33,79
Vermögensübertragungen	14,17	-13,25	-2,22	-0,85	1,09	-0,46	-15,58	1,09
Kapitalbilanz	252,98	299,56	358,19	86,40	131,01	83,74	53,07	118,03
Direktinvestitionen	61,18	237,13	180,59	-27,61	135,16	17,26	36,70	-16,38
Portfolioinvestitionen	32,87	122,11	475,62	170,16	112,73	92,87	76,51	73,71
Finanzderivate	45,72	90,35	22,63	-45,63	23,94	15,17	15,48	-4,39
Sonstige Investiitionen	108,85	-160,59	-336,10	-12,70	-148,54	-46,13	-73,09	66,76
Währungsreserven	4,36	10,57	15,46	2,18	7,72	4,58	-2,53	-1,67
Statistische Differenz	-11,28	-23,60	-12,52	-13,61	26,98	-16,29	-1,13	48,62
Leistungsbilanz in % des BIP[1)]	2,6	3,3	3,4	3,8	3,8	3,7	2,6	..

1) Quartale: Saisonbereinigte Daten.

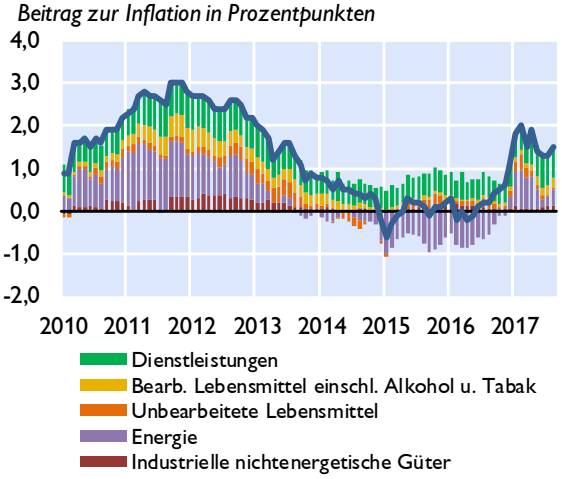
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2017	2015	2016	Mai.17	Jun.17	Jul.17	Aug.17
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*					
Gesamt-HVPI	100,0	0,0	0,2	1,4	1,3	1,3	1,5*)
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,5	0,7	0,7	1,4	1,2	1,1	..
Alkoholische Getränke und Tabak	4,1	2,1	1,7	2,1	2,0	2,2	..
Bekleidung und Schuhe	6,1	0,1	0,4	0,3	0,7	0,5	..
Wohnung, Wasser, Energie	15,8	-0,7	-0,9	2,0	1,6	1,6	..
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,2	0,3	0,3	-0,1	-0,1	0,1	..
Gesundheitspflege	4,8	0,8	0,8	1,0	1,1	1,0	..
Verkehr	15,0	-2,4	-1,3	2,8	1,6	1,9	..
Nachrichtenübermittlung	3,2	-0,8	0,0	-1,4	-1,6	-1,8	..
Freizeit und Kultur	9,2	0,3	0,7	0,5	1,4	1,5	..
Bildungswesen	1,1	0,9	1,4	0,6	0,6	0,6	..
Hotels, Cafes und Restaurants	9,6	1,7	1,6	2,3	2,4	2,6	..
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	9,4	0,9	1,0	0,8	0,9	0,8	..

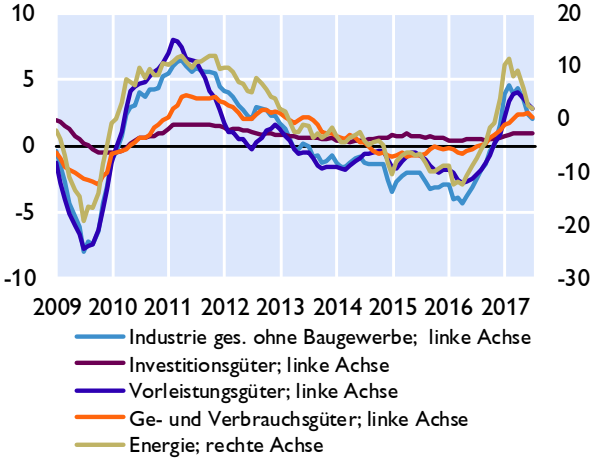
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



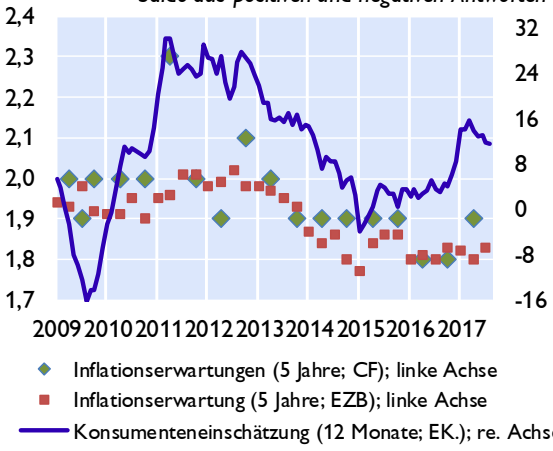
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



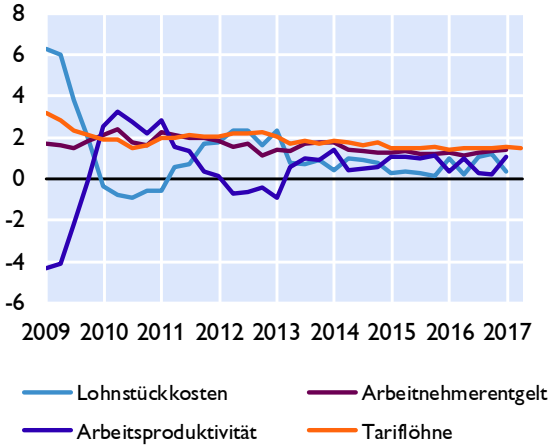
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %

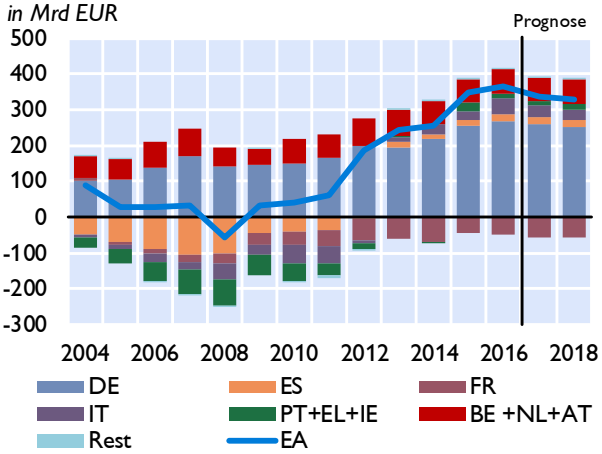


Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts. **) Schnellschätzung.*

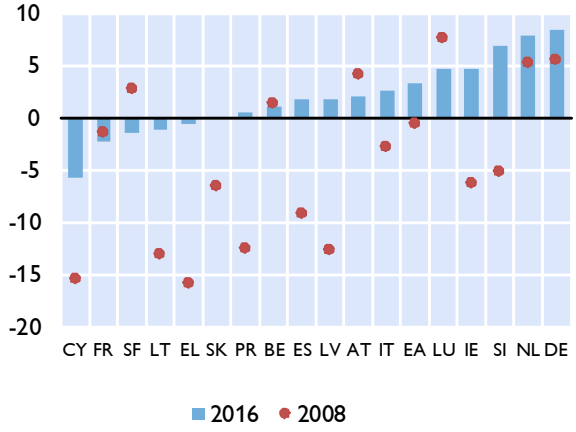
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden [1)]

in Mrd EUR

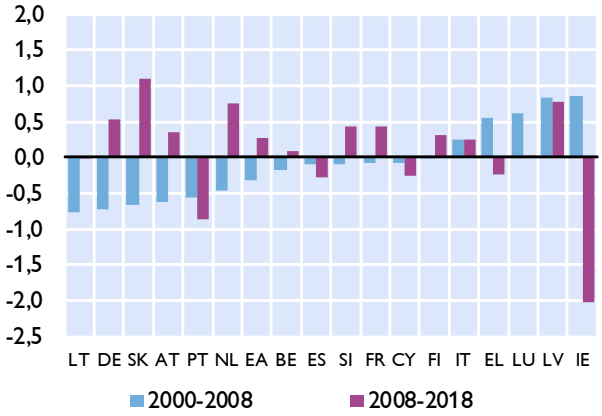


in % des BIP



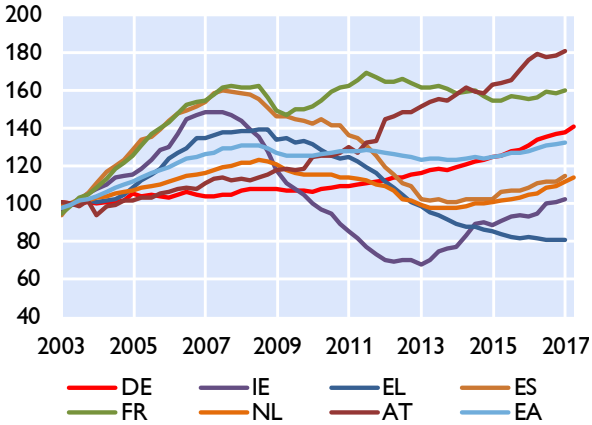
Lohnstückkosten [1)]

Durchschnitt der Jahreswachstumsraten in %



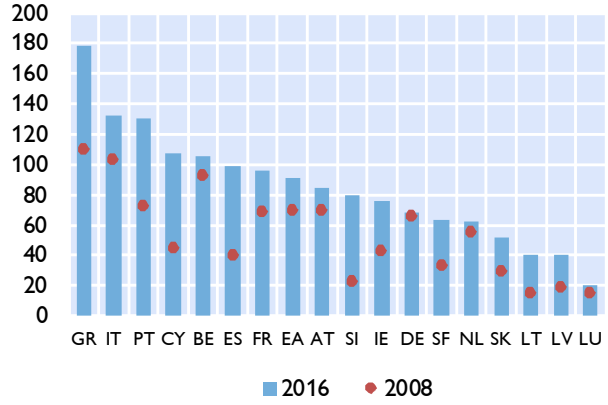
Immobilienpreisindizes

2003 = 100



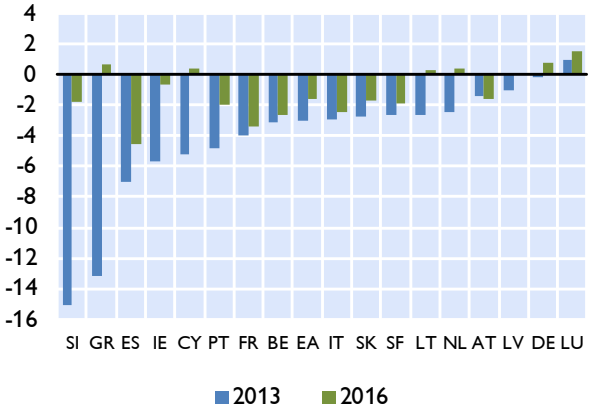
Verschuldung des Gesamtstaates

in % des BIP



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates

in % des BIP



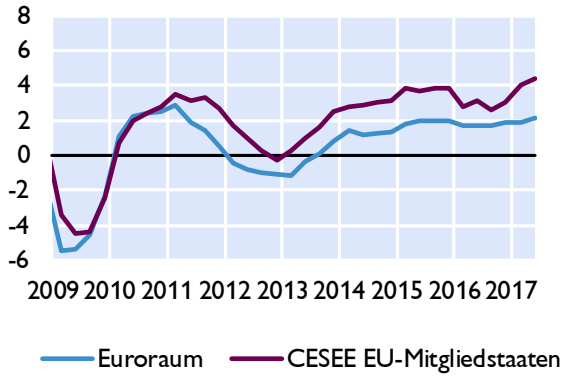
Quelle: EZB, Europäische Kommission.

1) Prognose: EK-Prognose Mai 2017.

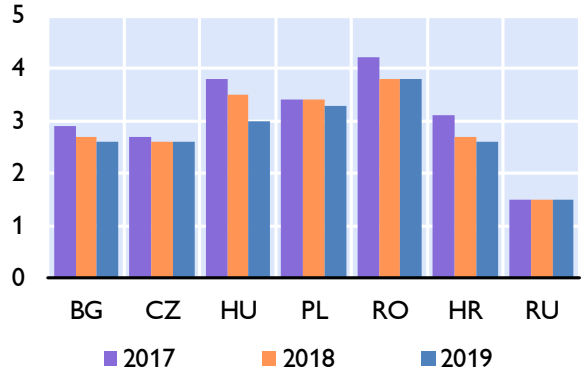
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

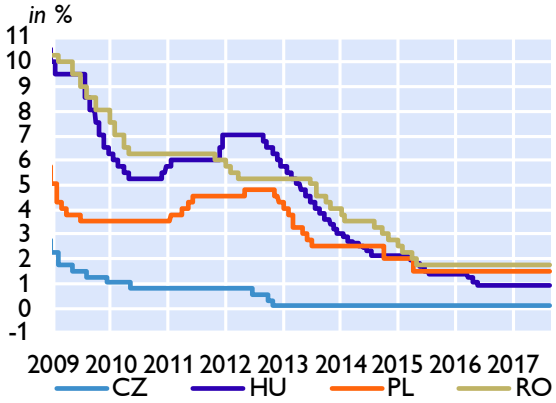
Reales BIP-Wachstum
in % gegenüber der Vorjahresperiode



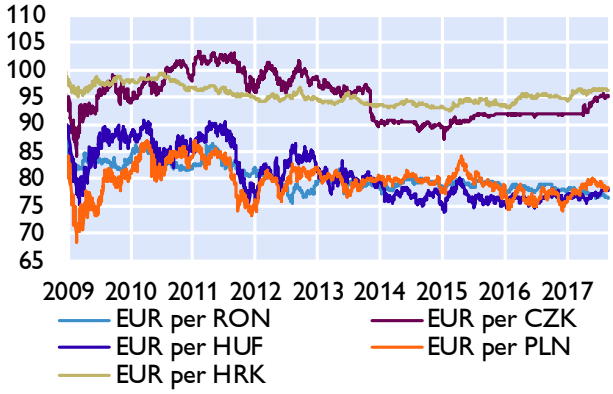
OeNB-BOFIT[1] Prognose April 2017
reales BIP-Wachstum in %



Leitzinsen
in %



Wechselkursentwicklung
Sept. 2008=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT April 2017		EU-Kommission Mai 2017		IWF April 2017		wiiw Juni 2017	
	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018
Bulgarien	2,9	2,7	2,9	2,8	2,9	2,7	3,5	3,5
Estland	x	x	2,3	2,8	2,5	2,8	2,3	2,5
Kroatien	3,1	2,7	2,9	2,6	2,9	2,6	2,7	2,9
Lettland	x	x	3,2	3,5	3,0	3,3	2,9	3,0
Litauen	x	x	2,9	3,1	2,8	3,1	3,0	3,2
Polen	3,4	3,4	3,5	3,2	3,4	3,2	3,3	3,2
Rumänien	4,2	3,8	4,3	3,7	4,2	3,4	4,8	4,3
Russland	1,5	1,5	1,2	1,4	1,4	1,4	1,3	1,6
Slowakei	x	x	3,0	3,6	3,3	3,7	3,3	3,6
Slowenien	x	x	3,3	3,1	2,5	2,0	3,5	3,2
Tschechische Republik	2,7	2,6	2,6	2,7	2,8	2,2	2,7	2,7
Ungarn	3,8	3,5	3,6	3,5	2,9	3,0	4,0	3,9

1) Bank of Finland Institute for Economies in Transition.

Quelle: Eurostat, OeNB, Thomson Reuters, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

		Prognose[1)]						
	2016	2017	2018	2016Q2	2016Q3	2016Q4	2017Q1	2017Q2
Belgien	1,2	1,5	1,7	1,2	1,2	1,1	1,6	1,5
Deutschland	1,9	1,6	1,9	1,9	1,9	1,9	1,9	2,1
Estland	1,6	2,3	2,8	1,0	2,4	3,2	4,3	5,2
Irland	5,2	4,0	3,6	5,5	3,2	8,9	6,6	..
Griechenland	0,0	2,1	2,5	-0,5	2,0	-1,0	0,4	0,8
Spanien	3,2	2,8	2,4	3,4	3,2	3,0	3,0	3,1
Frankreich	1,2	1,4	1,7	1,2	0,9	1,2	1,1	1,7
Italien	0,9	0,9	1,1	0,8	0,9	1,2	1,2	1,5
Zypern	2,8	2,5	2,3	2,8	2,9	2,9	3,3	..
Lettland	2,0	3,2	3,5	0,9	0,6	2,3	4,1	4,8
Litauen	2,3	2,9	3,1	2,0	1,8	3,1	4,0	4,0
Luxemburg	4,2	4,3	4,4	4,4	5,2	3,9	3,3	..
Malta	5,0	4,6	4,4	4,5	4,8	4,9	4,0	..
Niederlande	2,2	2,1	1,8	1,9	2,4	2,7	2,6	3,8
Österreich	1,5	1,7	1,7	1,3	1,7	2,0	2,1	2,9
Portugal	1,4	1,8	1,6	0,9	1,7	2,0	2,8	2,9
Slowenien	2,5	3,3	3,1	2,5	3,8	4,6	5,0	5,2
Slowakische Republik	3,3	3,0	3,6	3,5	3,1	2,9	3,1	3,1
Finnland	1,4	1,3	1,7	1,1	2,3	2,4	2,8	3,0
Euroraum	1,8	1,7	1,8	1,7	1,7	1,9	1,9	2,2
Bulgarien	3,4	2,9	2,8	3,6	3,4	3,4	3,5	..
Tschechische Republik	2,4	2,6	2,7	2,8	1,8	1,8	3,0	4,7
Dänemark	1,3	1,7	1,8	0,9	2,0	2,9	2,6	2,7
Kroatien	3,0	2,9	2,6	2,0	2,9	3,4	3,4	..
Ungarn	2,0	3,6	3,5	2,2	2,1	1,9	3,8	..
Polen	2,7	3,5	3,2	3,0	2,2	3,0	4,2	4,4
Rumänien	4,8	4,3	3,7	5,7	4,4	5,0	5,7	5,7
Schweden	3,2	2,6	2,2	3,2	2,6	2,1	2,4	3,9
Vereinigtes Königreich	1,8	1,8	1,3	1,7	2,0	1,9	2,0	1,7
EU	1,9	1,9	1,9	1,8	1,8	2,0	2,1	2,3
Türkei	2,9	3,0	3,3	5,3	-1,3	3,5	5,0	..
USA	1,5	2,2	2,3	2,2	2,8	1,8	1,2	3,0
Japan	1,0	1,2	0,6	0,9	1,0	1,7	1,4	2,1
Schweiz	0,0	1,5	1,7	1,6	1,3	1,0	0,9	..
Russland	-0,2	1,2	1,4	-0,5	-0,4	0,3	..	..
Brasilien	-3,6	0,5	1,8	-3,6	-2,9	-2,5	-0,4	0,3
China	6,7	6,6	6,3	6,7	6,7	6,8	6,9	6,9
Indien	7,9	7,2	7,5	7,9	7,5	7,0	6,1	5,7

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, IWF, EK, Thomson Reuters.
1) EK-Prognose Mai 2017.

Entwicklung der Verbraucherpreise[1)]

	2016	Prognose [2)] 2017	2018	Apr.17	Mai.17	Jun.17	Jul.17	Aug.17
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	1,8	2,3	1,5	2,7	1,9	1,5	1,8	..
Deutschland	0,4	1,7	1,4	2,0	1,4	1,5	1,5	1,8
Estland	0,8	3,3	2,9	3,6	3,5	3,1	3,9	..
Irland	-0,2	0,6	1,2	0,7	0,0	-0,6	-0,2	..
Griechenland	0,0	1,2	1,1	1,6	1,5	0,9	0,9	..
Spanien	-0,3	2,0	1,4	2,6	2,0	1,6	1,7	2,0
Frankreich	0,3	1,4	1,3	1,4	0,9	0,8	0,8	1,0
Italien	-0,1	1,5	1,3	2,0	1,6	1,2	1,2	1,4
Zypern	-1,2	1,2	1,1	2,1	0,9	0,9	-0,1	0,5
Lettland	0,1	2,2	2,0	3,3	2,7	3,1	2,6	3,1
Litauen	0,7	2,8	2,0	3,5	3,2	3,5	4,1	4,5
Luxemburg	0,0	2,4	1,8	2,6	1,9	1,5	1,8	..
Malta	0,9	1,6	1,8	1,1	1,1	1,0	1,2	1,3
Niederlande	0,1	1,6	1,3	1,4	0,7	1,0	1,5	..
Österreich	1,0	1,8	1,6	2,3	2,1	2,0	2,0	..
Portugal	0,6	1,4	1,5	2,4	1,7	1,0	1,0	..
Slowenien	-0,2	1,5	1,8	1,7	1,5	0,9	1,2	1,4
Slowakische Republik	-0,5	1,4	1,6	0,8	1,1	1,0	1,5	1,6
Finnland	0,4	1,0	1,2	1,0	0,9	0,9	0,6	..
Euroraum	0,2	1,6	1,3	1,9	1,4	1,3	1,3	1,5*)
Bulgarien	-1,3	1,3	1,5	1,7	1,4	1,1	0,6	..
Tschechische Republik	0,6	2,5	2,0	2,1	2,5	2,4	2,4	..
Dänemark	0,0	1,4	1,7	1,0	0,7	0,4	1,5	..
Kroatien	-0,6	1,6	1,5	1,4	1,0	1,1	1,2	..
Ungarn	0,4	2,9	3,2	2,3	2,1	2,0	2,2	..
Polen	-0,2	1,8	2,1	1,8	1,5	1,3	1,4	..
Rumänien	-1,1	1,1	3,0	0,6	0,5	0,7	0,9	..
Schweden	1,1	1,4	1,4	2,0	1,8	1,8	2,3	..
Vereinigtes Königreich	0,7	2,6	2,6	2,7	2,9	2,6	2,6	..
EU	0,3	1,8	1,7	2,0	1,6	1,5	1,5	..
Türkei	7,7	11,1	8,6	11,8	11,8	11,2	10,0	..
USA	1,3	2,2	2,3	2,2	1,9	1,6	1,7	..
Japan	-0,1	0,4	1,0	0,4	0,4	0,3	0,5	..
Schweiz	-0,5	0,3	0,2	0,7	0,4	0,4	0,6	..
Russland	7,1	4,4	4,0	4,0	4,0	..	..	..
Brasilien	8,7	4,4	4,3	4,1	3,6	3,0	..	..
China[3)]	2,0	1,0	1,5	1,2	1,5	1,6	..	..
Indien	5,0	4,8	5,1	3,0	2,2	..	..	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter.

1) EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.

2) Prognose: EK Prognose Mai 2017; Brasilien u. Indien: IWF WEO Prognose April 2017.

3) China: GDP-Deflator. **) Schnellschätzung*

Arbeitslosenquoten[1)]

	2016	Prognose [2)] 2017	2018	Mär.17	Apr.17	Mai.17	Jun.17	Jul.17
Belgien	7,8	7,6	7,4	7,6	7,6	..	..	..
Deutschland	4,1	4,0	3,9	3,9	3,9	3,8	3,8	3,7
Estland	6,8	7,7	8,6	5,5	6,2	6,8	6,6	..
Irland	7,9	6,4	5,9	6,6	6,4	6,4	6,3	6,4
Griechenland	23,6	22,8	21,6	22,0	21,8	21,7	..	..
Spanien	19,6	17,6	15,9	18,0	17,6	17,3	17,1	17,1
Frankreich	10,1	9,9	9,6	9,6	9,5	9,6	9,6	9,8
Italien	11,7	11,5	11,3	11,5	11,2	11,4	11,2	11,3
Zypern	13,1	11,7	10,6	12,1	11,3	11,0	10,8	10,8
Lettland	9,6	9,2	8,7	8,7	8,8	8,9	8,9	8,5
Litauen	7,9	7,6	7,2	8,1	7,4	7,0	7,0	7,6
Luxemburg	6,3	6,1	6,0	6,0	6,0	5,9	5,9	6,0
Malta	4,7	4,9	4,9	4,2	4,1	4,1	4,0	4,1
Niederlande	6,0	4,9	4,4	5,1	5,1	5,1	4,9	4,8
Österreich	6,0	5,9	5,9	5,7	5,6	5,4	5,3	5,4
Portugal	11,2	9,9	9,2	9,7	9,5	9,2	9,1	9,1
Slowenien	8,0	7,2	6,3	7,1	7,1	7,1	7,1	7,0
Slowakische Republik	9,7	8,6	7,6	8,3	8,2	8,0	7,6	7,3
Finnland	8,8	8,6	8,2	8,8	8,8	8,8	8,7	8,8
Euroraum	10,0	9,4	8,9	9,4	9,2	9,2	9,1	9,1
Bulgarien	7,6	7,0	6,4	6,3	6,1	6,0	6,0	5,9
Tschechische Republik	4,0	3,5	3,5	3,3	3,3	2,9	2,9	2,9
Dänemark	6,2	5,8	5,7	5,9	5,7	5,7	5,7	..
Kroatien	13,3	11,6	9,7	11,4	11,1	10,8	10,7	10,6
Ungarn	5,1	4,1	3,9	4,4	4,3	4,3	4,3	..
Polen	6,2	5,2	4,4	5,1	5,1	5,1	5,0	4,8
Rumänien	5,9	5,4	5,3	5,3	4,8	5,2	5,0	5,2
Schweden	6,9	6,6	6,6	6,4	6,7	6,8	6,5	7,1
Vereinigtes Königreich	4,8	5,0	5,4	4,5	4,4	4,4	..	..
EU	8,5	8,0	7,7	7,9	7,8	7,7	7,7	7,7
Türkei	10,9	13,6	14,1	11,5	11,3	11,2	..	..
USA	4,9	4,6	4,5	4,5	4,4	4,3	4,4	4,3
Japan	3,1	3,1	3,0	2,8	2,8	3,1	2,8	2,8
Schweiz	3,3	4,5	4,3	3,3	3,2	3,2	3,2	3,2
Russland	5,5	5,7	5,6	5,4	5,3	5,2	5,1	5,1
Brasilien	11,3	12,1	11,6	13,7	13,6	13,3	13,0	12,8
China	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0	..
Indien	8,2	x	x	4,2	3,8	4,0	3,8	3,3

Quelle: Eurostat, Thomson Reuters, EK, IWF.

1) EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.

2) EK-Prognose Mai 2017; BR, CN: IWF-Prognose April 2017.

Leistungsbilanzsalden

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	Prognose[1)] 2017	Prognose[1)] 2018
	in % des BIP							
Belgien	0,2	1,5	1,1	-0,1	0,2	1,2	1,5	1,7
Deutschland	6,2	7,1	6,9	7,5	8,5	8,5	8,0	7,6
Estland	1,5	-1,9	-0,2	1,0	2,1	2,0	1,1	1,2
Irland	-1,6	-2,6	2,1	1,7	10,2	4,7	4,8	5,0
Griechenland	-10,3	-4,2	-2,2	-2,6	0,0	-0,5	-0,5	-0,3
Spanien	-3,3	-0,5	1,5	1,0	1,3	1,9	1,6	1,6
Frankreich	-2,2	-2,9	-2,9	-3,2	-2,0	-2,3	-2,4	-2,5
Italien	-3,0	-0,4	1,0	1,9	1,4	2,6	1,9	1,7
Zypern	-4,1	-5,9	-4,9	-4,4	-3,0	-5,7	-5,9	-6,4
Lettland	-3,1	-3,5	-2,1	-2,0	-0,8	1,9	-0,9	-2,6
Litauen	-3,8	-1,0	1,4	3,8	-2,2	-1,1	-2,0	-1,9
Luxemburg	6,1	5,9	5,6	5,0	5,1	4,7	4,5	5,0
Malta	-0,2	1,7	2,8	9,7	5,3	7,9	6,5	9,0
Niederlande	8,9	10,2	10,2	8,5	8,5	7,9	7,4	7,1
Österreich	1,9	1,7	1,6	2,6	2,5	2,1	2,0	2,2
Portugal	-5,5	-2,0	0,7	-0,3	-0,8	0,5	0,5	0,5
Slowenien	-0,1	2,1	3,6	6,2	5,4	7,0	6,2	5,8
Slowakische Republik	-5,5	0,4	1,5	0,6	0,1	0,2	0,1	0,4
Finnland	-1,5	-1,9	-1,9	-1,3	-0,7	-1,3	-1,8	-1,6
Euroraum	0,6	1,9	2,4	2,6	3,3	3,4	3,0	2,9
Bulgarien	0,4	-0,9	1,2	0,0	0,4	4,2	2,4	1,8
Tschechische Republik	-4,6	-2,2	-1,1	-1,2	-1,2	0,3	0,0	-0,2
Dänemark	6,6	6,3	7,8	8,9	9,2	8,1	7,8	7,7
Kroatien	-0,6	0,5	1,6	1,1	5,0	2,6	2,9	1,3
Ungarn	0,9	1,8	3,8	2,0	3,1	5,0	3,5	2,8
Polen	-4,8	-3,3	-0,5	-1,4	0,1	0,4	-0,7	-1,2
Rumänien	-4,4	-4,2	-0,6	-0,2	-0,6	-2,4	-2,8	-2,9
Schweden	5,3	5,7	5,1	4,8	4,7	4,9	5,2	5,4
Vereinigtes Königreich	-1,8	-3,7	-4,4	-4,7	-4,3	-4,4	-3,9	-3,2
EU	0,3	1,0	1,4	1,4	1,9	2,1	1,9	1,9
Türkei	-8,8	-5,5	-6,6	-4,6	-3,6	-4,1	-4,4	-4,3
USA	-3,0	-2,8	-2,2	-2,3	-2,6	-2,5	-2,9	-3,3
Japan	2,1	1,0	0,9	0,8	3,2	3,9	4,1	4,2
Schweiz	8,2	11,0	12,4	9,8	11,7	12,7	12,6	12,9
Russland	0,0	0,0	1,4	2,8	4,9	1,9	3,6	3,7
Brasilien	-2,9	-3,0	-3,0	-4,2	-3,3	-1,3	-1,3	-1,7
China	0,0	0,0	1,5	2,6	3,0	2,8	1,9	1,6
Indien	-4,3	-4,8	-1,7	-1,3	-1,1	-0,9	-1,5	-1,5

Quelle: Europäische Kommission, IWF.
1) EK-Prognose Mai 2017; BR, IN: IWF-Prognose April 2017.

Fiskaldaten

	Budgetsalden				Staatsschulden			
			Prognose[1)]				Prognose[1)]	
	2015	2016	2017	2018	2015	2016	2017	2018
	in % des BIP							
Belgien	-2,5	-2,6	-1,9	-2,0	106,0	105,9	105,6	105,1
Deutschland	0,7	0,8	0,5	0,3	71,2	68,3	65,8	63,3
Estland	0,1	0,3	-0,3	-0,5	10,1	9,5	9,5	9,6
Irland	-2,0	-0,6	-0,5	-0,3	78,7	75,5	73,5	72,7
Griechenland	-5,9	0,7	-1,2	0,6	177,4	179,0	178,8	174,6
Spanien	-5,1	-4,5	-3,2	-2,6	99,8	99,4	99,2	98,5
Frankreich	-3,6	-3,4	-3,0	-3,2	95,6	96,0	96,4	96,8
Italien	-2,7	-2,4	-2,2	-2,3	132,1	132,6	133,1	132,5
Zypern	-1,2	0,4	0,2	0,7	107,5	107,8	103,4	99,9
Lettland	-1,3	0,0	-0,8	-1,8	36,5	40,1	38,5	36,0
Litauen	-0,2	0,3	-0,4	-0,1	42,7	40,2	42,4	38,9
Luxemburg	1,4	1,6	0,2	0,3	21,6	20,0	22,0	22,3
Malta	-1,3	1,0	0,5	0,8	60,6	58,3	55,8	52,5
Niederlande	-2,1	0,4	0,5	0,8	65,2	62,3	59,8	57,2
Österreich	-1,1	-1,6	-1,3	-1,0	85,5	84,6	82,8	81,2
Portugal	-4,4	-2,0	-1,8	-1,9	129,0	130,4	128,5	126,2
Slowenien	-2,9	-1,8	-1,4	-1,2	83,2	79,7	77,8	75,5
Slowakische Republik	-2,7	-1,7	-1,3	-0,6	52,5	51,9	51,5	49,8
Finnland	-2,7	-1,9	-2,2	-1,8	63,7	63,6	65,5	66,2
Euroraum	-2,1	-1,5	-1,4	-1,3	92,5	91,3	90,3	89,0
Bulgarien	-1,7	0,0	-0,5	-0,3	26,0	29,5	26,8	26,0
Tschechische Republik	-0,6	0,6	0,3	0,1	40,3	37,2	36,2	35,6
Dänemark	-1,3	-0,9	-1,3	-0,9	39,6	37,8	36,7	36,0
Kroatien	-3,4	-0,8	-1,1	-0,9	86,7	84,2	81,9	79,4
Ungarn	-1,6	-1,9	-2,3	-2,4	74,7	74,1	72,6	71,2
Polen	-2,6	-2,4	-2,9	-2,9	51,1	54,4	54,7	55,4
Rumänien	-0,8	-3,0	-3,5	-3,7	38,0	37,6	39,3	40,9
Schweden	0,3	0,9	0,4	0,7	43,9	41,6	39,1	37,0
Vereinigtes Königreich	-4,4	-3,0	-3,0	-2,3	89,0	89,3	88,6	87,9
EU	-2,4	-1,7	-1,6	-1,5	86,5	85,1	84,8	83,6
Türkei	1,3	-0,9	-1,6	-1,4	27,5	28,3	26,5	24,9
USA	-4,2	-4,8	-4,7	-5,2	105,2	107,4	107,8	108,7
Japan	-3,5	-3,7	-4,2	-3,6	238,0	238,6	239,4	240,5
Schweiz	1,1	0,2	0,4	0,5	35,3	34,8	33,8	32,7
Russland	-2,7	-3,7	-3,0	-2,4	16,3	16,7	16,2	16,5
Brasilien	-10,3	-9,0	-9,1	-7,5	72,5	78,3	81,2	82,7
China	-2,8	-3,7	-3,7	-3,4	42,6	46,2	49,3	52,0
Indien	-7,1	-6,6	-6,4	-6,3	69,6	69,5	67,8	66,1

Quelle: Europäische Kommission, IWF.
1) EK-Prognose Mai 2017; BR, CN, IN: IWF-Prognose April 2017.

Prognose wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

	OeNB			WIFO		IHS		OECD		IWF		EU-Kommission	
	Juni 2017			Juni 2017		Juni 2017		Juni 2017		April 2017		Mai 2017	
	2017	2018	2019	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018	2017	2018
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real[1)]	2,2	1,7	1,6	2,4	2,0	2,2	1,7	2,2	1,7	1,4	1,3	1,7	1,7
Privater Konsum, real	1,6	1,2	1,2	1,4	1,5	1,4	1,0	2,0	1,3	x	x	1,3	1,2
Öffentlicher Konsum, real	0,9	1,8	0,8	1,1	1,0	0,8	1,0	1,5	1,6	x	x	1,0	0,9
Bruttoanlageinvestitionen, real	3,3	2,0	1,7	3,2	2,4	3,4	2,2	2,2	3,0	x	x	2,5	2,1
Exporte, real	4,2	4,0	3,9	4,2	3,6	4,0	3,5	5,6	4,6	2,2	2,3	3,2	3,1
Importe, real	3,7	3,8	3,4	3,4	3,1	3,5	3,0	6,2	5,0	2,1	2,2	3,0	2,7
BIP je Erwerbstätigen[2)]	0,8	0,3	0,5	1,1	1,1	0,4	0,3	0,5	0,1	x	x	0,7	0,8
BIP Deflator	1,6	1,9	1,8	1,5	1,7	1,7	1,8	2,0	2,0	1,9	2,2	1,4	1,5
VPI	x	x	x	1,8	1,7	2,0	2,0	x	x	x	x	x	x
HVPI	2,0	1,8	1,8	2,0	1,7	2,2	2,1	2,1	1,8	2,1	1,8	1,8	1,6
Lohnstückkosten	0,4	1,8	1,4	0,9	1,5	0,8	1,8	1,4	2,5	x	x	1,1	1,1
Beschäftigte	1,3	1,3	1,1	1,8	1,4	1,8	1,4	1,7	1,5	0,7	0,6	1,0	0,9
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition												
Arbeitslosenquote	5,7	5,5	5,4	5,7	5,6	5,7	5,6	5,7	5,5	5,9	5,9	5,9	5,9
	in % des nominellen BIP												
Leistungsbilanz	2,1	2,4	2,8	2,2	2,3	x	x	1,9	1,9	2,4	2,2	2,0	2,2
Finanzierungssaldo des Staates	-0,9	-0,9	-0,5	-0,7	-0,5	-0,8	-0,7	-1,0	-0,7	-1,0	-0,7	-1,3	-1,0
	Prognoseannahmen												
Erdölpreis in USD/Barrel	51,6	51,4	51,5	51,0	51,0	52,0	53,0	51,3	50,0	55,2	55,1	55,5	55,9
Kurzfristiger Zinssatz in %	-0,3	-0,2	0,0	-0,3	-0,1	-0,3	-0,2	-0,3	-0,3	-0,3	-0,2	-0,3	-0,2
USD/EUR	1,08	1,09	1,09	1,10	1,10	1,10	1,10	1,09	1,09	1,06	1,06	1,06	1,06
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real Euroraum	1,9	1,8	1,7	2,1	1,8	1,9	1,8	1,8	1,8	1,7	1,6	1,7	1,8
BIP, real USA	2,2	2,5	2,3	2,2	2,0	2,2	2,4	2,1	2,4	2,3	2,5	2,2	2,3
BIP, real Welt	3,3	3,6	3,5	x	x	3,5	3,6	3,5	3,6	3,5	3,6	3,4	3,6
Welthandel	3,4	2,3	2,7	x	x	4,3	4,0	4,6	3,8	3,8	3,9	3,4	3,8

1) Die OeNB erwartet jetzt gemäß Konjunturindikator vom August 2017 ein Wachstum von 2¾ % für das Jahr 2017. - 2) WIFO - Stundenproduktivität.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

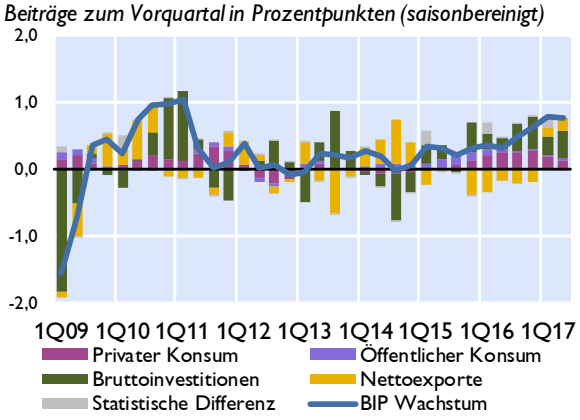
	2015	2016	2016 Q3	2016 Q4	2017 Q1	2017 Q2	2017 Q3	2017 Mai	2017 Juni	2017 Juli	2017 Aug.
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	0,8	1,0	0,8	1,5	2,2	2,2	..	2,1	2,0	2,0	..
Kerninflation (o.Energie u.unbearb.Lebensmittel)	1,7	1,5	1,3	1,6	1,7	2,2	..	2,2	2,3	2,2	..
Nationaler VPI	0,9	0,9	0,7	1,3	2,0	2,0	..	1,9	1,9	2,0	..
Deflator des privaten Konsums (ESVG 2010)	1,4	1,3	1,3	1,6	2,1	..	..	x	x	x	x
BIP Deflator (ESVG 2010)	1,9	1,3	1,1	1,4	1,8	..	..	x	x	x	x
Erzeugerpreisindex	-1,5	-1,8	-1,8	0,0	2,5	2,1	..	2,0	1,4	1,3	..
Großhandelspreisindex	-3,5	-2,3	-2,3	1,3	6,4	3,6	..	3,4	1,9	3,2	..
Tariflohnindex	2,2	1,6	1,4	1,4	1,4	1,5	..	1,5	1,5	1,5	..
BIP je Erwerbstätigen	2,1	1,6	1,1	1,4	2,7	..	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	1,4	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	1,2	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	0,9	1,5	0,5	0,6	0,8	0,8	..	x	x	x	x
Privater Konsum	0,0	1,4	0,5	0,5	0,4	0,3	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	2,0	1,7	0,1	0,2	0,1	0,1	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	0,5	3,4	1,3	1,4	1,7	1,2	..	x	x	x	x
Exporte	3,6	1,9	0,0	0,3	2,0	2,4	..	x	x	x	x
Importe	3,1	3,7	0,4	0,7	1,9	2,1	..	x	x	x	x
	Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)										
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	1,0	1,5	1,3	1,6	2,5	2,2	..				
Binnennachfrage (ohne Lager)	0,7	1,7	1,7	2,0	1,0	..	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,2	-0,7	-0,3	-1,2	0,7	..	..	x	x	x	x
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	0,1	0,4	-0,1	0,8	0,8	..	..	x	x	x	x
	Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)										
Exporte	2,7	-0,3	-2,5	-1,8	10,3	..	..	20,1	..	..	..
Importe	2,8	1,6	-0,9	2,0	10,3	..	..	17,9	..	..	..
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz										
Güter- und Dienstleistungen	11,5	10,1	2,0	0,9	5,5	..	..	x	x	x	x
Reiseverkehr	8,2	8,8	1,4	1,6	5,1	..	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz	6,5	6,0	0,7	0,6	4,3	..	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz in % des BIP	1,9	1,7	0,8	0,6	4,9	..	..	x	x	x	x
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	96,4	100,2	99,7	99,7	107,7	110,3	..	109,2	112,7	115,2	110,1
Industrievertrauen (%-Saldo)	-7,0	-5,5	-5,3	-1,2	1,6	3,0	..	2,0	5,1	7,5	4,0
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	2,1	2,0	1,2	3,2	2,8	3,8	..	3,7	4,0	..	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	84,0	84,3	83,2	85,1	85,1	86,6	86,9	x	x	x	x
Bauvertrauen (%-Saldo)	-14,9	-4,0	-4,5	1,0	6,1	5,7	..	7,2	6,8	9,8	10,0
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	9,1	14,0	11,9	17,5	21,5	25,6	..	25,6	27,3	32,1	24,1
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	-12,4	-10,2	-9,1	-7,0	-1,8	3,1	..	4,3	3,8	4,7	4,9
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	-9,8	-2,0	-1,1	-0,1	-3,4	-7,8	..	-16,6	-4,3	-7,6	-6,5
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	1,2	1,1	0,9	1,0	0,7	..	..	4,3	0,8	0,1	..
	Arbeitsmarktentwicklung										
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	0,9	1,5	1,3	1,6	1,7	1,8	..	1,9	1,9	2,2	2,1
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	11,0	0,8	0,5	-0,8	-1,8	-4,8	..	-4,9	-5,0	-4,4	-5,6
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	9,1	9,1	8,2	9,3	9,9	8,1	..	8,0	7,6	7,6	7,7
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	5,7	6,0	6,2	5,8	5,7	5,4	..	5,4	5,3	5,4	..
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	4,4	5,6	5,4	5,3	5,3	4,9	..	4,8	5,1	4,4	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	4,9	4,9	4,8	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	2,1	5,0	4,3	5,0	3,7	2,7	..	3,7	2,7	2,7	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	0,0	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3	..	-0,3	-0,3	-0,3	-0,3
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	0,8	0,4	0,1	0,4	0,6	0,6	..	0,7	0,6	0,7	0,6
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	2.428	2.299	2.269	2.512	2.756	3.052	..	3.114	3.131	3.181	3.216
	Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP										
Finanzierungssaldo des Bundessektors	-1,2	-1,2	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Finanzierungssaldo des Staates	-1,1	-1,6	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Schulden des Staates	85,5	84,6	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Thomson Reuters, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (II)

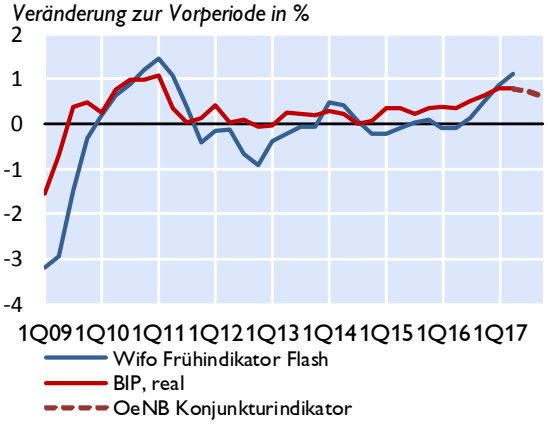
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



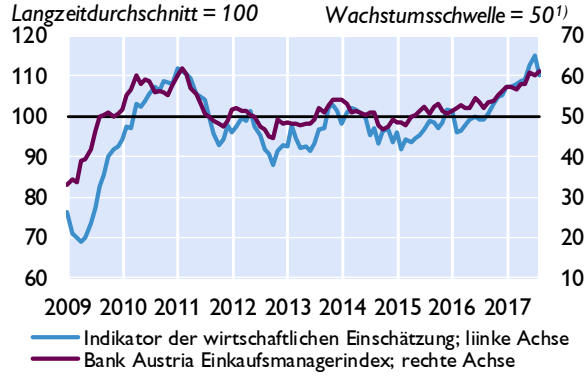
Frühindikatoren des realen BIP

Veränderung zur Vorperiode in %



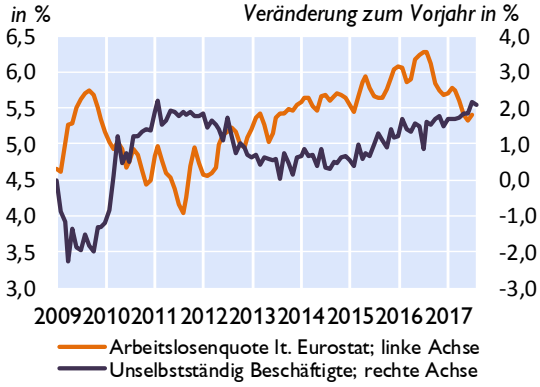
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50*[1)]



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2)]

Salden	2014	2015	2016	1Q16	2Q16	3Q16	4Q16	1Q17
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	7,9	6,5	6,0	4,4	0,3	0,7	0,6	4,3
Güter	1,0	1,5	-0,2	0,1	0,8	0,2	-1,2	0,2
Dienstleistungen	9,4	10,0	10,3	5,8	0,6	1,8	2,1	5,3
Primäreinkommen	0,7	-1,6	-0,6	-0,6	-0,3	-0,5	0,7	-0,4
Sekundäreinkommen	-3,3	-3,4	-3,5	-1,0	-0,8	-0,8	-1,0	-0,8
Vermögensübertragungen	-0,4	-1,7	-0,6	-0,3	-0,6	0,5	-0,3	0,0
Kapitalbilanz	2,6	4,9	6,7	4,8	-0,4	4,4	-2,1	1,4
Direktinvestitionen	-2,0	6,2	-1,0	1,7	-4,1	3,9	-2,6	1,9
Portfolioinvestitionen	12,5	13,2	21,9	-0,5	9,5	10,3	2,5	7,8
Finanzderivate	-1,4	-0,4	-0,4	0,1	-0,4	-0,1	0,1	-0,1
Sonstige Investiitionen	-8,6	-13,9	-14,2	2,8	-6,2	-9,6	-1,3	-8,2
Währungsreserven[3)]	2,1	-0,3	0,5	0,5	0,8	-0,1	-0,7	0,0
Statistische Differenz	-4,9	0,2	1,3	0,6	-0,1	3,2	-2,4	-2,8
Leistungsbilanz in % des BIP	2,4	1,9	1,7	5,2	0,4	0,8	0,6	4,9

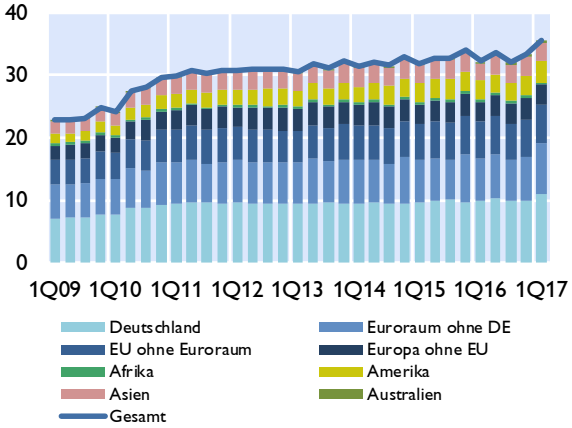
Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.
1) Werte über 50 signalisieren Wachstum.
2) Transaktionen; bis 2013 endgültige Daten, 2014 und 2015 revidierte Daten, 2016 und 2017 provisorische Daten.
3) OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.

Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			*Veränderung zum Vorjahr in%*	
2014	128.106	129.847	-1.741	1,8	-0,7
2015	131.538	133.529	-1.991	2,7	2,8
2016	131.125	135.667	-4.542	-0,3	1,6
Jän.-Mai 16	53.966	55.593	-1.627	1,6	2,5
Jän.-Mai 17	59.173	61.068	-1.895	9,6	9,8
Dez. 16	10.449	11.107	-657	0,1	2,9
Jän. 17	11.459	11.757	-299	19,0	13,2
Feb. 17	11.180	12.078	-898	3,2	4,4
März 17	12.901	13.339	-438	9,9	13,5
Apr. 17	11.102	11.293	-191	-2,0	0,8
Mai 17	12.533	12.602	-69	20,1	17,9

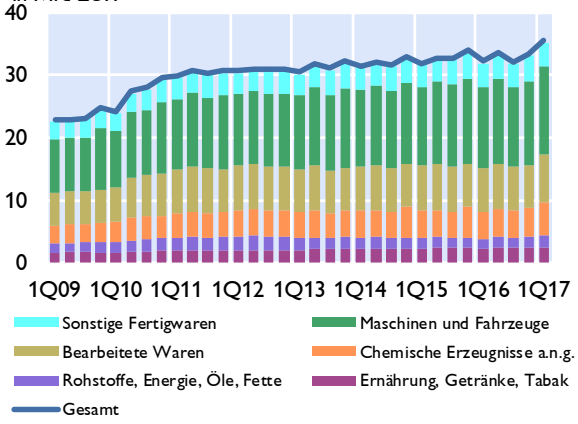
Exporte nach Regionen

in Mrd EUR



Exporte nach Warengruppen

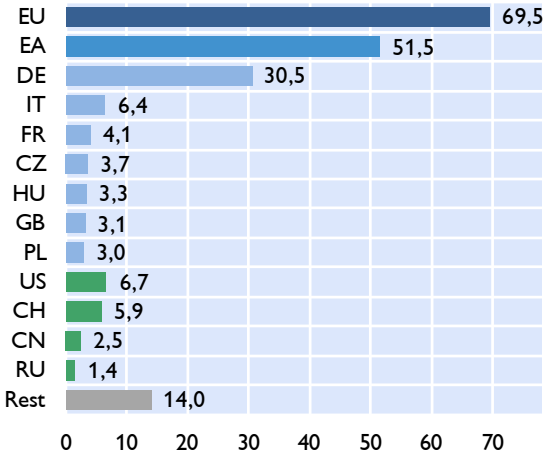
in Mrd EUR



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2016

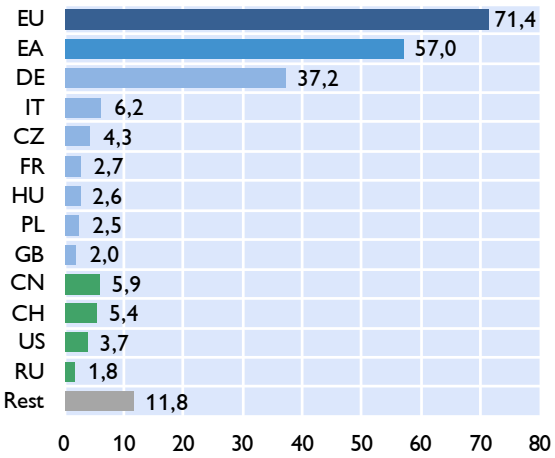
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



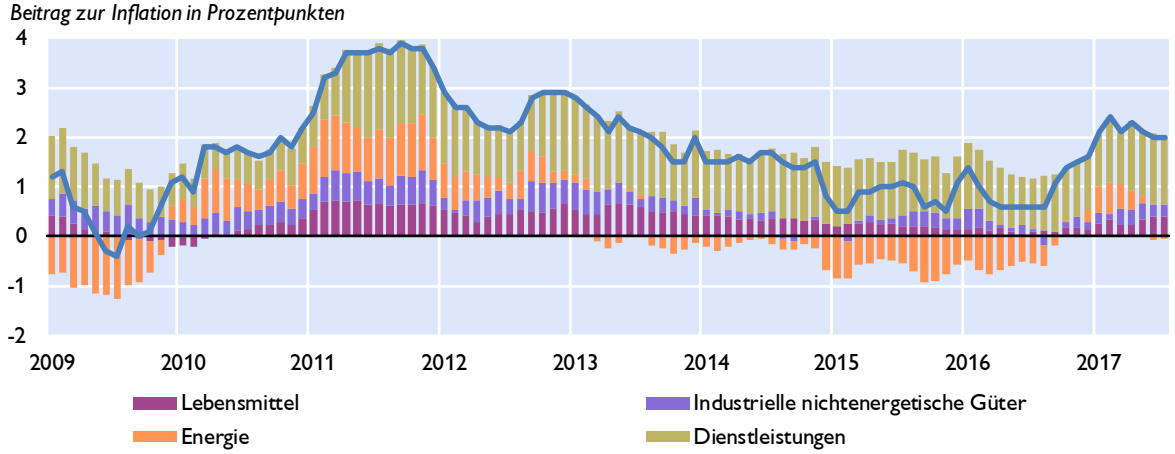
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2017	2015	2016	Mär.17	Apr.17	Mai.17	Jun.17	Jul.17
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0			2,1	2,3	2,1	2,0	2,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,4	0,8	0,7	1,5	0,9	2,0	2,2	2,2
Alkoholische Getränke und Tabak	3,7	3,2	1,5	1,9	3,2	3,3	3,9	4,1
Bekleidung und Schuhe	7,3	0,1	0,7	1,9	1,0	1,7	1,0	-0,4
Wohnung, Wasser, Energie	14,3	1,2	1,0	1,7	1,4	1,4	1,1	1,2
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,3	1,3	1,4	1,1	0,6	0,9	0,1	0,5
Gesundheitspflege	5,3	1,8	2,4	1,1	1,7	1,6	1,7	1,1
Verkehr	13,8	-3,5	-2,1	4,0	5,9	3,3	2,7	2,5
Nachrichtenübermittlung	2,0	0,6	-2,1	-0,7	-0,7	5,2	6,0	4,3
Freizeit und Kultur	10,9	1,7	1,3	1,9	2,6	1,7	2,1	3,1
Bildungswesen	1,2	2,5	1,3	1,9	2,0	2,0	2,0	1,6
Hotels, Cafes und Restaurants	15,1	2,9	3,5	3,1	2,9	2,7	2,6	2,6
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	7,7	1,8	1,5	1,2	1,7	1,8	1,7	1,6

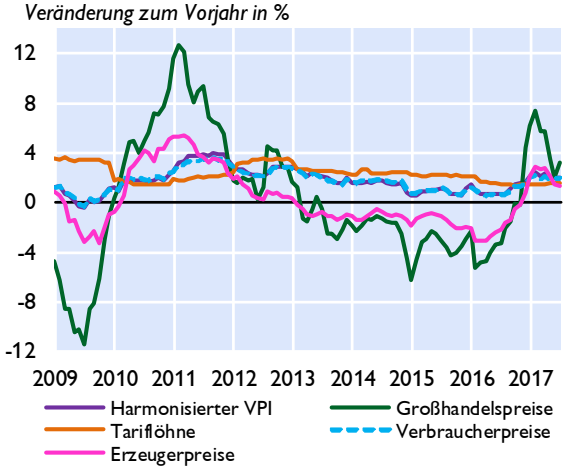
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2015	2016	2017[1)]	2018[1)]
Stunden-produktivität	1,6	0,6	1,1	1,1
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	1,7	1,4	1,8	2,3
Preisliche Wettbe-werbsfähigkeit [2)]	-2,7	1,3	-0,1	-0,0
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	1,7	1,2	0,9	1,5
Sachgüter-erzeugung	1,2	1,0	-1,0	-0,4

1) WIFO-Prognose Juni 2017.
2) Real-effektiver Wechselkursidex Industriewaren, export- und importgewichtet, deflationiert mit dem HVPI.

Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2014	2015	2016	2Q16	3Q16	4Q16	1Q17	2Q17
Gesamt	**131.901**	**135.201**	**140.828**	**23.162**	**48.016**	**22.042**	**45.758**	**26.763**
Inländer	35.668	36.423	38.003	8.372	13.435	7.002	9.174	8.754
Ausländer	96.233	98.778	102.825	14.790	34.581	15.039	36.584	18.009
darunter								
Deutschland	49.491	50.169	52.632	7.490	18.243	7.318	17.579	9.706
Osteuropa	10.669	10.423	10.814	1.465	2.570	1.949	4.999	1.700
Niederlande	9.007	9.172	9.506	742	3.197	822	4.872	781
Schweiz	4.640	4.911	5.078	849	1.595	998	1.601	915
Vereinigtes Königreich	3.365	3.549	3.703	615	857	559	1.628	690
Italien	2.777	2.927	2.874	411	1.374	595	464	440
Belgien	2.649	2.603	2.741	307	997	232	1.068	494
Frankreich	1.776	1.752	1.766	314	714	255	504	340
Dänemark	1.436	1.478	1.544	85	394	106	947	99
USA	1.490	1.675	1.642	458	583	344	278	497
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**-0,5**	**2,5**	**4,2**	**-4,6**	**5,9**	**0,2**	**-3,9**	**15,5**
Inländer	-0,2	2,1	4,3	3,1	6,9	2,2	-0,2	4,6
Ausländer	-0,7	2,6	4,1	-8,4	5,5	-0,6	-4,8	21,8

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2014	2015	2016	1Q16	2Q16	3Q16	4Q16	1Q17
Deutschland	7.486	7.798	8.183	3.143	1.186	2.387	1.467	2.883
Niederlande	1.079	1.155	1.201	671	84	314	132	702
Schweiz	958	1.061	1.205	484	166	319	236	494
Italien	694	739	788	180	163	275	169	169
Mittel- und Osteuropa[1)]	2.359	2.244	2.445	907	396	582	559	934
Restl. Europa	2.025	2.101	2.220	1.066	294	523	338	1.050
Rest der Welt	1.075	1.323	1.393	299	312	492	292	329
Gesamt	**15.676**	**16.421**	**17.435**	**6.750**	**2.601**	**4.892**	**3.193**	**6.561**

1) Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine,

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2014	2015	2016	1Q16	2Q16	3Q16	4Q16	1Q17
Deutschland	2.049	2.062	2.148	434	631	649	434	433
Italien	1.324	1.283	1.419	137	404	702	176	141
Kroatien	677	691	814	31	175	553	55	29
Europäische Mittelmeerländer[1)]	982	1.014	960	116	262	456	126	103
Restl. Europa	2.041	2.022	2.079	337	537	786	419	401
Rest der Welt	1.076	1.133	1.168	298	186	312	372	339
Gesamt	**8.149**	**8.205**	**8.588**	**1.353**	**2.195**	**3.458**	**1.582**	**1.446**

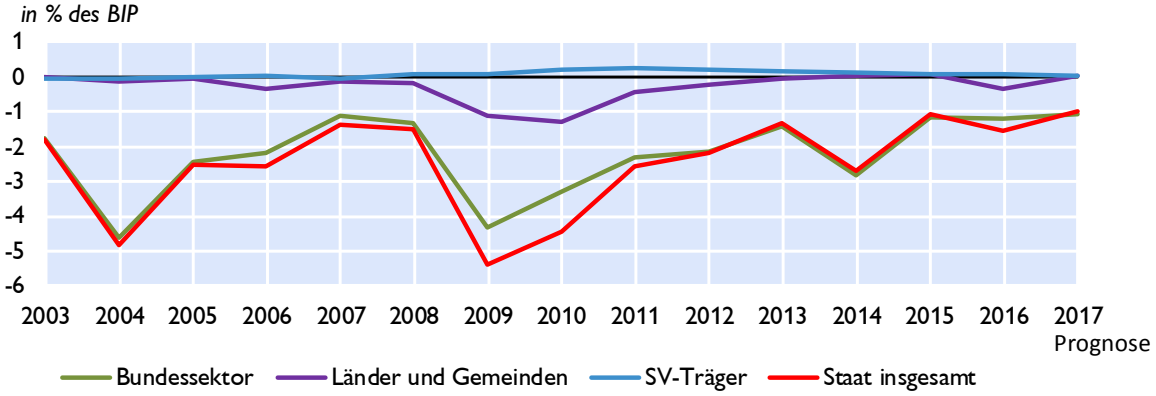
1) Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.
Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2013	-4,6	-0,2	0,4	-4,4	-1,4	-0,1	0,1	-1,4
2014	-9,3	0,0	0,3	-9,0	-2,8	0,0	0,1	-2,7
2015	-4,0	0,2	0,1	-3,7	-1,2	0,1	0,0	-1,1
2016	-4,3	-1,3	0,1	-5,4	-1,2	-0,4	0,0	-1,6
2017	x	x	x	-3,8	-1,1	0,0	0,0	-1,0

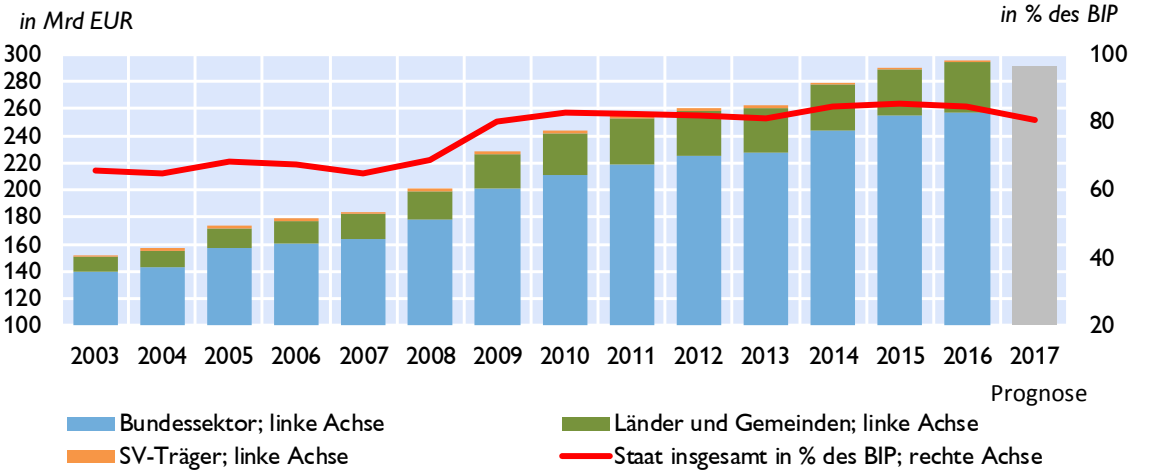
Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht



Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2013	227,9	32,7	1,7	262,3	70,7	10,1	0,5	81,3
2014	244,2	33,5	1,3	279,0	73,9	10,1	0,4	84,4
2015	254,7	34,5	1,3	290,5	74,9	10,1	0,4	85,5
2016	257,7	36,6	1,4	295,7	73,7	10,5	0,4	84,6
2017	x	x	x	291,7	x	x	x	80,8

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht



Quelle: Statistik Austria (März 2017), BMF-Prognose (April 2017).

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

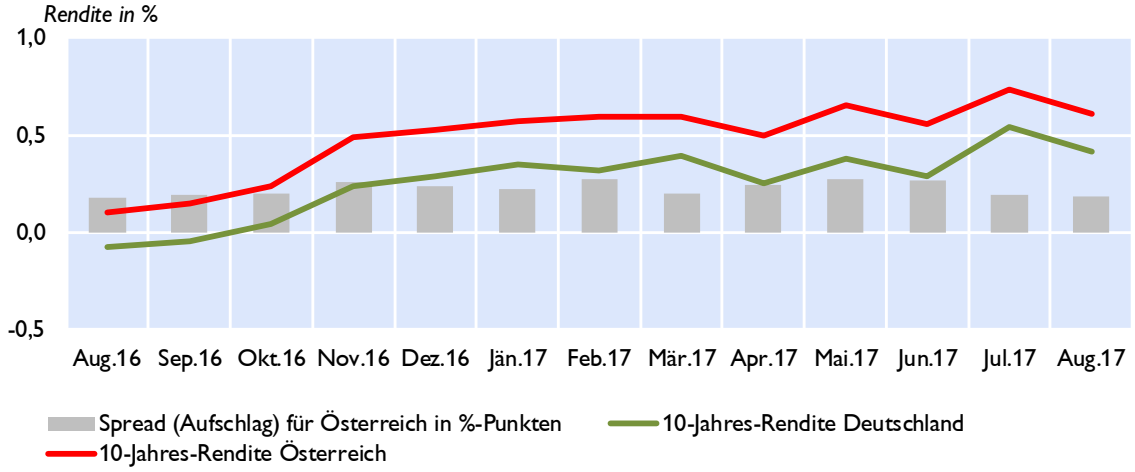
Finanzierungshaushalt[1)] Allgemeine Gebarung	Jänner bis Juli 2016	Jänner bis Juli 2017	Erfolg 2016	Voranschlag 2017	*Veränderung 2017/2016*
	in Mio EUR				*in %*
Auszahlungen	44.526	46.441	76.309	77.457	1,5
Einzahlungen	37.706	39.839	71.314	73.159	2,6
Nettofinanzierungsbedarf[2)]	**-6.820**	**-6.602**	**-4.995**	**-4.298**	**-13,9**

Abgaben des Bundes

	Jänner bis Juli 2016	Jänner bis Juli 2017	Erfolg 2016	Voranschlag 2017	*Veränderung 2017/2016*
	in Mio EUR				*in %*
Einkommen- und Vermögensteuern	20.052	21.355	40.077	41.686	4,0
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	967	1.140	3.903	4.000	2,5
Körperschaftsteuer	2.574	2.901	7.432	7.500	0,9
Lohnsteuer	14.134	14.386	24.646	25.700	4,3
Kapitalertragsteuern	1.342	1.569	2.355	3.000	27,4
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	23.092	23.953	40.286	42.101	4,5
davon: Umsatzsteuer	15.575	16.319	27.056	28.800	6,4
Öffentliche Abgaben brutto	**43.736**	**46.043**	**81.138**	**84.425**	**4,1**
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	17.542	17.415	30.064	30.402	1,1
Überweisungen an die Europäische Union	1.599	1.663	2.557	3.000	17,3
Öffentliche Abgaben netto[3)]	**24.594**	**26.965**	**48.517**	**51.023**	**5,2**

1) Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.
2) Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.
3) Steuereinnahmen des Bundes.

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich



Quelle: BMF, Thomson Reuters.

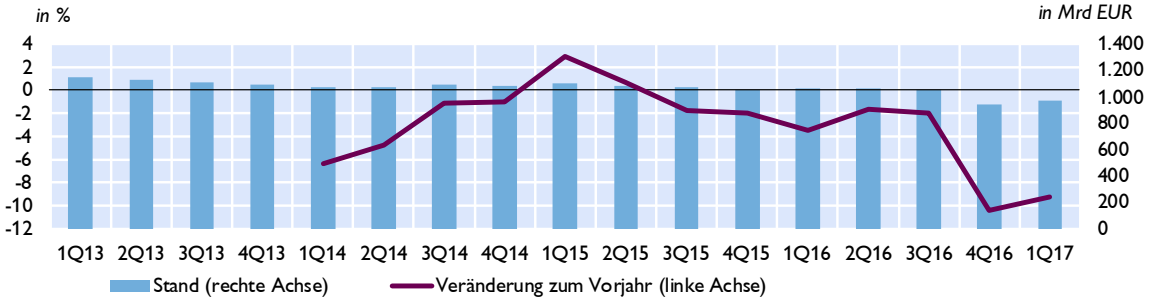
Österreich: Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute konsolidiert

Vermögenslage	1. Quartal **2017**	1. Quartal **2016**	Differenz zur Vergleichsperiode	
	in Mio EUR			*in %*
AKTIVA				
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	78.111	57.339	20.772	36,2
Kredite & Forderungen (inkl. Finanzierungsleasing)	661.278	743.016	-81.738	-11,0
hiev. Darlehen und Kredite gegenüber Kreditinstituten	104.831	121.242	*-16.410*	*-13,5*
hiev. Darlehen und Kredite gegenüber Nichtbanken	556.447	621.775	*-65.328*	*-10,5*
Schuldverschreibungen, Aktien, Eigenkapitalinstrumente (IAS 32) u.a. nicht festverzinste Wertpapiere	153.501	172.096	-18.595	-10,8
hiev. Schuldverschreibungen	144.614	162.825	*-18.211*	*-11,2*
hiev. Aktien, Eigenkapitalinstrumente (IAS 32), und andere nicht festverz.Wertpapiere	8.887	9.271	*-384*	*-4,1*
Finanzderivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert[1)]	26.738	36.225	-9.487	-26,2
Anteile an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen	18.679	19.870	-1.191	-6,0
Materielle Vermögenswerte	10.191	15.342	-5.150	-33,6
Immaterielle Vermögenswerte	2.641	2.975	-334	-11,2
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	17.530	20.667	-3.137	-15,2
SUMME AKTIVA / PASSIVA	**968.670**	**1.067.529**	**-98.858**	**-9,3**
PASSIVA				
Einlagen von Zentralbanken	20.679	16.780	3.899	23,2
Verbindlichkeiten gegenueber Kreditinstituten	120.845	130.915	-10.070	-7,7
Verbindlichkeiten gegenueber Nichtbanken	541.680	584.567	-42.887	-7,3
Schuldverschreibungen, andere finanzielle Verbindlichkeiten (IAS 39)	137.727	157.242	-19.515	-12,4
Finanzderivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	18.133	28.068	-9.935	-35,4
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	966	906	61	6,7
Nachrangige Verbindlichkeiten	17.774	22.753	-4.980	-21,9
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital	0	0	0	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten	3	4.867	-4.864	-99,9
Steuerschulden und sonstige Verbindlichkeiten	20.916	28.116	-7.200	-25,6
Rueckstellungen	12.640	12.950	-311	-2,4
Eigenkapital und Fremdanteile	77.308	80.363	-3.056	-3,8
hievon Kumuliertes sonstiges Ergebnis	-3.436	-4.267	*830*	*19,5*
hievon Fremdanteile	6.233	10.584	*-4.351*	*-41,1*
SUMME AKTIVA / PASSIVA	**968.670**	**1.067.529**	**-98.858**	**-9,3**
ZUSATZANGABEN				
Stand der WB zu Krediten u. Forderungen gemäß B3a und C3a	17.155	17.563	-409	-2,3

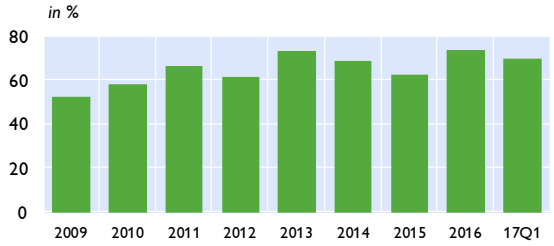
Quelle: OeNB.

1) Für diese Positionen werden lediglich Daten von IFRS bzw. FINREP-Meldern dargestellt

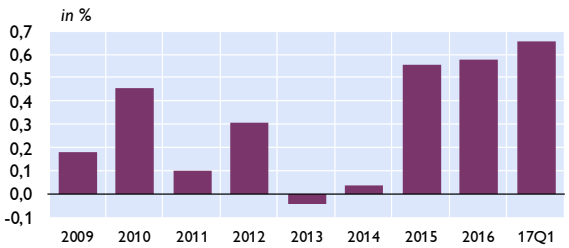
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation



Gesamtkapitalrentabilität (RoA)



Anmerkung: RoA nach Steuern, vor Minderheitenanteilen.

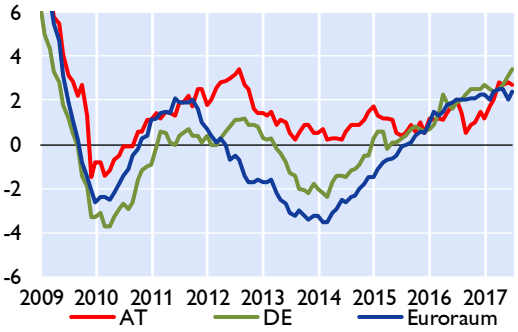
Quelle: OeNB.

Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

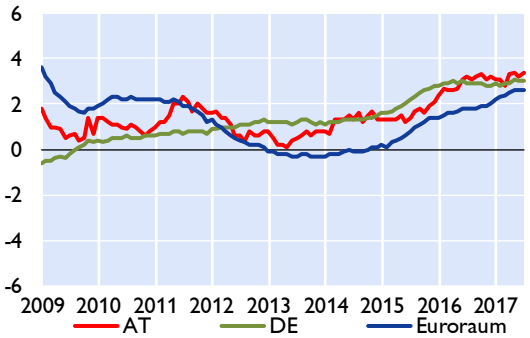
Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		*Veränderung zum Vorjahr in %*		*Volumen in Mrd EUR*		*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2014	141	5.206	1,3	-0,3	137	4.309	1,5	-1,4
2015	146	5.313	2,1	1,9	137	4.282	0,5	-0,4
2016	152	5.414	3,2	2,3	136	4.304	1,5	1,9
Okt.16	152	5.391	3,3	1,9	135	4.314	0,9	1,7
Nov.16	152	5.415	3,1	2,1	136	4.338	1,0	1,8
Dez.16	152	5.414	3,2	2,3	136	4.304	1,5	1,9
Jän.17	152	5.415	3,1	2,4	136	4.323	1,2	1,7
Feb.17	152	5.430	3,1	2,4	136	4.333	1,7	1,5
Mär.17	152	5.447	2,8	2,5	137	4.336	2,0	1,8
Apr.17	152	5.456	3,3	2,6	137	4.339	2,8	1,7
Mai.17	153	5.464	3,4	2,8	138	4.343	2,7	1,6
Jun.17	153	5.490	3,2	3,0	138	4.315	2,8	1,2
Jul.17	154	5.488	3,8	2,9	139	4.317	2,7	1,2

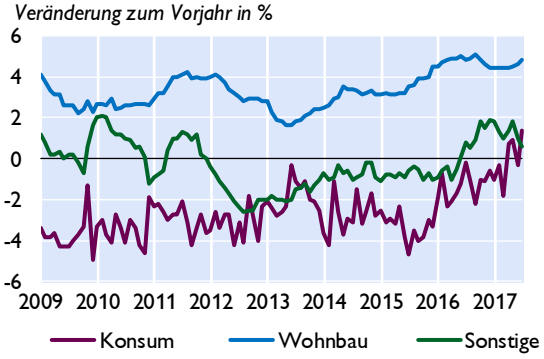
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen
Veränderung zum Vorjahr in %



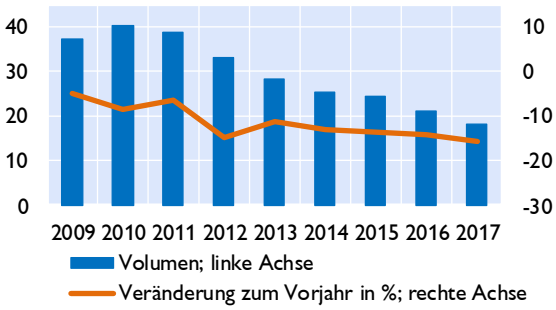
Kredite an private Haushalte
Veränderung zum Vorjahr in %



Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck
Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich
in Mrd EUR *in %*



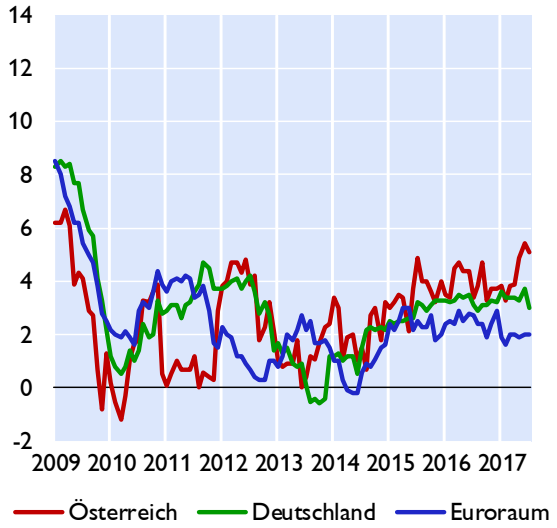
Quelle: OeNB.

Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

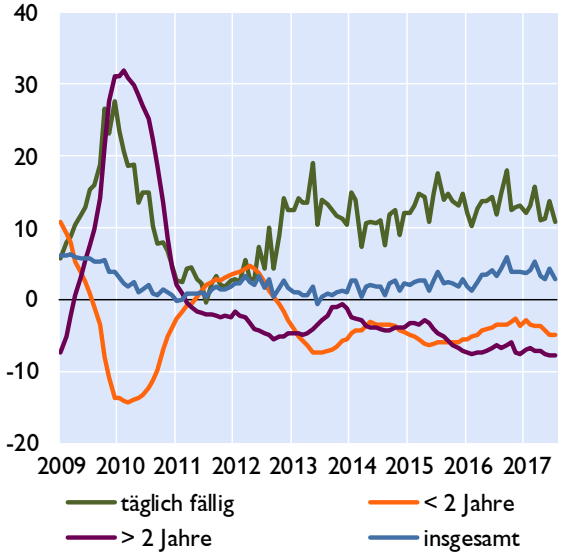
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



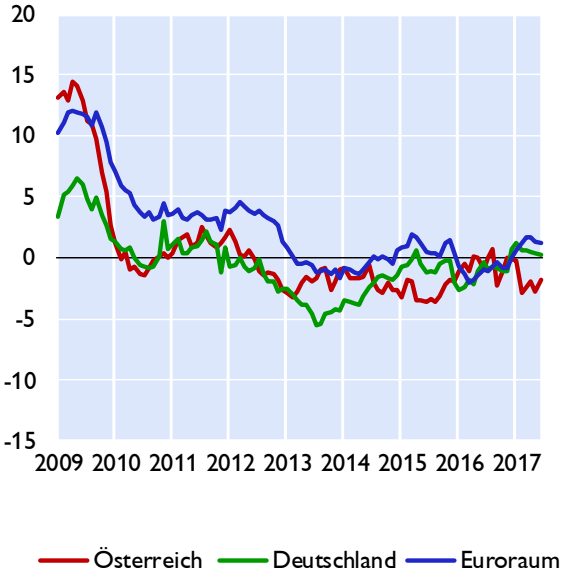
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



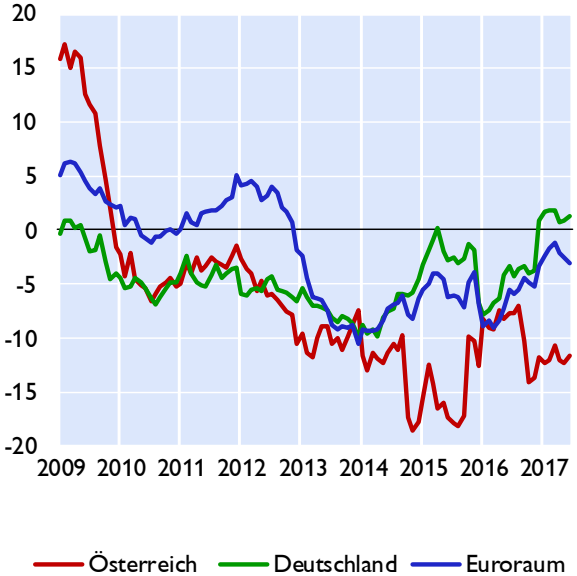
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

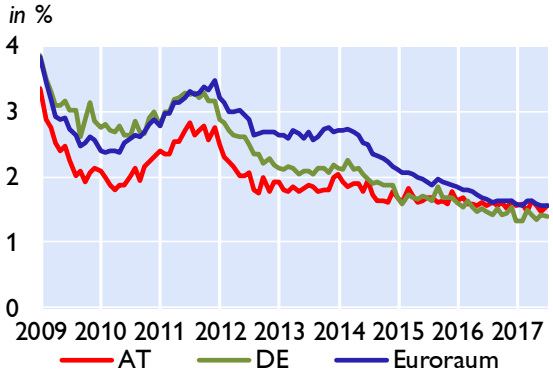


Quelle: OeNB, EZB

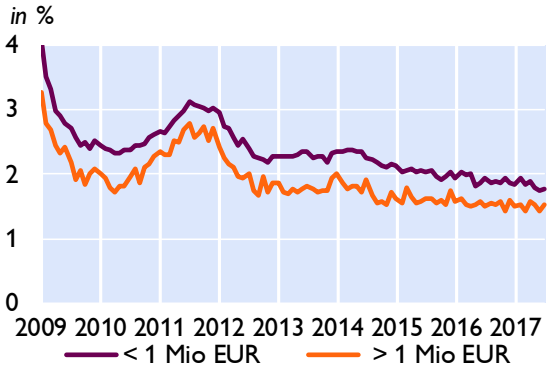
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

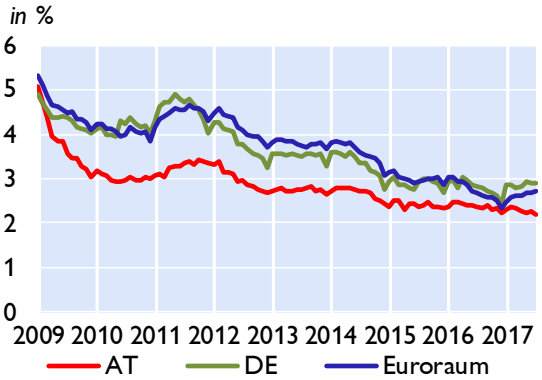


Nach Kredithöhe in Österreich

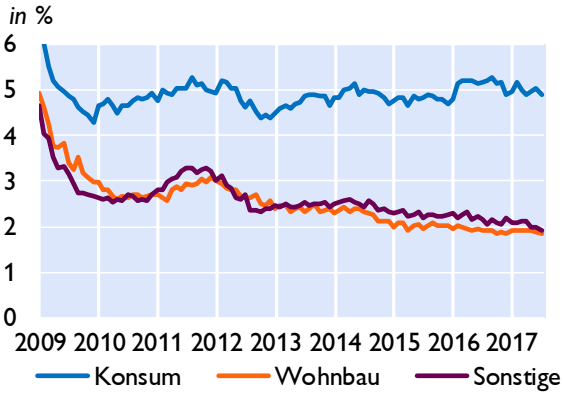


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

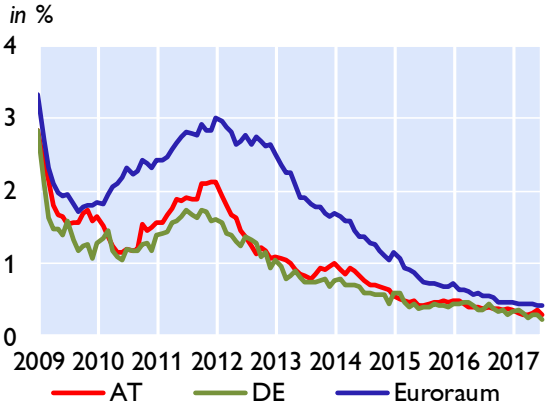


Nach Verwendungszweck in Österreich

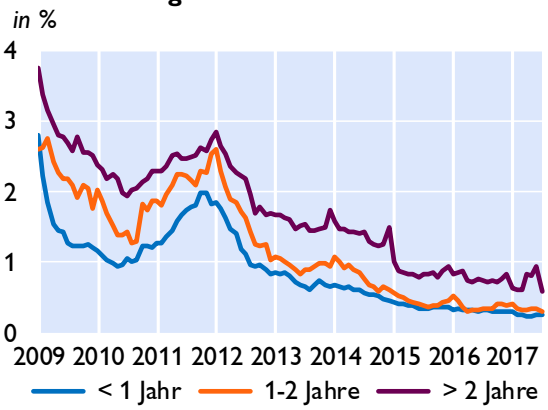


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



Quelle: OeNB, EZB

Österreich: Ertragslage der Kreditinstitute konsolidiert

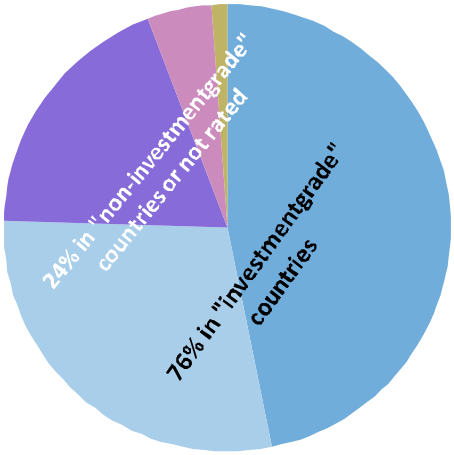
Ertrags- und Aufwandspositionen	1. Quartal 2017	1. Quartal 2016	Differenz zur Vergleichsperiode	
	in Mio EUR			*in %*
Zinsergebnis	**3.656**	**4.468**	**-812**	**-18,2**
Zinsen und aehnliche Ertraege	*5.864*	*7.581*	*-1.717*	*-22,6*
(Zinsen und aehnliche Aufwendungen)	*2.209*	*3.114*	*-905*	*-29,1*
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital)[1)]	0	0	0	-
Dividendenerträge und Erträge aus Beteiligungen	145	70	75	106,5
Provisionsergebnis	**1.734**	**1.850**	**-116**	**-6,3**
Provisionserträge	*2.348*	*2.525*	*-177*	*-7,0*
(Provisionsaufwand)	*614*	*675*	*-61*	*-9,1*
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten netto	94	78	16	19,9
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto[1)]	-8	-47	39	82,4
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS[1)]	160	159	0	0,2
Sonstige betriebliche Erträge	763	681	82	12,0
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	689	770	-81	-10,5
Betriebserträge, netto	**5.854**	**6.489**	**-635**	**-9,8**
(Verwaltungsaufwendungen)	3.640	4.363	-723	-16,6
(hv. Personalaufwendungen)	2.079	*2.516*	*-437*	*-17,4*
(hv. Sachaufwendungen)	1.561	*1.847*	*-286*	*-15,5*
(Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten (inkl. Firmenwert), Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Beteiligungen)	455	351	104	29,6
Betriebsergebnis	**1.759**	**1.775**	**-16**	**-0,9**
(Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	90	310	-220	-71,0
(Sonstige Rückstellungen)[1)]	83	11	72	676,2
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei sonstigen nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	-5	-12	7	60,1
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert[1)]	0	0	0	-
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen[1)]	289	179	109	61,0
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen[1)]	-2	7	-8	-128,3
Außerordentliches Ergebnis	0	-1	1	94,9
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**1.878**	**1.651**	**227**	**13,7**
(Ertragssteuern)	304	330	-26	-8,0
Gewinn oder (-) Verlust aus fortzuführenden Geschäften nach Steuern	**1.574**	**1.321**	**253**	**19,2**
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern[1)]	22	6	16	273,6
(Minderheitenanteile)[1)]	138	190	-52	-27,6
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**1.459**	**1.136**	**322**	**28,3**

Werte in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt

Quelle: OeNB.

1) Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erhoben.

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- - A- BBB+ - BBB- BB+ - BB- B+ - B- not rated

	2012	2013	2014	2015	1Q16	2Q16	3Q16	4Q16	1Q17
	in Mio EUR								
Tschechische Republik	47.564	47.001	44.221	48.558	50.372	52.803	55.488	55.827	66.260
Slowakei	24.535	25.093	26.319	29.261	28.638	28.985	29.676	30.149	30.037
Rumänien	26.823	25.778	25.896	23.498	23.298	22.882	23.381	24.454	24.388
Kroatien	23.195	22.038	18.878	18.167	17.492	17.382	17.155	17.147	17.456
Polen	17.933	17.017	16.688	19.121	18.909	18.489	18.577	16.574	16.322
Ungarn	19.803	18.109	15.460	14.263	14.283	14.039	14.388	14.485	15.873
Slowenien	9.588	8.079	5.494	4.716	4.483	4.007	4.245	4.488	4.554
Republik Serbien	5.041	4.865	3.565	4.029	3.960	4.027	4.150	4.210	4.312
Bulgarien	4.093	3.626	3.456	3.368	3.346	3.415	3.426	3.476	3.506
Bosnien Herzgowina	4.261	4.124	3.438	3.238	3.200	3.234	3.220	3.277	3.295
Türkei	776	929	1.011	889	897	983	935	924	928
Republik Montenegro	875	865	392	346	356	367	375	405	427
Aserbeidschan	63	144	247	239	242	260	280	293	293
Mazedonien	390	350	306	292	284	275	293	330	289
Lettland	137	126	53	77	65	72	99	132	114
Litauen	120	161	144	131	76	73	86	124	103
Estland	60	50	51	14	13	16	12	17	14
Andere	24.560	23.411	19.151	16.190	15.412	16.244	16.039	16.958	18.331
Gesamt	209.818	201.768	184.768	186.397	185.326	187.553	191.826	193.269	206.502

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 1. Quartal 2017	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Invest-ment-fonds*	*davon sonstige nicht-monetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
	Bestände in Mio EUR									
Geldvermögen										
Währungsgold und SZR	x	12.520	12.520	x	x	x	x	x	x	2.205
Bargeld	1.498	3.477	3.461	0	0	16	0	22.118	0	4.002
Täglich fällige Einlagen	50.717	117.240	99.418	6.385	7.658	3.291	489	125.793	5.056	81.629
Sonstige Einlagen	17.902	171.556	163.572	1.560	5.414	668	343	110.459	1.759	56.978
Kurzfristige Kredite	35.481	64.004	61.493	1	1.515	994	0	1.807	0	17.965
Langfristige Kredite	91.934	390.272	366.186	10	18.933	5.142	0	393	16	81.584
Handelskredite	50.404	15	0	0	15	0	0	2	1	19.314
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	46	3.133	2.783	326	17	5	1	1.245	19	16.328
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	6.224	314.551	175.162	81.810	2.802	54.378	399	32.002	1.535	303.336
Börsennotierte Aktien	23.930	46.942	2.761	24.623	18.229	1.326	4	22.961	791	47.435
Nicht börsennotierte Aktien	40.034	87.548	24.431	164	55.240	7.674	39	2.813	20	29.016
Investmentzertifikate	10.615	145.035	16.482	56.797	16.039	34.453	21.264	56.781	2.647	19.987
Sonstige Anteilsrechte	176.024	110.384	36.730	1.972	66.077	5.604	0	110.721	1.314	148.598
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	79.925	x	2.047
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	4.189	2.990	0	0	0	2.990	0	5.332	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	40.820	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	5.349	18.454	8.831	17	8.063	1.514	27	16.346	9	11.274
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	514.346	1.488.121	973.831	173.667	200.002	118.055	22.566	629.517	13.166	841.699
	über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR									
Geldvermögensbildung										
Währungsgold und SZR	x	0	0	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	120	248	234	0	0	14	0	568	0	540
Täglich fällige Einlagen	5.445	27.408	26.813	-757	1.156	278	-82	15.170	927	9.209
Sonstige Einlagen	494	-27.670	-25.007	150	-2.270	-492	-50	-5.253	-169	-9.509
Kurzfristige Kredite	5.531	-7.600	-6.306	-1	-1.033	-260	0	457	0	-644
Langfristige Kredite	1.406	2.010	2.814	-5	-1.664	865	0	-242	-30	7.872
Handelskredite	4.838	0	0	0	0	0	0	0	0	2.125
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	33	313	525	-205	5	-12	1	192	18	4.454
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-640	9.833	14.014	-2.165	-1.421	-547	-49	-3.198	-183	-29.794
Börsennotierte Aktien	-665	-1.186	-1.375	129	13	44	3	32	-2	2.747
Nicht börsennotierte Aktien	-2.056	-7.302	-8.080	20	595	169	-5	92	-1	-6.331
Investmentzertifikate	331	7.632	1.520	4.079	1.081	-90	1.042	3.460	128	-513
Sonstige Anteilsrechte	9.379	5.116	2.291	570	2.369	-113	0	206	8	2.661
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	-777	x	-82
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	115	-1.050	0	0	0	-1.050	0	33	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	900	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-199	525	-804	221	1.293	-173	-12	1.196	-12	-569
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	24.132	8.278	6.638	2.035	124	-1.368	849	12.835	684	-17.832
Nettogeldvermögen	-235.124	7.649	30.803	-3.862	-28.873	7.616	1.964	447.980	10.299	-27.852
Finanzierungssaldo	50	115	582	-1.541	-675	1.405	345	9.458	221	-3.322

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung u. Verbindlichkeiten

im 1. Quartal 2017	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
	Bestände in Mio EUR									
Verbindlichkeiten										
Währungsgold und SZR [1]	x	2.205	2.205	x	x	x	x	x	x	12.520
Bargeld	x	30.425	30.425	x	x	x	x	x	x	789
Täglich fällige Einlagen	x	366.130	366.130	x	x	x	x	x	x	35.018
Sonstige Einlagen	x	287.158	287.158	x	x	x	x	x	x	80.860
Kurzfristige Kredite	41.103	11.033	0	208	9.762	1.049	13	9.748	421	54.908
Langfristige Kredite	239.104	31.527	0	281	30.007	1.237	2	170.546	2.406	115.836
Handelskredite	49.714	14	11	0	3	0	0	40	1	19.316
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	648	7.072	7.017	x	55	0	0	x	x	3.116
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	44.524	156.356	140.642	0	11.968	3.747	0	x	x	194.329
Börsennotierte Aktien	79.912	29.328	23.843	x	337	5.148	x	x	x	43.641
Nicht börsennotierte Aktien	38.288	60.650	46.638	521	5.683	7.633	175	x	x	83.940
Investmentzertifikate	x	176.517	67	176.450	0	0	x	x	x	68.097
Sonstige Anteilsrechte	228.665	180.683	21.765	68	158.355	495	0	x	13	137.844
Lebensversicherungsansprüche	x	77.786	x	x	0	77.786	x	x	x	4.187
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	9.898	x	x	0	9.898	x	x	x	2.613
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	10.721	29.961	7.441	x	0	2.108	20.412	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	16.791	23.729	9.685	1	12.703	1.339	0	1.203	27	12.537
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	749.469	1.480.472	943.028	177.529	228.875	110.439	20.602	181.537	2.867	869.551
	über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR									
Finanzierung										
Währungsgold und SZR [1]	x	0	0	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	x	1.213	1.213	x	x	x	x	x	x	267
Täglich fällige Einlagen	x	56.747	56.747	x	x	x	x	x	x	1.224
Sonstige Einlagen	x	-31.942	-31.942	x	x	x	x	x	x	-12.792
Kurzfristige Kredite	-4.294	-661	0	116	-540	-250	12	-1.289	55	1.555
Langfristige Kredite	14.716	1.700	0	-96	1.667	135	-6	4.783	405	-9.478
Handelskredite	6.059	-8	-1	0	-6	0	0	7	0	1.059
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	167	-1.166	-1.217	x	51	0	0	x	x	620
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	1.901	-16.952	-13.327	x	-3.171	-454	0	x	x	-3.412
Börsennotierte Aktien	986	918	991	x	-73	0	0	x	x	-979
Nicht börsennotierte Aktien	-241	-7.362	-7.471	x	133	-38	-8	x	x	-8.432
Investmentzertifikate	x	3.378	-21	3.398	0	0	0	x	x	8.016
Sonstige Anteilsrechte	4.173	3.412	1.658	1	1.894	-141	0	x	2	9.665
Lebensversicherungsansprüche	x	-1.147	0	x	0	-1.147	0	x	x	287
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	-861	0	x	0	-861	0	x	x	-41
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-82	983	335	x	0	142	506	x	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	697	-90	-909	136	844	-160	0	-124	1	-2.070
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	24.082	8.162	6.056	3.577	799	-2.773	504	3.377	463	-14.510
Nettogeldvermögen	-235.124	7.649	30.803	-3.862	-28.873	7.616	1.964	447.980	10.299	-27.852
Finanzierungssaldo	50	115	582	-1.541	-675	1.405	345	9.458	221	-3.322

Quelle: OeNB.

1) Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.